

universitas

MARS 2015-03 | LE MAGAZINE DE L'UNIVERSITÉ DE FRIBOURG, SUISSE | DAS MAGAZIN DER UNIVERSITÄT FREIBURG, SCHWEIZ

USA

Pays de tous les
possibles?



Edito

Toucher du doigt l'*American Dream*. Un cliché pour un pays de stéréotypes, du moins tel qu'on le perçoit d'ici. Liberté, grands espaces, modernité, innovation, les États-Unis nous tendent les bras, mieux, ils sont là. Partout, nous baignons dans leur influence économique, politique, juridique, culturelle. Ils sont le *smartphone* que je consulte dès mon réveil, mon réseau social et professionnel à travers facebook et LinkedIn, le *fast food* que j'avale à midi au coin d'une table, ma réunion en *one to one* avec mon *boss* pour régler le *workflow* du *marketing*, les *soaps* qui me détendent en fin de journée, le *challenge* de mes séances de *running* (je ne vais quand même pas simplement aller courir, non?), mes amours en *speed dating*, le *gloss* sur ma bouche en cœur, la *playlist* sur le *dancefloor* et l'Alka-Seltzer (créé en Indiana en 1931) qui me guérira des *cocktails* du *happy hour*... Mais nager dans le courant ne signifie pas forcément en comprendre la source. Et là, je me sens un peu en *jetlag* (oups, excusez-moi). C'est vrai, que comprenons-nous vraiment aux États-Unis? Les textes de ce numéro ont ceci en commun qu'ils distinguent le fonds de la forme. Tous ces outils, ces pratiques, ces habitudes, ces images et ces sons que nous importons, que nous faisons nôtres, sans parfois même y penser, ont une histoire, une raison d'être endémique, qui ne nous appartient pas et que (trop) souvent nous ignorons. Tout en nous éclairant, nos auteurs nous remettent en mémoire qu'un océan nous sépare du Nouveau Monde. Le rêve américain, donc, mais avec ce que l'état onirique contient d'(inquiétante) étrangeté. La série photographique qui illustre ce dossier symbolise bien ce décalage, puisque, comme l'explique le Professeur Pascal Pichonnaz dans son article, un système juridique s'appuie toujours, *in fine*, sur les valeurs d'une société donnée. Olivia Locher, jeune photographe, née en 1990 à Johnstown en Pennsylvannie, présente son projet, en cours de développement, *I fought the laws*. Sur une note *pop art*, elle défie le système juridique américain de manière piquante et caustique, en mettant en image les lois les plus étranges du continent nord-américain. Certaines vous feront rire, d'autres vous interpellent: dans quelles circonstances un tel texte de loi a-t-il pu être rédigé? Et méfiez-vous, lors de votre prochain voyage: certaines de ces prescriptions sont encore en vigueur!

Farida Khali
Responsable de rédaction

Sommaire



8 dossier > USA

- 4 fokus
Islamische Stimmen für die Wissenschaft
- 56 forschung
Medienwissenschaften:
Mehr Fehler, weniger Tiefe, keine Erträge
- 58 enseignement
Un pont vers le monde
- 60 forschung
Soziologie: Opfer sein (dürfen)
- 62 portrait
Gion Mathias Cavelti, Autor, Kolumnist und Satiriker
- 64 lectures
- 66 news

Coverbild und Fotostrecke: Olivia Locher
www.olivialocher.com

Islamische Stimmen für die Wissenschaft

Fünf Prozent der Schweizer Bevölkerung sind Muslime. Rund 430'000 Personen, die unser Land mitprägen – und davon ebenso geprägt werden. Ihnen will das Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft eine Stimme geben. Claudia Brühlhart

Das Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft an der Universität Freiburg hat Anfang Jahr seine Aktivitäten auf Mandat des Bundes aufgenommen.

Es hat die Aufgabe, einen Raum für islamische Selbstausslegung im interdisziplinären Dialog zu bieten und soll das Verständnis und die Integration der muslimischen Religion in der Schweiz verbessern. Das Zentrum steht unter der Leitung von Dr. Hansjörg Schmid.

Hansjörg Schmid, Sie hielten kürzlich die erste Vorlesung des Schweizer Zentrums für Islam und Gesellschaft (SZIG), das eigentlich noch gar keine eigenen Studierenden hat. Eine ungewöhnliche Situation...

HS: Nun ja, es ist sicherlich einfacher, sich in ein gemachtes Nest zu setzen, als an einem gerade mal knapp eröffneten Zentrum eine erste Vorlesung zu halten. Die Vorlesung ist zu verstehen als eine Art offenes Fenster, eine Botschaft, um zu sagen: Wir sind da. Die grosse Arbeit ist nun, das Zentrum zu verwurzeln, Kooperationen und Verknüpfungen zu anderen Studienbereichen zu suchen und zu schaffen, Gespräche zu führen.

«Europa zwischen Wertegemeinschaft und Exklusionstopos» – geht es in der Vorlesung auch darum, das verbreitete Bild, dass Islam nichts Europäisches sein kann, zu korrigieren, die Präsenz des Islam aufzuzeigen?

HS: Es ist in vielen öffentlichen Debatten so, dass ein Ausschluss markiert wird zwischen Islam und Europa. Der Islam wird als etwas Fremdes und Aussereuropäisches angesehen. Mir geht es darum, solche Debatten darzustellen, sie kritisch zu analysieren und dann aber auch zu zeigen, auf welche Art und Weise nun auch Muslime an den Debatten teilnehmen, wie sie den Zugang zu Europa finden. Dieser Zugang geschieht zum einen auf der Ebene intellektueller Entwürfe, beispielsweise über Denker wie Tariq Ramadan. Andererseits soll aber auch deutlich werden, wie auf der Ebene von Identitäten eine Auseinandersetzung mit Europa stattfindet. Identitäten von Menschen, die in Europa leben,

nicht nur als Muslime, sondern in verschiedenen Rollen. Zum Beispiel dadurch, dass Muslime hier Vereine bilden, die wichtige Funktionen in der Gesellschaft wahrnehmen, im Bereich der Bildung, der Sozialarbeit, der Jugendarbeit. Diese «Europäisierung von unten» ergänzt sich mit den intellektuellen Konzepten. Mit dem Zentrum für Islam und Gesellschaft sollen muslimische Stimmen auch als europäische Stimmen wahrgenommen werden.

Esma Isis-Arnautovic, Sie leben als Muslima in Europa, in der Schweiz. Wie erleben Sie diese Ausschluss-thematik?

EIA: Das Gefühl des Ausschlusses oder der Zugehörigkeit hängt stark mit Identität zusammen und diese wird vielfach auch von aussen zugeschrieben. Ich sehe es, wenn ich in mein Heimatland Bosnien gehe. Dort bin ich die Schweizerin, gehöre nicht mehr dazu, weil ich selten dort bin. Zurück in der Schweiz bin ich die Ausländerin, die Muslima, die Bosnierin. Diese Ausschlussmechanismen gibt es also sehr wohl und die erlebe ich auch häufig. Sie können praktischer Natur sein, in Anspielung auf mein Kopftuch beispielsweise, wenn man versucht mir weis zu machen, dass ich als Muslima nicht dazugehören kann.

Fühlen Sie sich doppelt daheim oder doppelt ausgeschlossen?

EIA: Sowohl als auch. Es kommt auf den Bereich an. Bin ich Bosniern, Schweizerin, bosnische Schweizerin oder doch schweizerische Bosnierin? Ich habe und pflege viele Eigenschaften einer Schweizerin, da ich von klein auf hier lebe und sozialisiert wurde. Dadurch, dass ich in einer muslimischen Familie gross wurde, habe ich auch diese



Unterstützt von der Islamwissenschaftlerin Esma Isis-Arnautovic leitet Hansjörg Schmid seit Anfang 2015 das neu eröffnete Zentrum für Islam und Gesellschaft.

Werte mitbekommen und lebe sie auch. Ich bin sowohl als auch und versuche meine Identität nicht auf etwas reduzieren zu lassen, sondern soweit möglich selbstbestimmt meine Zugehörigkeit auszudrücken.

Sie sind Islamwissenschaftlerin und Muslima. Werden Sie diese doppelte Rolle auch in Ihrer Funktion als Diplomassistentin ins Zentrum für Islam und Gesellschaft einbringen?

EIA: Mein Studium hat mir die theoretischen Kenntnisse und die Fähigkeit zur wissenschaftlichen Reflektion gelehrt, durch mein Leben als Muslima verkehre ich in muslimischen Vereinen und Moscheen und bin vertraut mit den Bedürfnissen von Muslimen. So ist es mir durchaus ein Anliegen, beide Bereiche miteinander zu verbinden und in die Arbeit am Zentrum einfließen zu lassen.

Das Zentrum soll ein Ort der Forschung, der Lehre und der Weiterbildung werden. Wo liegt aktuell der Schwerpunkt Ihrer Arbeit?

HS: Im Moment ist die Kommunikation gross geschrieben. Damit das Zentrum funktionieren kann, muss es auch angenommen werden, sowohl von der Wissenschaft als auch von der Bevölkerung und von der muslimischen Gemeinschaft. Dies erfordert viel Erklärungsbedarf in allen drei Schwerpunkten.

Für die Weiterbildung wurden kürzlich zwei weitere Mitarbeiterinnen engagiert. Die Religionssoziologin Mallory Schneuwly Purdie und die Religionswissenschaftlerin Andrea Lang werden nun eine Art Bestandaufnahme machen.

HS: Wir wollen uns ja nicht einfach in unseren Köpfen etwas ausdenken, sondern stellen uns die Frage, in welchen Bereichen die Nachfrage am grössten ist, welches Angebot tatsächlich den Bedürfnissen der Menschen entspricht und in ihren Lebensalltag reinpasst. Uns ist auch wichtig, dass wir ganz unterschiedliche Zielgruppen ansprechen, die mit dem Thema Islam zu tun haben, darunter auch muslimische Zielgruppen, die bisher von vielen Weiterbildungsangeboten noch nicht erreicht wurden. Wir werfen zunächst einmal aus, wo und wie andere Hochschulen und Institutionen etwa in den Bereichen Integration oder Gesundheit Weiterbildungen mit Bezug zum Islam anbieten. Was den Bedarf angeht, so werden wir Gespräche führen mit verschiedenen potentiellen Partnern, mit islamischen Vereinen, aber auch mit potentiellen Zielgruppen wie Sozial- und Jugendarbeitern.

Die Analyse ist eben erst angelaufen. Trotzdem: In welchem Bereich wäre eine Weiterbildung vorstellbar?

HS: Ein grosses Thema ist die Gefängnis-seelsorge. Es ist eine Realität, dass sich viele Gefängnisinsassen muslimischer Herkunft einen Seelsorger aus ihrer Religion wünschen. Das Thema zeigt auch sehr gut, dass sich die Weiterbildung an verschiedenste Gruppen wenden kann, vom Imam oder dem christlichen Seelsorger bis zum Gefängnispersonal und zur Polizei. Gerade im Gefängnisalltag kann die Religion eine wichtige Hoffnungsperspektive bieten. Auch die Sozialarbeit entdeckt Religion als einen wichtigen Faktor. Um jemanden sensibel beraten zu können ist es unabdingbar, auch seinen Glauben zu verstehen. Sowohl theoretisch wie auch auf den Alltag bezogen. ▶

Esma Isis-Arnautovic wurde 1988 in Bosnien geboren und ist im Kanton Glarus aufgewachsen. Sie studierte Islamwissenschaften im Hauptfach an der Universität Bern und Medien- und Kommunikationswissenschaft im Nebenfach an der Universität Freiburg. Derzeit ist sie Diplomassistentin am Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft, wo sie einerseits am Aufbau des Zentrums mitwirkt und andererseits selbst doktoriert. Sie ist verheiratet und wohnt in Bern.

Hansjörg Schmid, geb. 1972 in Donaueschingen, studierte Theologie in Freiburg i.Br., Jerusalem und Basel. 2002 bis 2014 leitete er das Referat Interreligiöser Dialog an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Er ist Begründer des Wissenschaftlichen Netzwerks Theologisches Forum Christentum – Islam. Seit 2012 ist er Privatdozent für Christliche Sozialethik an der Universität München. 2014 war er Gastprofessor an der Universität Salzburg. Seit Januar 2015 leitet er das Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft an der Universität Freiburg. Schmid ist verheiratet und hat drei Kinder.

Wie lange soll die Evaluation im Bereich der Weiterbildung dauern?

EIA: Bis Anfang 2016 sollte das Weiterbildungsprogramm stehen. Wir werden dabei unterstützt vom Staatssekretariat für Migration. Die Resultate werden wir verschiedenen politischen und anderen Stellen zur Verfügung stellen.

Nebst der Ausarbeitung des Weiterbildungsprogramms ist das Zentrum für Islam und Gesellschaft auch dabei, ein Doktoratsprogramm auf die Beine zu stellen, das im besten Fall diesen Herbst ausgeschrieben wird. Wie ist der Stand der Dinge?

HS: Diesen Herbst wird ein muslimischer Kollege zu uns stossen und als Gastprofessor am Zentrum für Islam und Gesellschaft tätig sein. Wenn die Finanzierung klappt, werden wir am Zentrum sechs Doktorierende aufnehmen können. Geplant ist ein intensives mehrjähriges interdisziplinäres Programm mit Forschungswerkstätten und Seminaren, vielfach auch mit internationalen Gästen. Wir wollen diesen Austausch nutzen und so das Profil des Zentrums unter Einbezug der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwickeln. Ausserdem ist es eine völlig neue Situation, in der Schweiz etwas anzubieten im Bereich der islamischen Selbstausslegung – entsprechend wichtig ist auch die Zusammenarbeit mit Partnern aus Europa, die Erfahrungen haben in islamisch-theologischen Studien.

Sie erwähnen die vielzitierte islamische Selbstausslegung. Was ist darunter genau zu verstehen?

HS: Beginnen wir beim Gegenteil: «Fremdausslegung» war das Kennzeichen des inzwischen kritisch aufgearbeiteten Orientalismus. Dabei wurde – häufig verbunden mit einem Überlegenheitsgefühl von aussen – definiert, was Islam ist oder wie Islam zu sein hat. Im Sinne der Selbstausslegung sollen die Muslime in Europa, in der Schweiz, die Gelegenheit haben, ein bestimmtes Thema des Islam selbstbestimmt zu reflektieren – gerade auch im Rahmen eines Doktorats am Zentrum für Islam und Gesellschaft. Sie sollen selber definieren, was Islam für sie bedeutet, sich mit verschiedenen Traditionen des Islam und mit Kontexten pluraler Gesellschaften auseinandersetzen. Wir wünschen uns ein neues Hörbarwerden von muslimischen Stimmen in der Schweiz, die bis heute im Bereich der Wissenschaft noch wenig wahrgenommen wurden.

EIA: Es geht um die theologische Binnenperspektive. Nicht um Religionswissenschaft, nicht um Islamwissenschaft, nicht darum, dass andere normative Inhalte definieren. Sondern vielmehr darum, dass ich mich als Muslima frage, wie ich beispielsweise religiösen Pluralismus theologisch begründen kann.

Inwiefern werden sich die Weiterbildung, die Forschung und die Lehre ergänzen?

HS: Die Fragen der Religion in der modernen Gesellschaft werden sowohl in der Lehre wie auch in den Doktoratsprogrammen eine wichtige Rolle spielen. Was bedeutet die Auseinandersetzung mit der Globalisierung für die Religion? Welche Werte geben der Zivilgesellschaft ein Fundament? Welchen Platz hat der Islam in der Seelsorge, in der Schule? Wir wünschen uns, dass junge Forschende, die sich für dieses Programm interessieren, nebst dem theoretischen Interesse auch Erfahrungen aus der Praxis mit einbringen. Aus der Forschung und mit den Doktorierenden können bestimmte Angebote für die Weiterbildung entstehen. Wir wollen ja keine Forschung im Elfenbeinturm betreiben. Die Weiterbildung soll aber nicht nur die Anwendung der Wissenschaft sein, sondern eine Art Sensorium für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Bedürfnisse und Debatten.

Können Sie die Ängste nachvollziehen, die gewisse Menschen vor dem Islam empfinden?

HS: Beim Thema Islam schwingen viele Emotionen und Bilder mit. Aber ich denke, gerade in der Schweiz gibt es eine gute Art des Zusammenlebens. Gesellschaftliche Konflikte werden diskursiv und konstruktiv angegangen. Das Zentrum für Islam und Gesellschaft soll auch eine Chance sein, in einer freien Gesellschaft eine andere Art von Islam zu schaffen, ein Islam ohne negative Bilder.

EIA: Ich kann die Angst vor dem Fremden nachvollziehen. Die Angst vor einem universitären Zentrum jedoch finde ich paradox. Da heisst es immer, in den Moscheen würden die Inhalte nicht transparent vermittelt, da gebe es Platz für Verschwörungen. Nun entsteht etwas Staatliches und Transparentes, eben das Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft an der Universität Freiburg, und dies stösst ebenso auf Ablehnung. Man sollte uns eine faire Chance geben. Und uns besuchen, unsere Türe steht offen. ■



USA

- 10 **Wo ist der Glamour hin?**
Claudia Brühlhart
- 14 **Life in black and white: les échecs américains**
Francesca Poggia Mileti
- 16 **Der geliehene Bauch**
Alexandra Rumo-Jungo
- 19 **Le roi-dollar est nu**
Sergio Rossi
- 22 **Sackgasse Guantánamo**
Eva-Maria Belser
- 24 **L'américanisation du droit suisse: un mythe?**
Pascal Pichonnaz
- 27 **Memory Culture**
Thomas Austenfeld
- 30 **Le fédéralisme vu par la Cour Suprême**
Nicolas Schmitt
- 32 **Eine Minderheit zwischen Stuhl und Bank**
Sebastian Imoberdorf
- 35 **Etudes moyen-orientales: enjeux et tensions**
Benoît Challand
- 38 **Machtspiele**
Jan Kreuels
- 40 **Le nouveau leadership commercial des USA**
Philippe G. Nell
- 43 **Tradition, Sport und Elite: Der Mythos von Princeton**
Oliver Krüger
- 46 **Eglise catholique: vers plus d'engagement?**
François-Xavier Amherdt
- 48 **Verfassung und Sklaverei: Ein Pakt mit dem Tod?**
Juri Auderset
- 51 **Welcome to Burning Man!**
François Gauthier
- 53 **Im Land der Gläubigen**
Catherine Buchmüller

«In Texas
it's illegal for
children to have
unusual haircuts»



Wo ist der Glamour hin?

Er ist Deutscher, lebt in der Schweiz und fühlt, manchmal, wie ein Amerikaner. Literaturprofessor und Amerikanist Thomas Austenfeld hat über 20 Jahre in den USA gelebt. Hinweise zum besseren Verständnis einer Weltmacht. Claudia Brühlhart



Thomas Austenfeld wurde 1960 in Paderborn, Deutschland geboren. Nach dem Erwerb des Ersten Staatsexamens an der Universität Münster wechselte er an die University of Virginia, wo er einen M.A. in English machte und auch seine Doktorarbeit schrieb. Von 1991 bis 2006 war Thomas Austenfeld an verschiedenen Universitäten in den USA in der Lehre tätig, zuletzt als Professor für Literatur und Sprachen am North Georgia College & State University. Seit 2006 ist er an der Universität Freiburg Professor für Amerikanische Literatur am Departement für Sprachen und Literaturen. Er war ausserdem von 2009 bis 2011 Dekan der Philosophischen Fakultät. Thomas Austenfeld ist mit einer Amerikanerin verheiratet. Die gemeinsame Tochter lebt in den USA.

Thomas Austenfeld, mit 46 hatten Sie sozusagen die Hälfte ihres Lebens in Amerika verbracht. Wie sehr sind Sie dabei selber zum «Amerikaner» geworden?

Ich habe mich nie vollständig als Amerikaner gefühlt – aber ich fühle, manchmal, wie ein Amerikaner. Die 22 Jahre, die ich dort gelebt habe, zwischen 24 und 46, waren prägend. Heute versuche ich, mit Hilfe dieser Erfahrung mehr Verständnis für die Idee der Vereinigten Staaten in meinen Unterricht einzubauen. Dabei fange ich grundsätzlich mit einem positiven Bild an... die Kritik kommt dann später.

Amerika erscheint uns Westeuropäern zwar weniger «anders» als vielleicht China oder Indien. Trotzdem sind uns die Staaten in vielen Aspekten sehr fremd.

Zunächst mal sind wir in einer ganz anderen Situation, als noch vor ein paar Jahrzehnten. Ich glaube, das Amerikabild, das wir kennen und nach dem die Leute hungern, ist jenes der Fünfzigerjahre. Die Weltmacht, welche das zerstörte Europa aus der Krise führen konnte und selber in einem unglaublichen Aufschwung begriffen war. Dazu kommt noch diese wunderbare alternative Welt der Sechziger- und Siebzigerjahre: Rock, Hippies, Verbundenheit gegen den Vietnamkrieg... Diese lebendige und spannende Situation ist mehr und mehr einer völligen Nüchternheit gewichen, beginnend in den späten Siebziger. Wenn ich mir meine Studierenden heute anschau, dann stelle ich fest, dass sie sich zwar noch sehr für Amerika interessieren und da auch mal hinwollen, aber genauso gerne wollen sie nach Australien, Indien oder Afrika. Den herausragenden Status der USA als Führungsnation, den

gibt es scheinbar nicht mehr, der Glamour ist weg.

Wie kann man Amerika verstehen?

Man müsste, glaube ich, sehr viel von der Geschichte Amerikas verstehen. Allem voran von den zwei wichtigen Elementen, die ich immer wieder unterstreiche: Das eine geht auf die Pilgerväter zurück und ist der religiöse Ursprung. Nur sehr wenig geht und passiert in Amerika ohne eine religiöse Prägung und Einrahmung. Gleichzeitig und mit gleicher Stärke gibt es diesen unheimlich starken säkularen Anspruch, der Wille nach der völligen Trennung von Religion und Staat. Auf der einen Seite also die Pilgerväter von 1620, auf der anderen die *Founding Fathers*, die Gründungsväter der Verfassung und der Unabhängigkeitserklärung, als aufgeklärte Deisten des 18. Jahrhunderts, die rational vorhatten, was ganz Neues auszuprobieren. Diese Spannung zählt heute noch und bestimmt auch die täglichen Entscheidungen der Amerikanerinnen und Amerikaner.

Wie und wo äusserst sie sich besonders?

Ein Beispiel ist die Wahl der Partei. In einem seiner Bücher erzählt der holländische Autor Geert Mak von einem kriegversehrten Veteranen des Irakkrieges, der homosexuell ist, kaum Einkommen und nur Gelegenheitsjobs hat. Man sollte meinen, der wähle wohl die Demokraten. Aber nein, der Veteran steht hinter George Bush, der seine Werte vertritt. Das kann man als Europäer überhaupt nicht verstehen. Der Amerikaner aber, wenn es ihn denn gibt als Typ, ganz egal wo er im politischen Spektrum steht, vertraut nicht auf die Regierung, sondern in erster

Linie auf sich selbst und dann vielleicht auch noch auf Leute, die er als gleichgesinnt wahrnimmt. Das gilt sowohl für Demokraten als auch für Republikaner. Es gibt natürlich Leute, die aus humanitären oder christlich motivierten Gründen die Armen unterstützen wollen. Aber nur solange, bis diese sich wieder selber helfen können! Dieses Selbstverständnis ist tief eingegraben in das Bewusstsein von Amerikanern: Solange ich es selber machen kann, will ich es selber machen und man lasse mich tunlichst alleine!

Jeder ist sich selbst der Nächste?

Nicht unbedingt. Jeder ist sehr freundlich und aufgeschlossen gegenüber anderen und man hilft auch sehr spontan. Aber eben nicht durch staatliche Institutionen, sondern durch freiwilliges Helfen, sei dies unter Nachbarn, Arbeitskollegen, Freunden oder gar Fremden. Mit einer Ausnahme: Kinder. Vor 30 Jahren spazierte ich mit meiner Freundin durch einen Wald, vor uns ging eine Familie mit einem kleinen Kind. Das Kind fiel über eine Wurzel, legte sich der Länge nach hin und fing an zu schreien. Die Eltern waren schon etwas weiter. Ich wollte spontan auf das Kind zugehen und es hochheben, da riss mich meine Freundin, selber Amerikanerin, am Ärmel zurück und sagte «don't touch her, they might sue you!». Beim Anfassen riskiert man eine Klage, beim Helfen ist man willkommen. Bei uns hilft man Kindern vielleicht unaufgeregter.

Fühlt sich Amerika auch für Sie je länger, je fremder an?

Ja, klar. Das hängt insbesondere mit der jedes Jahr fühlbar zunehmenden Polarisierung zusammen. Vor dreissig Jahren konnte man noch über Politik reden, heute nicht mehr. Weil es keine Diskussion mehr gibt, nur noch Streit. Wenn man in die Geschichte blickt, bei allen Auseinandersetzungen, die es im Präsidenten-Wahlkampf schon immer gab, haben sich die Leute in den 1950er, 60er und 70er Jahren zumindest noch vertragen und die Führer in den Parteien waren kompromissfähige Leute. Heute sind die Parteiführer zum grossen Teil Ideologen, die auf keinen Fall einen Kompromiss eingehen wollen – die Wähler würden das auch nicht honorieren.

Immer wieder erschreckend ist für den Europäer die in den USA herrschende Gewaltbereitschaft – von den veröffentlichten Folterberichten der CIA bis hin zur

Ausübung der Todesstrafe. Wie gehen die Amerikaner damit um?

Mit Gewalt geht man nicht zimperlich um. Die Folterberichte stellen klar einen neuen Tiefpunkt in der öffentlichen Ordnung oder dem, was man dafür hält, dar. Auf der anderen Seite muss man sagen, dass es kein anderes Land in der Welt gibt, in dem gefoltert würde und in dem die Berichte dazu dann auch veröffentlicht werden. Wir haben keine solchen Berichte aus China oder Nordkorea und wir werden auch nie welche zu Gesicht bekommen. Was die Todesstrafe angeht, so wird darüber, meines Wissens, nicht gross debattiert. Aber klar, wir blicken als Westeuropäer auf die Todesstrafe und sagen: Das kann doch nicht wahr sein. Und in Amerika sieht man auf Foxnews täglich Berichte darüber, die behaupten, dass Europa kurz davor ist zu kollabieren, zu einem sozialistischen Sumpf zu werden, dass in Birmingham (Grossbritannien) ein Kalifat ausgerufen wurde, dass wir fest im Griff des Islam sind... was ja alles mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun hat. Die Amerikaner warnen davor, nach Europa zu fahren! Dabei wurden in Chicago letztes Jahr 440 Leute ermordet! Die Sichtweisen sind völlig verzerrt. Und zwar von beiden Seiten, also Amerika und Europa.

Was sehen wir Westeuropäer denn falsch in unserer «kollektiven» Wahrnehmung der USA?

Wir nehmen die USA als Ganzes wahr, während die Amerikanerinnen und Amerikaner sich einem Staat oder einer Region zugehörig fühlen. Darin sind sie den Schweizern nicht unähnlich, nur die Skala ist grösser. Was uns Europäern fehlt, ist eine Wahrnehmung der enormen kulturellen, historischen, sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Staaten und Regierungen der USA. Amerika als Gesamtbild wahrzunehmen verkürzt automatisch schon, was wir sehen müssten. Die Todesstrafe wird längst nicht in allen Staaten vollzogen. In Massachusetts sind die Höhe der Steuern, die Qualität der Versorgung in Krankenhäusern oder auch die Infrastruktur der Autobahnen wichtig. In Arizona aber geht es um die Sicherung der Grenze nach Mexiko, um die Frage, welche Sprache im öffentlichen Raum gesprochen werden soll, es geht um die Versorgung mit Wasser... das sind dort die wichtigen Themen. Diese Unterschiede zwischen den Staaten – oder besser Regionen – sind massiv. ▶

Ebenso wie die Unterschiede zwischen Arm und Reich.

Oh yes. Es gibt keine Mittelklasse mehr. Dafür aber sehr viele Leute, die am Existenzminimum herumknabbern und andere, die wesentlich zuviel Geld haben. Die Umverteilung der Güter, der Einkommen und der Wohlhaben von unten nach oben, die in den letzten 40 Jahren stattgefunden hat, ist monumental. Viele leben von Teilzeitjobs, häufig mehreren. Und haben keine Sozialversicherungen, da diese erst ab einem 50-Prozent-Pensum bezahlt werden.

Mit dieser Knacknuss, d.h. dem amerikanischen Mittelstand, will sich Präsident Obama nun während seiner zweiten Amtszeit beschäftigen. Dabei widmen sich US-Präsidenten in der zweiten Amtshälfte gewöhnlich doch lieber der prestigeträchtigeren Aussenpolitik. Was ist Obamas Taktik?

Barack Obama hat versucht, mit den Republikanern zusammenzuarbeiten, es ist ihm aber wegen deren Blockadepolitik nicht gelungen. Nun sieht er jetzt wohl keine andere Möglichkeit mehr, überhaupt einen Platz in der Geschichte zu erlangen, wenn er nicht die marode Infrastruktur und die sozialen Probleme angeht. Ein aktuelles Beispiel ist eine Initiative von Präsident Obama, mit der er die ersten zwei Jahre des Junior College kostenlos machen will.

Teilen Sie die Befürchtung, dass Präsident Obama in seiner zweiten Amtszeit zum handlungsunfähigen «lame duck» wird?

Ja, ich teile die Befürchtung. Die Initiative, die er jetzt entwickelt, die hätte er eher zeigen müssen. Ich bin enttäuscht angesichts der Diskrepanz zwischen den Versprechungen, die er in seiner Antrittsrede gemacht hat und den tatsächlich umgesetzten Taten. Auch er hat seinen Glamour eingebüsst. Das Zeichen, das er gesetzt hat – dass ein Schwarzer Präsident der Vereinigten Staaten werden kann – das wird bleiben. Und dessen Symbolkraft darf man nicht unterschätzen. Ein nächster farbiger Kandidat wird es viel einfacher haben. Nach John F. Kennedy war es kein Thema mehr, ob einer Katholik ist. Und nach Carter war die Frage, ob ein Präsident aus den Südstaaten kommen darf,

auch gelöst. Obama hat den Schwarzen den Weg ins Weisse Haus geebnet.

Sie sind seit 9 Jahren und mit ungebrochener Leidenschaft Professor für Amerikanische Literatur. Worin liegt deren Faszination? Womit besticht sie?

How much time do you have? Die Amerikanische Literatur besticht vor allen Dingen mit der Energie, die aus ihr spricht, mit ihrer unbändigen Erneuerungskraft. In den letzten 20 Jahren waren es vor allem die interessanten Autorinnen und Autoren aus den verschiedenen ethnischen Gruppierungen, die sich etabliert haben. Früher gab es einen Kanon von etablierten Werken, die allesamt aus der Feder von *dead white males* stammten. Seit den 70er und 80er Jahren nun gibt es diesen unglaublichen Zuwachs und die Verfügbarkeit von Autoren und Autorinnen, seien sie nun *Native Americans*, *Korean Americans*, *Chinese Americans*... Personen aus verschiedene Regionen und sozialen Schichten, die nicht immer durch Buchpublikationen Aufmerksamkeit erlangen, sondern je länger je mehr auch durch Blogs, Internet, Selfpublishing... Auf einmal haben sie einen Verleger und eine Professur in *creative writing* ohne jemals einen Dokortitel erlangt zu haben. Und sie haben wirklichen Einfluss auf die Literaturlandschaft. Das fasziniert mich.

Ihre «Must-have-reads»?

Diese Frage ist ein No-Go (lacht). Aber gut. Ich lese vor allen Dingen Louise Erdrich, eine indianische Autorin; ich lese Dave Eggers, den halt ich für ganz wichtig. Ich lese sehr viel Lyrik... das kann ich aber nicht unbedingt jedem empfehlen. Ich lese Rita Dove, eine afro-amerikanische Autorin. Ich bin fasziniert von den Leuten, die jedes Jahr oder jedes zweite Jahr zum *poet laureate* ernannt werden. Das sind Leute, die man aus den Unis rausnimmt und für ein, zwei Jahre nach Washington schickt, damit sie *poetry* verbreiten. Diese Leute bewirken etwas in den Schulen, sie verändern den Zugang zur Literatur. ■

«In California
nobody is allowed to
ride a bicycle in a
swimming pool»



Life in black and white: les échecs américains

La politique américaine actuelle du recensement est issue d'une longue et lourde histoire, qui explique les catégories raciales et ethniques encore en usage aujourd'hui. Francesca Poglià Mileti

Zutreffendes bitte ankreuzen

Die amerikanische Politik der Volkszählung (*United States Census*) entspringt dem langen und leidvollen Kapitel der Kolonialisierung. Sie widerspiegelt die Ausbeutung der Sklaven durch die sogenannten WASP (*White Anglo-Saxon Protestants*). Entgegen aller Erwartungen, haben grundlegende gesellschaftliche Entwicklungen im Anschluss die Unterscheidung zwischen verschiedenen Rassen noch verstärkt. Ab den 1960er Jahren wurden Merkmale, die bis anhin als stigmatisierend galten, mit neuen Attributen versehen und erlangten damit identitätsstiftenden Charakter, ganz im Sinne des Slogans *Black is beautiful*. Auch wenn die Kategorien der Volkszählung aktuell zu Kontroversen führen, so werden sie doch nicht in ihrem Grundsatz bekämpft – schliesslich bilden sie den Pfeiler, auf welchem die Programme der *Affirmative Action* (Quotenregelung, Unterstützung, positive Diskriminierung) ruhen. Aus diesem Grund sahen sich die amerikanischen Bürgerinnen und Bürger anlässlich der Volkszählung 2010 noch immer mit der Frage konfrontiert: «*What is this person's race?*». Immerhin besteht seit der Volkszählung im Jahre 2000 die Möglichkeit, mehrere Rassenzugehörigkeiten anzugeben.

Depuis quelques mois, les événements à caractère racial se succèdent et se ressemblent aux Etats-Unis. Suite à la disculpation de représentants des forces de l'ordre ayant tiré sur de jeunes noirs américains, les membres de certains quartiers ou communautés descendant dans les rues et manifestent pour une égalité de traitement. L'élection de Barack Obama – premier président noir de l'histoire américaine – n'aura (évidemment) pas suffi à réduire les tensions raciales. Et pourtant, dans le discours prononcé avant son élection, le 18 mars 2008 à Philadelphie, il s'est explicitement référé aux pères de la Constitution pour, dans un même élan rhétorique, reconnaître la «colère des noirs» et le «ressentiment des blancs», affirmant vouloir guérir les «vieilles blessures raciales» et parvenir à une «union plus parfaite». L'audace tout autant que la stratégie politique du futur président a été d'outrepasser le principe de la *One Drop Rule*, cette règle créée par les blancs esclavagistes, qui postule qu'une personne ne possédant ne serait-ce qu'une seule goutte de sang noir doit être considérée comme noire (explicitement indiquée comme tel dans les directives). Obama affirme ainsi des allégeances plurielles lui permettant de représenter tous les votants. Mais des voix se sont élevées, doutant qu'il soit en mesure de répondre aux besoins des deux parties et, notamment, à ceux de la communauté afro-américaine. Car, bien que né d'un père kényan, il a été élevé par sa grand-mère «blanche» et a grandi à Hawaï, dans des milieux plutôt aisés, contrairement à la majorité des noirs américains.

Comment, dès lors, comprendre la persistance de cette fracture raciale, qui est autant sociale, économique que politique?

Comment expliquer qu'en 2010, les directives du recensement américain demandent aux citoyens de répondre à la question «*What is this person's race?*» en choisissant d'apposer une croix dans la catégorie qui leur semble la plus adaptée: «*White*», «*Black, African-American, etc.*», «*American-Indian and Alaska native*», «*Asian, Chinese, etc.*», «*Some other race*»? (Bureau of Census, 2010). Ces désignations, qui aux yeux des non-américains apparaissent comme éthiquement inappropriées, anachroniques ou peu scientifiques (Simon, 1997), sont utilisées là-bas par les institutions gouvernementales, les chercheurs, les journalistes ou tout un chacun au quotidien. Comme ailleurs, les catégories statistiques officielles, à l'intersection du juridique, du politique et de l'imaginaire citoyen (Chenu, 1997), sont développées par l'Etat dans le but d'administrer, de chiffrer et de mesurer la situation nationale et d'adopter des politiques publiques (Desrosières, 1993). Elles sont, par conséquent, constitutives de la vision que les Américains ont d'eux-mêmes et issues des rapports sociaux qui ont marqué l'histoire des Etats-Unis (Poglià Mileti, 2010).

Quelles catégories?

En 1790, le premier recensement américain de la population est en contradiction avec l'idéologie libérale universaliste inscrite dans la Déclaration d'indépendance, ainsi que dans la Constitution fédérale et ses dix amendements. En effet, loin de considérer tous les hommes résidant sur le territoire comme libres et égaux, il distingue les catégories suivantes: hommes blancs libres, femmes blanches libres, esclaves et autres personnes. Ces différenciations sont nées de l'histoire coloniale et

reflètent l'exploitation des esclaves, importés d'Afrique par ceux qu'on appellera les WASP (White Anglo-Saxon Protestants). Si le terme de race n'apparaît qu'en 1900 dans le recensement américain, légitimé par l'essor des théories raciales de l'époque, durant le XVIII^e siècle et le début du XIX^e déjà, l'obsession du «mélange racial» donne lieu à la création de catégories, visant à évaluer l'ascendance des individus: *mulatto, quadroon, octoroon*. Mais ce n'est que lorsque l'institution de la *One Drop Rule* est reconnue officiellement que le recensement de population abandonne ces distinctions et ne garde que la catégorie *Black*. On peut d'ailleurs se demander si Barack Obama aurait été considéré comme blanc si la règle avait été inversée...

Renverser l'échiquier

Au moment des importantes vagues migratoires de la fin du XIX^e et du début du XX^e siècle, les catégories du recensement ne sont plus considérées comme suffisamment précises pour identifier les nouveaux arrivants et les distinguer du «peuple originel», symboliquement représenté par le mythe des *pilgrims fathers*. Le comptage des différentes populations est utilisé à des fins de gestion des stocks migratoires. Sous la pression des mouvements nativistes et restrictionnistes, comme le Know-nothing party et l'American party, les politiques migratoires fixent des quotas, afin de maintenir l'équilibre de ce que l'on désigne alors comme la «balance ethnoraciale» de la société américaine. En identifiant précisément la composition des populations déjà présentes sur le territoire, les statistiques issues du recensement fédéral permettent d'établir des projections chiffrées qui fixent les limites des quotas autorisés pour chaque catégorie de migrants, exception faite de la population mexicaine, dont avait particulièrement besoin l'agriculture américaine (Poglia, 2012). Contrairement à toute attente, des événements sociétaux majeurs ont ensuite renforcé les distinctions entre les catégories raciales. A partir des années 1960, les acteurs de la révolution civique, à l'instar de Martin Luther King ou de mouvements sociaux plus radicaux comme le Black Power

ou le Chicanos Movement, s'érigent contre la discrimination raciale, réclamant à la fois un traitement équitable et la reconnaissance de leurs spécificités culturelles, religieuses et raciales. Les désignations considérées jusque-là comme stigmatisantes sont symboliquement investies de nouvelles significations et servent de porte-identités aux nouvelles modalités citoyennes, à l'image du slogan *black is beautiful*. Si les catégories du recensement sont actuellement sujettes à controverses, comme l'attestent les débats sur la «multiracialité», elles ne sont pas fondamentalement contestées, parce qu'elles constituent le socle sur lequel s'appuient les institutions qui appliquent les programmes de l'Affirmative Action (quotas, soutiens, discrimination positive...) issues de toutes ces revendications.

Fait récent, le recensement de 2000 inclut la possibilité d'indiquer plusieurs catégories raciales, tout comme sont régulièrement formulées des demandes liées aux modifications des frontières ou termes utilisés. En effet, au fil du temps, le Bureau du recensement, qui gère le recensement de population, a tenté de répondre aux demandes pragmatiques et identitaires des minorités, tout en conservant les distinctions fondamentales entre catégories raciales. Depuis 1977, c'est le Bureau de la gestion et du budget, une agence fédérale, qui est responsable de déterminer les critères de classification des données et catégories des recensements fédéraux. L'histoire nous montre donc que l'Amérique ne peut pas modifier facilement les pièces qui composent son échiquier social. Mais, à ignorer trop longtemps les inégalités économiques, politiques et résidentielles qui lui sont contingentes, elle risque de voir se renforcer les tensions entre populations et se mettre définitivement hors-jeu... Quelle que soit la couleur de son roi! ■

Pour aller plus loin

- > Bureau of Census, 2010, <http://www.census.gov/2010census/data/>
- > Alain Chenu, «La catégorisation statistique, présentation du dossier», *La catégorisation statistique, Sociétés contemporaines*, n° 26, avril, pp. 5–11, 1997
- > Véronique De Rudder, «Quelques problèmes épistémologiques liés aux définitions des populations immigrantes et de leur descendance», in Aubert François et al. (dir), *Jeunes issus de l'immigration, de l'école à l'emploi*, L'Harmattan, pp. 17–43, 1997
- > Alain Desrosières, *La politique des grands nombres, histoire de la raison statistique*, La Découverte, 1993
- > Francesca Poglia Mileti, «'Issus de la migration': catégorie légitime ou stigmatisante?», n° 23, *Terra cognita*, 2013
- > Francesca Poglia Mileti, *Les enjeux du recensement de population aux Etats-Unis. Ethnicité, Immigration, Altérité*, Collection Questions sociologiques, L'Harmattan, 2012
- > Patrick Simon, «La statistique des origines: l'ethnicité et 'la race' dans les recensements aux Etats-Unis, Canada et Grande-Bretagne», *La catégorisation statistique, Sociétés contemporaines*, n° 26, avril, pp.1–44, 1997

Francesca Poglia Mileti est professeure associée au Domaine sciences des sociétés, des cultures et des religions.
francesca.poglia@unifr.ch

Der geliehene Bauch

Samenspende, Leihmutterschaft, Social Egg Freezing: Die Palette an Möglichkeiten zur Überwindung von Unfruchtbarkeit wird immer grösser. Und stellt nicht zuletzt Justitia vor grosse Herausforderungen. Alexandra Rumo-Jungo

Cherchez la mère

En Suisse, le droit constitutionnel (Art. 119 al. 2 Cst) interdit de faire appel à des mères porteuses. Comment notre pays gère-t-il l'arrivée d'enfants nés d'une gestation pour autrui autorisée dans d'autres pays? Aux Etats-Unis, c'est le droit des parents ayant recouru à cette méthode (et non celui de la mère biologique) qui est reconnu. En Suisse, selon la jurisprudence du Tribunal fédéral en vigueur, cette reconnaissance est refusée aux parents sociaux. Les enfants sont alors déclarés «sans parents» et placés sous tutelle. Si la demande d'adoption des parents non biologiques devait ensuite être rejetée, d'autres pourraient poser leur candidature, même si durant cet intervalle l'enfant a déjà vécu avec ses parents sociaux. Cette situation entraîne une violation du droit fondamental des enfants à avoir des parents et une vie de famille. La décision du Tribunal administratif du Canton de St-Gall, datée du 19 août 2014, représente donc une avancée importante: la décision, déferée au Tribunal fédéral, déclare deux hommes, vivant en partenariat enregistré, comme les pères officiels d'un enfant, né en Californie d'une mère porteuse. Ce jugement est d'autant plus courageux qu'en Suisse même l'adoption de l'enfant naturel d'un des partenaires d'un couple enregistré officiellement est encore impossible.

Die Anwendung medizinischer Fortpflanzungstechnik und die damit verbundene Spaltung der biologischen, genetischen und sozialen Elternschaft erschüttert das geltende Familienrecht in seiner Grundannahme der Kongruenz von ebendieser Trinität. Während das grundrechtlich und staatsvertraglich verbürgte Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Identität – dem für die Identitätsbildung aus entwicklungspsychologischer Sicht eine grosse Bedeutung zukommt – grundsätzlich für den Vorrang der genetischen Elternschaft spricht, kommt auch der sozialen Elternschaft eine zunehmende Bedeutung zu, etwa im Fall der Adoption oder der Leihmutterschaft, wo die Wunscheltern nicht die biologischen und meist nicht die genetischen, sondern eben die sozialen Eltern sind.

Ethische und moralische Grenzen

In der Schweiz ist die Leihmutterschaft verfassungsrechtlich verboten (Art. 119 Abs. 2 BV). Wenn eine Fortpflanzungsmethode eine Frau auf die Rolle der Gebärmachine reduziert, widerspricht sie der Menschenwürde, weil die Frau nicht mehr als Person wahrgenommen wird. Ethisch nicht vertretbar ist ausserdem die Kommerzialisierung des Uterus. Hier stossen wir ebenso an moralische Grenzen wie beim Organ- oder Gewebehandel (Art. 6, 7 Transplantationsgesetz): Nach dem Vorbild der Samen-, der Organ- und der Gewebespende (Art. 21 FmedG, 6 Transplantationsgesetz) wäre in der Schweiz einzig die rein altruistische Leihmutterschaft vorstellbar, z.B. die einer Frau für ihre unfruchtbare Schwester. Unter dem Blickwinkel der Menschenwürde könnte eine Leihmutterschaft im Übrigen nur dann zulässig sein, wenn die Leihmut-

ter mit jener Mutter gleichgestellt ist, die ihr Kind zur Adoption frei gibt. D.h. die Leihmutter müsste nach der Geburt entscheiden können, ob sie das Kind wirklich abgeben will oder nicht. Das Verbot der Leihmutterschaft soll neben der Würde der Mutter auch jene des Kindes wahren und als Schutz vor Kommerzialisierung mit menschlichem Keimgut, vor Kinderhandel und vor der Wahrnehmung des Kindes als (bestellbare) Ware dienen (Art. 7 und 11 BV).

Leihmutterschaft in den USA

Wie aber gehen wir mit Kindern um, die aus einem im Ausland zulässigen Leihmutterschaftsverhältnis in die Schweiz kommen? In den USA (ähnlich in Indien, in der Ukraine, in Russland usw.) wird der Leihmutter die Mutterschaft und deren Ehemann die Vaterschaft aberkannt und die Elternschaft der sog. Wunscheltern anerkannt. In Kalifornien ergeht zu diesem Zweck etwa im sechsten Schwangerschaftsmonat ein Gerichtsurteil, wonach die Kinder, die innert einer gewissen Zeitperiode geboren werden, als Kinder der Wunscheltern anerkannt sind. Die Leihmutter und gegebenenfalls ihr Ehemann sowie die Wunscheltern sind die Parteien des Gerichtsurteils. In der Geburtsurkunde wird das von der Leihmutter geborene Kind sogleich als Kind der Wunscheltern ausgewiesen. Die Leihmutter verzichtet also zum Vornherein auf die Elternschaft, und die Wunscheltern übernehmen die Elternschaft definitiv. Damit wird zum Zeitpunkt der Geburt ein rechtliches Vakuum verhindert.

Nach geltender Rechtsprechung des Bundesgerichts wird diesen Eltern die Anerkennung in der Schweiz verweigert, mit dem Hinweis, diese sei «ordre-public-widrig». ►

«In Kentucky
it's illegal to paint
your lawn red»



Weiterführende Literatur

- > Siehe auch Bächler/Bleisch,
Gastkommentar Leihmutterchaft,
Ein respektables Unterfangen?,
NZZ, Nr. 84, 10.4.2014

Damit sind die Kinder elternlos und erhalten einen Vormund (Art. 327a ZGB). Wenn später die Adoption zu den Wunscheltern scheitert, weil die Voraussetzungen für eine Adoption im Allgemeinen (z.B. hinsichtlich des Alters) oder die Voraussetzungen für eine gemeinschaftliche Adoption (Ehe, Art. 264a ZGB) nicht erfüllt sind, bleiben die Kinder auch weiterhin vorerst elternlos. Damit käme die Adoption durch andere Eltern in Frage, obwohl das Kind inzwischen mit seinen sozialen Eltern (Wunscheltern) jahrelang ein Familienleben tatsächlich gelebt hat. Diese Situation verletzt das Grundrecht der Kinder auf Eltern und auf Familienleben (Art. 11 Abs. 1 und Art. 14 BV, Art. 8 EMRK, Art. 7 UN-KRK). Ferner resultiert daraus eine Verletzung des Diskriminierungsverbots (Art. 8 Abs. 2 BV, Art. 8 iVm Art. 14 EMRK, Art. 2 UN-KRK), weil das Kind aufgrund seiner Geburt diskriminiert wird. Der ebenfalls grundrechtlich verbürgte Schutz des Kindeswohls (Art. 11 BV, Art. 3 Abs. 1 UN-KRK) erfordert in der Abwägung zwischen den Rechten der Leihmutter und den Rechten des Kindes einen Vorrang letzterer. Ausserdem ist es faktisch kaum möglich, das Kind den Wunscheltern zu entziehen und es der Leihmutter oder der genetischen Mutter (bei Eizellenspende) im Ausland zurückzugeben. Es steht ein Grundrecht dem anderen gegenüber: Recht auf Eltern und Familie vs. Recht auf Kenntnis der genetischen Identität. Im Sinne des Kindeswohls ist die Begründung eines Kindesverhältnisses zu den Wunscheltern klar höher zu gewichten.

Mutiges St. Galler Verwaltungsgericht

Mit dem Entscheid des St. Galler Verwaltungsgerichts vom 19. August 2014 (B 2013/158) ist nun ein mutiger Schritt unternommen worden. Der Entscheid, der an das Bundesgericht weiter gezogen wurde, anerkennt zwei in eingetragener Partnerschaft lebende Männer als Väter eines Kindes, das in Kalifornien von einer Leihmutter geboren wurde. Das Gericht begründet, die Anerkennung des Kindesverhältnisses sei vereinbar mit dem Kindeswohl: Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung des Kindes sei gewahrt, sofern aus dem Personenstandsregister die Identität der genetischen

und biologischen Eltern so weit als möglich hervorgehen. Daher seien im Personenstandsregister namentlich die Personendaten der biologischen Mutter (Leihmutter) sowie der genetischen Mutter (Eizellenspenderin) einzutragen. Die Tatsache, dass die Eizellenspende anonym erfolgt sei, verletze das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung des Kindes zwar, müsse aber ebenfalls registriert werden. Das Urteil ist insofern mutig, wenn man bedenkt, dass derzeit in der Schweiz für eingetragene Paare nicht einmal die Stiefkindadoption möglich ist (Art. 28 PartG).

Wegweiser für das Bundesgericht?

Das St. Galler Urteil zeigt, dass die Anerkennung zweier Väter als Eltern im Kontext des Schweizer Rechts noch einiger argumentativer Überwindung bedarf, mindestens aber ein Kindesverhältnis zwischen einem verheirateten Paar und einem durch eine Leihmutter geborenen Kind in der Schweiz anerkannt werden muss. Dies hat auch der EGMR im Urteil *Mennesson c. Frankreich* vom 26. Juni 2014 (No 65192/11) erkannt und argumentiert, das Grundrecht auf Familienleben sei nicht verletzt, weil die konkreten Schwierigkeiten im Alltag das Familienleben nicht verunmöglicht hätten. Am 10. Dezember 2014 (BGH v. 10.12.2014 XII ZB 463/13) hat auch der Deutsche Bundesgerichtshof die Elternschaft zweier Männer anerkannt, die demnach als rechtliche Eltern in das Geburtenregister einzutragen waren.

In konsequenter Fortschreibung der Rechtsprechung des EGMR wird das Bundesgericht also mindestens die Anerkennung des durch Leihmutterchaft begründeten Kindesverhältnisses zu dessen heterosexuellen Wunscheltern bejahen müssen. Ob es über diesen Weg (Anerkennung eines im Ausland begründeten Kindesverhältnisses) auch die Elternschaft zweier Väter anerkennt, ist fraglich. Zum Schutz des Kindes müsste aber mindestens ein Vater als rechtlicher Vater anerkannt werden. Sicher ist, dass diese Entwicklung noch nicht zu Ende ist und das Schweizer Abstammungsrecht – das immer noch von der Grundannahme der Kongruenz von biologischer, genetischer und sozialer Elternschaft ausgeht – vor neue Herausforderungen stellt. ■

Le roi-dollar est nu

Le régime monétaire international axé sur le dollar américain est à l'origine de la crise financière de 2008. C'est dans l'intérêt des Etats-Unis d'en réformer l'architecture pour assurer la stabilité de l'économie globale. Sergio Rossi

Im Interesse aller

Die Vereinigten Staaten haben einen «ausserordentlichen Vorteil»: Die Verwendung ihrer Währung jenseits der Grenzen des landeseigenen Banksystems ermöglicht es den amerikanischen Bürgerinnen und Bürgern, Produkte aus der gesamten Welt zu importieren, ohne dafür eine Gegenleistung leisten zu müssen. Der Ökonom John Williamson hat den Begriff des internationalen Zahlungs-«Nicht-Systems» geprägt, um diesen Gebrauch einer nationalen Währung zur Begleichung internationaler Transaktionen zwischen zwei Ländern mit anderen Währungseinheiten zu charakterisieren. Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts kam dieses «Nicht-System» den Vereinigten Staaten zugute, da die dadurch entstandenen ökonomischen Ungleichgewichte zwar die peripheren Länder der USA (vor allem in Asien) negativ beeinflusste, nicht aber das Kernland selber. Mit der finanziellen Deregulierung, die in den 1980er Jahren begann, wendete sich auch für die USA das Blatt. Der Bankrott der Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 führte schliesslich zum Eklat der Finanzkrise, deren Wucht den Dollar nachhaltig entkräftete. Es ist also auch im Interesse der Vereinigten Staaten, die Architektur des internationalen Währungsregimes zu reformieren, um damit die Stabilität in der globalen Wirtschaft zu garantieren.

Les Etats-Unis ont un «privilege exorbitant», comme l'avait déjà relevé Jacques Rueff dans les années 1960: l'utilisation de leur monnaie au-delà des frontières de leur propre système bancaire permet aux résidents américains d'importer des produits du reste du monde sans rien donner en échange. La nature de la monnaie bancaire étant purement scripturale, les banques aux Etats-Unis ne perdent jamais aucun dépôt libellé en dollars, lorsqu'elles exécutent les ordres de paiement des importateurs. Rueff notait justement que le règlement de ces achats comporte une «duplication», dans la mesure où la somme des dollars correspondant au déficit commercial états-unien est enregistrée dans les systèmes bancaires des pays créanciers, tout en restant également dans le système bancaire des Etats-Unis. Ce principe est valable pour toutes les monnaies considérées comme des «actifs de réserve» (ou des «monnaies-clés») au niveau international. Sur le plan empirique, toutefois, il s'applique surtout au dollar américain, étant donné que les Etats-Unis (contrairement à la Suisse, par exemple) sont un pays importateur net de biens et services depuis bien des décennies et surtout après le passage au régime de l'étalon-dollar (qui remonte aux accords de Bretton Woods en 1944 et qui a été renforcé par l'abandon de la convertibilité en or du dollar américain au début des années 1970).

Non-système – vrai déséquilibre

Or, il est clair que cela n'est pas un système ordonné pour le règlement des transactions entre deux espaces monétaires disjoints, formés chacun par le système bancaire au sein duquel une seule monnaie est émise

pour assurer la finalité de l'ensemble des paiements entre ses acteurs privés ou publics. L'économiste John Williamson a utilisé le terme de «non-système» monétaire international afin de caractériser l'emploi d'une monnaie nationale lors du règlement des transactions internationales entre deux espaces monétaires quelconques.

Jusqu'à la fin du vingtième siècle, ce «non-système» des paiements internationaux profitait aux Etats-Unis, car les déséquilibres économiques qu'il engendrait affectaient négativement les pays situés à la périphérie de celui-ci (notamment en Asie) sans nuire au pays-centre. Les mouvements des capitaux au niveau global étaient induits, en particulier, par la dépréciation tendancielle du dollar états-unien suite au renouvellement des «déficits sans pleurs» (Rueff) dans la balance commerciale américaine dont profitaient les agents économiques aux Etats-Unis pour «vivre au-dessus de leurs propres moyens».

Le feu aux poudres

La déréglementation financière intervenue à partir des années 1980 a peu à peu dégradé la situation privilégiée de l'économie américaine. La diffusion des stratégies de «titrisation» des créances bancaires a amené les banques aux Etats-Unis à augmenter sans cesse le volume des crédits octroyés à toute catégorie d'agents économiques (les hypothèques «subprime» ne sont qu'un exemple représentatif), croyant qu'elles allaient ensuite pouvoir se soustraire aux risques de défaut de remboursement de leurs débiteurs par la vente de titres (de là, le terme «titrisation») basés sur ces mêmes crédits. Ces stratégies trouvent leur racine principale dans l'accumulation de dépôts ►

Pour aller plus loin

- > S. Rossi, *Money and Payments in Theory and Practice*, Londres et New York, Routledge, 2007
- > S. Rossi, « The role of banks in the (over-)accumulation of capital », *European Journal of Economic and Social Systems*, Vol. 21, No. 2, 2008, pp. 213-231
- > S. Rossi, « International payment finality requires a supranational central-bank money », *China-USA Business Review*, Vol. 8, No. 11, 2009, pp. 1-20
- > S. Rossi, « The 2007-2009 financial crisis: an endogenous-money view », *Studi e Note di Economia*, Vol. 15, No. 3, 2010, pp. 413-430
- > S. Rossi, « Can it happen again? Structural policies to avert further systemic crises », *International Journal of Political Economy*, Vol. 40, No. 2, 2011, pp. 61-78

bancaires à la suite du paiement des déficits commerciaux des Etats-Unis. Ces dépôts impliquant le versement d'un intérêt bancaire à leurs titulaires, les banques aux Etats-Unis ont cherché par tous les moyens à augmenter leurs propres recettes, à travers la maximisation de l'encours des crédits octroyés, exploitant le fait que l'émission monétaire n'a besoin d'aucun dépôt préalable pour avoir lieu, car en réalité celui-ci résulte de celle-là.

La stagnation (voire la diminution) du revenu disponible des individus appartenant à la classe moyenne aux Etats-Unis – suite notamment à la financiarisation de leur système économique – a été compensée par l'augmentation continue de l'endettement individuel, permettant aux ménages de continuer à consommer au-delà de leur capacité économique, profitant également des taux d'intérêt très bas de la politique monétaire états-unienne. Cette bulle du crédit a enflé de plus en plus entre la deuxième moitié des années 1990 et la première moitié de la décennie suivante. Elle a fini par exploser peu après que la Réserve fédérale américaine ait commencé à relever ses propres taux d'intérêt en juin 2004, provoquant une crise immobilière qui s'est vite répandue à l'ensemble de l'industrie financière nationale. Le rôle international du dollar états-unien a rapidement propagé la crise financière américaine au reste de l'économie globale. C'est l'étincelle qui a fait éclater la crise de la zone euro.

Remettre de l'ordre

Au-delà des comportements insoutenables et irresponsables de bien des acteurs économiques, à l'instar des banques aux Etats-Unis (et ailleurs), l'éclatement de la crise suite à la faillite de la banque d'affaires Lehman Brothers, le 15 septembre 2008, a été d'une telle force et d'une telle intensité que le roi-dollar est désormais nu. Il est clair, en effet, qu'une telle crise d'ordre systémique a pu se produire uniquement suite au désordre du régime pour les paiements internationaux. Si le système monétaire international avait été ordonné, c'est-à-dire qu'il assure la finalité de toute opération de paiement pour les nations impliquées et pas simplement pour leurs résidents, les comportements des agents économiques n'auraient jamais pu induire une crise systémique. Le «non-système» monétaire international axé sur le roi-dollar doit donc être réformé de manière structurelle, afin que tous les pays de l'économie mondiale soient sur un pied

d'égalité pour le règlement de l'ensemble des transactions internationales (commerciales ou financières).

Si cette réforme structurelle apparaissait encore utopique à la fin du vingtième siècle, lorsque le pays-centre du «non-système» monétaire international profitait de celui-ci, elle est devenue réaliste après l'éclatement de la crise systémique aux Etats-Unis dont l'économie a souffert et continue de souffrir à cause du surendettement de bien de ses familles et entreprises. Pour que cette réforme se réalise, il faudra néanmoins encore beaucoup de temps, car il s'agit de réunir au moins deux éléments majeurs:

- Les décideurs politiques doivent comprendre que la monnaie n'est pas une marchandise et que son mécanisme d'émission n'a besoin d'aucun dépôt bancaire préalable. En fait, il ne suffit pas d'agir sur le comportement des institutions financières pour empêcher une autre crise systémique comme celle de 2008 au plan global. Il faut une véritable réforme de l'architecture du système des paiements à l'échelle nationale et internationale, afin que l'émission monétaire soit toujours associée à une activité de production, la seule qui soit à même de former un revenu nouveau dans l'ensemble du système économique.
- Les enseignants-chercheurs en sciences économiques doivent élargir le spectre de leurs analyses au-delà du seul comportement des personnes physiques ou morales pour savoir expliquer de manière logique sur le plan conceptuel que la monnaie est l'instrument mais pas l'objet des paiements. Pour ce faire, les modèles mathématiques n'aident aucunement, car il s'agit de faire appel à l'histoire de la pensée monétaire et d'appliquer la méthode de l'analyse systémique, pour appréhender le fonctionnement d'un système économique par une vision globale, qui ne se limite pas aux comportements de ses acteurs.

Les défis à relever sont, dès lors, nombreux et immenses. Néanmoins, si l'ensemble des parties prenantes s'engage pour le bien commun, il sera possible de remettre sur pied le système des règlements internationaux assurant l'ordre monétaire, qui profitera aussi bien aux Etats-Unis qu'au reste du monde. A défaut de cela, la collection des rois nus s'enrichira encore de la Chine, suite à sa volonté d'«internationaliser» le renminbi. *Errare humanum est, perseverare diabolicum.* ■

«In Connecticut
pickles must bounce
to officially be
considered pickles»



Sackgasse Guantánamo

Zu den ersten Handlungen von Präsident Obama gehörte das Versprechen, Guantánamo innert eines Jahres zu schliessen. Doch die US-Regierung scheint Gitmo und alles, wofür das Lager steht, nicht mehr loszuwerden. Eva-Maria Belsler

Les portes de Guantánamo

Les photographies de prisonniers vêtus d'une combinaison orange, enfermés dans des cachots et soumis à des méthodes d'interrogatoire très particulières, sans avoir été d'abord présentés devant un tribunal, ont fait le tour du monde. Ces images du camp de détention de Guantánamo Bay, ainsi que celles de l'invasion de l'Afghanistan, symbolisent la guerre menée par les Etats-Unis contre le terrorisme. Le Camp comprend sept zones allant des cages individuelles à ciel ouvert au «Camp Platinum», un dépôt de haute sécurité dans lequel ont eu lieu les *enhanced interrogations*, des traitements, considérés comme de la torture, qui violent le droit international. Le Gouvernement américain s'appuyait sur l'extraterritorialité du camp pour refuser aux captifs l'*habeas corpus*, noyau historique des droits de l'homme, qui accorde aux détenus le droit de discuter du bien-fondé de leur incarcération devant un tribunal indépendant. Ce n'est qu'en 2008 que la Cour suprême décida d'accorder à tous les prisonniers le droit de faire appel à la Constitution des Etats-Unis pour contester leur arrestation devant la justice américaine. Aujourd'hui encore, ils sont nombreux à attendre l'examen de la légalité de leur détention. En suspens également: la fermeture de Guantánamo, pourtant promise par Obama.

Kurz nachdem am 11. September 2001 Al-Qaida-Mitglieder Verkehrsflugzeuge entführt, die Türme des World Trade Centers zum Einsturz gebracht und 3000 Menschen in den Tod gerissen hatten, eröffneten die USA den Krieg gegen den Terror. Dieser bringe, so kündigte Präsident George Bush noch im September an, sowohl dramatische Angriffe als auch versteckte Operationen mit sich. Unmittelbar auf diese Ankündigung folgten die Invasion in Afghanistan und der Umbau des Marinestützpunkts auf Guantánamo in ein Internierungslager. Bald darauf gingen Bilder von Gefangenen um die Welt, die in orangen Anzügen in Käfige gesperrt und besonderen Verhörmethoden ausgesetzt wurden, ohne vor Gericht geführt zu werden. Der Krieg gegen den Terror hatte dem Ansehen der USA als Rechtsstaat nachhaltigen Schaden zugefügt. Guantánamo, das zunächst als Sackgasse für die Inhaftierten erschien, ist dabei längst auch für die USA zum ausweglosen Problem geworden.

Aus dem Land, aus dem Sinn

Viele Gefangene kamen auf abenteuerliche und unrechtmässige Weise nach Guantánamo, dem ältesten Militärstützpunkt der USA ausserhalb des Landes. Nur etwa 20 Prozent wurden vom CIA oder vom US-amerikanischen Militär gefangenengenommen; alle anderen wurden von Einzelpersonen gefangenengenommen, nachdem die USA mit Hilfe von Flugblättern zur Gefangennahme von Terroristen aufgefordert und Kopfgelder in Aussicht gestellt hatte. Weil sich das Lager bald als zu klein erwies, wurde es durch Camp Delta ersetzt, in dem im Verlaufe der Zeit insgesamt 779 Personen in «aussergerichtlicher Haft» gehalten wurden.

Zum Camp gehören zunächst die Lager 1–3, die aus isoliert voneinander errichteten offenen Einzelkäfigen bestehen. Lager 4 besteht aus «freundlicheren Zellen» für gefügte Gefangene, in Lager 5 befinden sich Isolationszellen für die schwierigsten oder gefährlichsten Häftlinge und in Lager 6 steht ein Hochsicherheitsgefängnis, in dem sich die meisten der noch verbliebenen Gefangenen grossräumige Gemeinschaftszellen teilen. Im lange geheim gehaltenen Hochsicherheitslager 7 (Camp Platinum, auch «Camp No» genannt, weil seine Existenz hartnäckig geleugnet worden war) sind sogenannte «high value detainees» untergebracht, die – wie Präsident Bush 2006 zugegeben hatte – zuvor in geheimen CIA-Gefängnissen im Ausland gefangen gehalten, befragt und gefoltert worden waren. In Camp Platinum fanden jene Verfahren statt, die die US-Administration als «erweiterte Befragung» (*enhanced interrogation*) bezeichnet hat, die jedoch, da sie *waterboarding*, *dryboarding*, Stresspositionen, Extremtemperaturen, dauerhaftes Licht und Musik und Schlafentzug beinhalteten, als Folter gelten und zwingendes Völkerrecht verletzen. Nach den Aussagen freigelassener Gefangener wurden die Inhaftierten im Lager auch geschlagen, zur Einnahme von Drogen gezwungen und Opfer sexueller und religiöser Erniedrigung. Drei der so «Befragten», die Suizid begangen haben sollen, gelten heute als Personen, die zu Tode gefoltert wurden.

Aus dem Land, aus dem Recht

Das US-amerikanische Justizdepartement vertrat die Ansicht, Gefangene der Militärbasis könnten sich nicht auf die Rechte der US-amerikanischen Verfassung berufen. Aufgrund der Extraterritorialität des Lagers

verweigerte die Regierung den Gefangenen *Habeas Corpus*, den als historischen Kern der Menschenrechte geltenden Anspruch Inhaftierter, die Rechtmässigkeit ihrer Haft vor einem unabhängigen Gericht bestreiten zu können. 2002 gab die Bush Administration bekannt, dass für die Gefangenen auch die Genfer Konventionen nicht gälten. Da «illegale Kombattanten» keiner Armee angehörten, keine Uniformen trügen und das Kriegsrecht nicht einhielten, handle es sich nicht um Kriegsgefangene; weil sie jedoch kriegerische Handlungen begingen, qualifizierten sie sich aber auch nicht als Zivilpersonen. Damit war mit der Kategorie der «illegalen Kombattanten» eine neue Gruppe von Personen geschaffen worden, denen der Schutz des Kriegsvölkerrechts verweigert wurde.

Juristisches Brachland

Nachdem in der Karibik ein weitgehend rechtsfreier Raum entstanden war, erwies es sich als schwierig, Gefangene rechtmässig zu urteilen. Von den prominentesten Häftlingen wurden nur drei von Militärgerichten verurteilt: Der Australier David Hicks für materielle Unterstützung (seine Verurteilung wurde aber vor kurzem aufgehoben); Osama Bin Ladens Chauffeur, Salim Hamdan (seine Verurteilung wurde 2012 aufgehoben) und Ali al-Bahlul wegen eines Videos, in dem er Angriffe auf die USA verherrlicht hatte (Beschwerde noch hängig).

Als sich der Supreme Court 2004 erstmals mit Klagen von Guantánamo-Häftlingen befasste, entschied er, dass US-amerikanische Staatsbürger (*Hamdi v. Rumsfeld*), aber auch andere Häftlinge sich auf *Habeas Corpus* berufen konnten, um ihren Status als illegale Kombattanten überprüfen zu lassen (*Rasul v. Bush*). Als Folge dieser Entscheide setzte die Regierung Sondergerichte ein (*Combatant Status Review Tribunals*), die nicht-öffentliche Verfahren durchführten. 2006 erklärte der Supreme Court die Sondergerichte für unrechtmässig, da deren Verfahren gravierende Mängel aufwiesen (*Hamdan v. Rumsfeld*). Zwei Jahre später entschied der Supreme Court, dass die Sondergerichte dem Anspruch auf *Habeas Corpus* nicht genügten und alle Inhaftierten das Recht hätten, sich auf die US-amerikanische Verfassung zu berufen und ihre Inhaftierung vor US-amerikanischen Gerichten fortan anzufechten (*Boumediene v. Bush*). Weil viele Gerichte auf juristische Spitzfindigkeiten oder Verzögerungstaktiken setzen, um Beschwerden abzuwehren, ist die Rechtmässigkeit der

Haft vieler Gefangenen trotz des Boumediene-Entscheids bis heute nicht gerichtlich überprüft worden.

Viel Wille, kein Weg

Was der versprochenen Schliessung des Lagers vor allem entgegensteht, ist die Weigerung des Kongresses, die Überführung der gegenwärtig noch 127 Gefangenen in die USA zu gestatten. Die Obama-Administration versucht seither, Personen, die als ungefährlich gelten, in Drittstaaten abzuschicken, doch verschiedene Beschlüsse des Kongresses erschweren auch diese Bemühungen (etwa indem sie keine Finanzmittel für den Transport bewilligen). Bis anhin konnten einige Häftlinge an Staaten wie Estland, Georgien, Oman, die Slowakei und Uruguay übergeben werden. Zwei Uiguren, deren Rückkehr in ihren Heimatstaat China gefährlich gewesen wäre, sind nach geheimen (und offenbar mit der UBS-Rettung in Zusammenhang stehenden) Verhandlungen in der Schweiz aufgenommen worden, wo sie sich dank neuer Identität gut integriert haben. Noch grössere Schwierigkeiten bereiten jene 48 Personen, die als gefährlich gelten, aber nicht verurteilt werden können. Schon vor Jahren hatte die zuständige Militäranwältin Susan Crawford zugegeben, dass sie zahlreiche Häftlinge nicht der Strafverfolgung übergeben könne, da deren Geständnisse unter Folter erlangt worden seien und von Gerichten nicht anerkannt seien. Nach dem 2014 veröffentlichten CIA-Bericht, dem sogenannte Folterbericht, waren die Verhörtechniken der CIA in Geheimgefängnissen sogar wesentlich brutaler und betrafen mehr Personen als bisher angenommen. Der Wunsch, gefährliche Terroristen möglichst schnell und sicher zu überführen, hat zur Unmöglichkeit geführt, diese rechtmässig zu verurteilen.

Obamas Administration verfolgt nun den Plan, für die verbleibenden ungefährlichen, mehrheitlich jemenitischen Häftlinge, Aufnahmestaaten zu finden und die Kosten für die Versorgung der übrigen Häftlinge soweit nach oben zu treiben, dass sie auch Republikanern als unvernünftig erscheinen. Schon jetzt stehen den jährlichen Ausgaben von drei Millionen Dollar pro Person auf Guantánamo, 75'000 in einem Höchstsicherheitsgefängnis in den USA gegenüber. Selbst wenn dieser Plan gelingen sollte, könnte damit das unrühmliche Kapitel «Guantánamo» nicht abgeschlossen werden. Es gälte dann noch, jene Personen zu belangen, die für die schweren Rechtsverletzungen auf und um Guantánamo verantwortlich sind. ■

Eva Maria Belser ist Inhaberin des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht I am Institut für Föderalismus. eva-maria.belser@unifr.ch

L'américanisation du droit suisse : un mythe ?

Fustiger l'américanisation du droit suisse, c'est un peu crier au loup. Si la tendance est indéniable, elle s'inscrit, cependant, dans un processus plus vaste qui dépasse, de loin, la seule culture juridique. Pascal Pichonnaz

Keine Panik

Ist das Schweizer Recht dabei, sich zu amerikanisieren? Eine Tendenz dazu ist unleugbar. Sie ist aber Teil eines Prozesses, der bei weitem das Gebiet der Jurisprudenz übersteigt. Die meisten Professorinnen und Professoren für Schweizer Recht absolvierten eine gewisse Zeit an einer amerikanischen Institution. Sie wurden dabei nicht zu Amerikanerinnen und Amerikanern, haben aber gelernt, die helvetischen Eigenheiten des Rechts besser zu verstehen. Natürlich, mit der Globalisierung der Wirtschaft und der Entwicklung des internationalen Handelsrechts, entstanden gemeinsame Standards und Vergleichsformen. Viele Grundsätze des Handelsrechts, die in der Schweiz entwickelt wurden, sind das Resultat einer zunehmenden wechselseitigen Durchdringung der verschiedenen Rechtssysteme auf internationaler Ebene. Das Recht ist dabei auch Ausdruck einer gewissen Gesellschaftswahrnehmung. Es kann keine Normen hervorbringen, die im Missklang stehen mit dem, was die Bürgerinnen und Bürger als «recht» ansehen. Und dieses Empfinden wiederum ist stark kontextabhängig. Von einer Amerikanisierung des Schweizer Rechts zu sprechen kommt also in gewissem Sinne der Feststellung gleich, dass unsere Gesellschaft kosmopoliter wird – was unweigerlich eine Evolution des Rechts mit sich zieht.

Depuis les années 1990, l'américanisation du droit suisse apparaît, tel un slogan, dans les discours politiques, mais aussi sous la plume des juristes. En 2006 par exemple, un séminaire de doctorants consacrait tout un ouvrage à *L'américanisation des droits suisse et continentaux*. De même, l'ancien directeur de l'Office fédéral de la justice, Heinrich Koller, a présenté à de nombreuses reprises ce qu'il a appelé les *Trends to Americanization of Swiss law and Swiss legal culture* (www.legalanthology.ch).

A partir des années 1970, les meilleurs juristes se rendaient souvent aux Etats-Unis pour un an, afin d'obtenir, certes, un diplôme de LL.M. (*Magister Legum*) en droit américain, mais, avant tout, pour montrer leur esprit d'ouverture, leur aptitude à se mouvoir en droit des affaires et en droit international. La plupart des professeurs de droit des universités suisses sont passés par une institution américaine. Ils n'en sont pas revenus Américains, mais ont gagné une meilleure compréhension des spécificités du droit suisse. Aujourd'hui, même si les juristes se rendent encore souvent dans des universités états-uniennes, l'idéal américain n'est plus aussi présent et des séjours en Chine, en Australie ou en Afrique du Sud sont tout aussi fructueux, raison pour laquelle la Faculté de droit les promeut.

Une part de réalité

Parallèlement, stigmatiser l'américanisation du droit suisse, souvent pour repousser en vrac une nouvelle idée, est une rhétorique toujours plus fréquente. S'agit-il d'une crainte ou du reflet d'une tendance de notre société helvétique à se replier sur elle-même? L'américanisation du droit suisse est-elle un mythe ou une réalité?

Avec la globalisation de l'économie et le développement croissant du droit du commerce international, la pratique des affaires a vu émerger des standards communs et des modes de comparaison. Ainsi, les principes de comptabilité GAAP (Generally accepted accounting principles), développés d'abord aux Etats-Unis, s'appliquent aujourd'hui en Suisse sous le label Swiss GAAP. De même, de nombreux principes de droit des affaires, développés en Suisse, sont le résultat d'une interpénétration croissante des régimes juridiques au niveau international. Les marchés financiers sont, en effet, en grande partie influencés par les règles de la bourse de New York.

Cette interpénétration des régimes juridiques est le fruit de plusieurs facteurs. On peut brièvement en évoquer trois:

- *Les standards imposés par des organisations supranationales*: à maints égards, l'emprise des Etats-Unis comme bailleur de fonds d'organisations internationales a eu des impacts non négligeables dans la définition de standards internationaux à respecter dans de nombreux domaines du droit des affaires. Ce n'est toutefois, bien souvent, pas le droit américain en tant que tel, mais une approche de *common law*, régime juridique décliné de diverses manières dans de nombreux pays, qui est promue par certaines institutions. On se souvient des remous provoqués par le rapport *Doing business* de la Banque mondiale, en 2008, qui prétendait montrer que les systèmes de *common law* sont plus favorables au développement des affaires que les régimes de droit civil, apanage notamment des pays européens, de l'Amérique latine, d'une partie des pays africains ou encore de la Chine et du Japon. Toutefois, ►

«In North Dakota
it's illegal to fall
asleep with shoes
on in bed»



de nombreuses conventions internationales – comme la Convention des Nations Unies sur la vente internationale de marchandises – sont le fruit d'un savant dosage entre perspectives de *common law* et de droit civil. Cette dernière s'applique aujourd'hui en Suisse comme dans plus de 80 pays dans le monde.

- *Un régime étendu de responsabilité*: le régime de responsabilité américain est souvent considéré comme le fer de lance de l'américanisation du droit en Europe et en Suisse. Pour les entreprises qui exportent, notamment aux USA, c'est une épée de Damoclès qui les incite indirectement à respecter les standards américains, quel que soit le lieu d'exportation. En effet, il suffit de se remémorer une célèbre affaire dans laquelle un constructeur de valves de pneus singapourien s'est vu condamner à la réparation des conséquences d'un accident de voiture, survenu aux USA à la suite d'un défaut d'une valve du pneu du véhicule. Les tribunaux américains ont appliqué un régime de responsabilité américain très strict, alors même que l'entreprise n'était ni active, ni n'avait envisagé de monter des valves sur des pneus utilisés aux Etats-Unis. La crainte de se trouver dans une situation similaire amène les entreprises suisses à respecter les règles américaines, même si celles-ci ne s'appliquent pas nécessairement au contrat d'origine. Le régime de responsabilité américain se développe cependant dans un autre contexte. Ainsi, l'institution des *punitive damages* du droit américain (l'octroi de dommages-intérêts qui dépassent nettement le préjudice effectivement subi) s'explique, dans une certaine mesure, par des spécificités américaines: les avocats ne sont payés qu'en cas de gain de la cause, en pourcentage de la somme octroyée à la victime. Ainsi, la somme octroyée prend en compte que plus du tiers du montant ne reviendra pas à la victime. De même, les victimes – jusqu'il y a peu – ne bénéficiaient souvent pas d'assurance sociale, la responsabilité civile restant le seul canal pour leur venir en aide. Enfin, les dommages punitifs, souvent astronomiques, octroyés par des jurys populaires sont néanmoins revus drastiquement à la baisse en appel par les juges professionnels. L'impression de surindemnisation du premier procès marque toutefois les esprits.
- *Une osmose par les cabinets d'avocats et les multinationales*: si une grande chaîne d'hôtels décide de faciliter la gestion de ses

contrats, elle tendra à utiliser les mêmes modèles partout. Si ces modèles sont américains (en raison du siège de la société-mère, par exemple), mais qu'ils sont soumis à d'autres droits, ils introduisent des concepts propres aux juristes américains dans d'autres systèmes; ils deviennent ainsi des corps étrangers irritant le régime affecté, qui cherchera à s'en accommoder. Ainsi, la circulation des modèles d'affaires et d'actes en droit des affaires par le biais des cabinets d'avocats internationaux, de l'arbitrage international – dont la Suisse profite grandement – ou encore des multinationales tend à amener, dans les pratiques juridiques, une forme à l'américaine, sans pour autant que le fond n'en soit totalement affecté.

Une part de mythe

Cette tendance implique-t-elle une américanisation du droit suisse? Je ne le crois pas ou, du moins, je suis convaincu que l'américanisation relève partiellement du mythe. En effet, le droit est toujours l'émanation d'une certaine conception de la société, qui dépend, en partie, du jeu parlementaire, mais aussi de la mise en œuvre des textes par les tribunaux. Certes, sous l'influence des séries télévisées, de la globalisation des informations et, partant, de nouvelles conceptions culturelles, la société suisse évolue. Mais même face à des besoins comparables à ceux d'autres pays, le droit ne peut pas produire des normes en inadéquation avec la perception du juste dans une société donnée. Or, cette perception dépend du contexte; elle ne se décrète pas, mais résulte d'un processus itératif entre divers acteurs de la société aux prises avec la réalité. Parler d'américanisation du droit suisse revient donc, surtout, à constater que notre société devient plus cosmopolite, qu'elle présente une plus grande diversité de cultures, entraînant une évolution du droit dans la forme et dans le fond. En tant que système complexe, le droit se développe, sans qu'on puisse en prédire l'orientation. Fruit de multiples interactions, il devient plus ou moins interventionniste, flexible ou soucieux des personnes faibles, mais il cherche toujours à rester en phase avec les représentations de justice de la société dont il émane.

Mythe ou réalité? En fait, un peu des deux; il ne peut y avoir américanisation du droit suisse que si la société helvétique tend à s'américaniser, ce qui résulte de forces qui ne sont pas uniquement en mains des pouvoirs constitués. ■

Memory Culture

Wofür steht Martin Luther King, Jr.? Klar, für den gewaltlosen Widerstand. Ungeachtet der Realität scheint es uns, als hätte Präsident Obama Kings Traum der Gleichberechtigung erfüllt. Nur: Die Erinnerungskultur der USA ist selektiv. Thomas Austenfeld

Ecrite l'histoire

Comment et de quoi les Américains se souviennent-ils? Le 11 septembre figure en tête de liste: avec Pearl Harbor, cet événement, considéré comme une agression contre la conception américaine de la «liberté», incarne une conscience nationale commune contre une offensive extérieure. Le texte de l'hymne national *The Star-Spangled Banner*, qui décrit également une attaque (le bombardement de la ville de Baltimore par les troupes britanniques pendant la guerre de 1812), se place juste après. Après une nuit entière passée sous les bombes, le drapeau flotte encore: un moment patriotique, qui renforce le sentiment d'appartenance à une nation unie. Aux USA, n'importe quel enfant connaît l'histoire de Betsy Ross, qui aurait cousu le premier drapeau américain, tandis que Margaret Sanger, pionnière en matière de contraception, est mentionnée uniquement dans des séminaires avancés de sociologie. King est réduit au concept de non-violence et le mouvement radical des Black Panthers a carrément disparu des livres d'histoire. Seul celui qui se souvient peut apprendre de l'histoire. C'est pourquoi, une approche responsable de l'histoire représente bien un des plus grands défis de la société d'information américaine.

Amerikanische Schulkinder lernen schon früh die Geschichten, die sich um die Auseinandersetzung zwischen den Rassen in den Sechzigerjahren ranken. Jeder kennt Rosa Parks, die sich schon 1955 mutig in die vorderen Reihen des Busses in Montgomery setzte. Jeder weiss, dass King berühmte Reden gehalten hat, deren tragende Metaphern – «I have a dream», «I have been to the mountaintop» – die rhetorische Wucht des alttestamentlichen Propheten mit dem täglichen Schmerz der unterdrückten schwarzen Bevölkerung der Südstaaten verbinden. Diese Erzählungen werden in Schulen und im öffentlichen Raum regelmässig wiederholt und wandeln sich zu einem Mythos, der die Komplexität des Menschen und des Predigers King auf eine einfache Schablone reduziert.

Einer für alle

Seit August 2014, als der Afroamerikaner Michael Brown von einem weissen Polizisten in Ferguson, Missouri, erschossen wurde, ist die Rassenfrage in den USA wieder hochgekocht. Aus New York wie aus anderen Städten hört man immer wieder von routinemässigen Verdächtigungen, Würgegriffen und tödlichen Schüssen. Schwarze und weisse Bürger protestieren gegen Polizeiwillkür, Racheakte finden statt. Beim Begräbnis zweier Streifenpolizisten in New York protestierten die uniformierten Kollegen gegen den New Yorker Bürgermeister, indem sie ihm bei der Trauerrede den Rücken zuwandten. Beide Seiten berufen sich jetzt auf King; sowohl die Protestler, die endlich Veränderung wollen weil sie die weiterhin existierende Rassentrennung anklagen, als auch die

Beschwichtiger, die auf Kings Gewaltlosigkeit verweisen. Die selektive Erinnerungskultur erlaubt es, dass King für alle Seiten erhalten muss. Wie ist das möglich?

Engagement statt Passivität

Das Selbstverständnis der USA stützt sich auf eine Handvoll Texte – die Unabhängigkeitserklärung, die Verfassung, Lincolns *Gettysburg Address* und vielleicht noch Kings «I Have a Dream»-Rede – die zusammen den Anspruch und das Versagen des Willens zur gleichen Freiheit für alle dokumentieren und die das Rassenproblem immer wieder in den Vordergrund rücken. Ein halbes Jahrhundert nach den epochalen Ereignissen der Mittsechzigerjahre, an die im neuen Hollywood Blockbuster Film «Selma» (Januar 2015) erinnert wird, müssen wir Martin Luther Kings Vermächtnis neu überdenken. Gewaltlosigkeit hiess für King nicht politische Passivität. Gewaltlose Proteste, Sit-ins, Streiks und Boykotte waren Instrumente, mit denen politischer Druck aufgebaut werden sollte. King verstand sehr wohl die ökonomische Seite des politischen Lebens. In Birmingham, Alabama, waren es im Mai 1963 schliesslich die führenden Geschäftsleute der Stadt, die den Bürgermeister und den Polizeikommissar zu einem Kompromiss mit den schwarzen Protestlern bewegten. Auch danach versuchten Ewiggestrige, mit gezielten Provokationen und Anschlügen den Kompromiss zu untergraben. Ein zentraler Aspekt von Kings Lehre der Gewaltlosigkeit wird in der öffentlichen, durch Schulen und Festtagsreden verbreiteten Erinnerungskultur gern unterschlagen: Sein grösstes Problem waren nicht die ideologischen Rassisten, die er ►

Quellen

- > Darryl Pinckney, «In Ferguson», *New York Review of Books*
www.nybooks.com/articles/archives/2015/jan/08/in-ferguson/
- > Letter from Birmingham Jail
<https://kinginstitute.stanford.edu/king-papers/documents/letter-birmingham-jail>
- > www.claremontportside.com/15-arrested-in-protest-of-pomona-dining-hall-firings
- > www.dailymail.co.uk/news/article-2696556/Vice-President-Joe-Biden-interrupted-immigration-reform-activists-progressive-conference
- > <http://www.ethicsdaily.com/texas-adopts-controversial-education-standards-cms-15778>

nicht zur Einsicht bringen konnte. Es waren vielmehr die *white moderates*; jene, die sich zwar zur Rassenintegration bekannten, die aber immer wieder zum Abwarten, zum Einhalten, zum langsamen Fortschritt rieten. Diese *white moderates*, so erklärt King, sind ein grösseres Problem als die bekennenden Mitglieder des Ku-Klux-Klans, der rassistischen Terror- und Schlägergruppe derer, die sich für etwas Besseres halten. Ihnen erklärt King in seinem «Letter from Birmingham Jail», wozu der Widerstand tatsächlich gut ist. Im Originalton: «Nonviolent direct action seeks to create such a crisis and to establish such creative tension that a community that has constantly refused to negotiate is forced to confront the issue.» Der Protest soll also Spannung erzeugen um Verhandlungen zu erzwingen. Im Konflikt zwischen öffentlicher Ordnung und Gerechtigkeit sah King es als notwendig an, die Ordnung zeitweise zu opfern, um die Gerechtigkeit zu erreichen. Dieser bewusst herbeigeführte Konflikt wird heute nicht mehr in dieser Form toleriert. Die amerikanische Gesellschaft hat sich daran gewöhnt, in langen Schlangen durch Sicherheitskontrollen zu gehen; sei es am Flughafen oder auf dem Weg zum Volksfest vor dem Kapitol am 4. Juli. Zwar gibt es noch gelegentlich spektakuläre Aktionen: Sympathisierende Studenten lassen sich «stellvertretend» für ausgewiesene Sans Papiers festnehmen; unter Umständen wird auch einmal ein Politiker so laut ausgepiffen, dass er nicht zum Reden kommt. Aber im Grossen und Ganzen sind soziale Missstände jetzt Dinge, die man erleidet anstatt gegen sie zu protestieren.

Wir wollen Wir-Gefühl

Wie erinnern sich Amerikaner, und an was erinnern sie sich nicht? 9/11 ist ganz oben auf der Liste: zusammen mit Pearl Harbor verkörpert es das gemeinsame Nationalbewusstsein gegen einen Angriff von aussen und wird als Attacke auf das amerikanische Verständnis von «Freiheit» gedeutet. Dahinter steht der Text der Nationalhymne, «The Star-Spangled Banner», welcher ebenfalls eine Attacke beschreibt, nämlich ein Bombardement der Stadt

Baltimore durch britische Truppen im Krieg von 1812. Nach der Bombennacht konnte man noch immer die Flagge sehen: dieser patriotische Moment wurde so zum Kern des Wir-Gefühls. Fortschritte in der Emanzipation und Gleichberechtigung der Frauen werden zumeist in diesen nationalen Mythos eingespeist.

Geschichte à la carte

Jedes Kind kennt die (apokryphe) Geschichte von Betsy Ross, die die erste amerikanische Flagge genäht haben soll, aber Margaret Sanger, Pionierin der Verhütung, wird nur in fortgeschrittenen Soziologie-seminaren erwähnt. King wird auf Gewaltlosigkeit reduziert, während die radikaleren Black Panthers aus den Geschichtsbüchern weitgehend verschwunden sind. Vor einiger Zeit wurde Thomas Jefferson, ein aufgeklärter Deist und Verfasser der Unabhängigkeitserklärung, aus texanischen Schulbüchern gestrichen, um für Thomas von Aquin und Jean Calvin Platz zu machen. Das amerikanische Modell der strikten Trennung von Staat und Kirche wird hiermit zugunsten einer christlichen – und anachronistischen – Darstellung unterlaufen. Der *Second Seminole War* von 1835–42, der wohl teuerste und aufreibendste Krieg der amerikanischen Regierung gegen indianische Ureinwohner, ist nur noch Spezialisten bekannt. Auf dem Gelände von Disneyworld, wo ein grosser Teil des Konfliktes stattfand, gibt es meines Wissens keine besondere Erinnerungsplakette, obwohl in der Nähe des Flughafens von Orlando eine solche gefunden werden kann.

Memory Culture ist ein kostbares Gut. Wer sich erinnert, vermag aus der Geschichte zu lernen. Der verantwortungsvolle Umgang mit Geschichte bleibt eine der grössten Herausforderungen der modernen amerikanischen Informationsgesellschaft. Das sich in Facebook und Twitter artikulierende «Ich» braucht wahrhaftige Erzählungen, die zur Identifizierung einladen, ohne die historische Wahrheit selektiv zu verkürzen. ■

«In Michigan
it's illegal to paint
sparrows to sell
them as parakeets»



Le fédéralisme vu par la Cour Suprême

Les USA et la Suisse sont les plus anciennes fédérations modernes. Mais leur façon d'aménager les relations entre l'Etat central et les Etats membres diffère. Quelques arrêts emblématiques pour mieux comprendre. Nicolas Schmitt

Die Macht der Richter

Die USA und die Schweiz sind die beiden ältesten modernen Bundesstaaten. Gleichzeitig unterscheiden sich die beiden Länder wesentlich in der Umsetzung ihrer Beziehung zwischen dem Zentralstaat und dessen Mitgliedsstaaten. In der Schweiz spielt die direkte Demokratie eine wesentliche Rolle. In den Vereinigten Staaten hingegen, deren Verfassung aus dem Jahre 1787 stammt, gehört es zur Rolle des obersten Gerichts (*Supreme Court*), die Verfassung kontinuierlich an die Gegenwart anzupassen. Der Supreme Court setzt sich aus neun vom Präsidenten unter Einverständnis des Senats bestimmten Richtern zusammen. Die Richter werden auf Lebenszeit gewählt; entsprechend gehört deren Wahl zu den mächtigsten Handlungen eines Präsidenten, dessen Mandat maximal acht Jahre dauert. Mit dem Urteil *Marbury v. Madison* (1803) hat das oberste Gericht das Recht erlangt, die Verfassungsrechtlichkeit zu kontrollieren und damit, das Recht zu sprechen. Anhand eines Beispiels wird der Unterschied zum helvetischen System deutlich: Die Legalisierung von Abtreibungen. In der Schweiz haben die Schweizer Bürger am 2. Juni 2002 mit 72,7 Prozent einer entsprechenden Änderung des Strafrechts zugestimmt. In den USA war es das oberste Gericht, das im Urteil *Roe v. Wade* (1973) die Abtreibung als Verfassungsrecht anerkannt hat.

«Ce qu'un étranger comprend avec le plus de peine, aux Etats-Unis, c'est l'organisation judiciaire. Il n'y a pour ainsi dire pas d'événement politique dans lequel il n'entende invoquer l'autorité des juges, et il en conclut naturellement qu'aux Etats-Unis le juge est une des premières puissances politiques», disait déjà Alexis de Tocqueville dans *De la Démocratie en Amérique* en 1835.

En Suisse, la démocratie directe joue un rôle essentiel. Aux Etats-Unis, la Constitution date de 1787. Comment adapter un texte si ancien au monde contemporain? C'est le rôle de la Cour suprême. Depuis l'arrêt *Marbury v. Madison* (1803), elle s'est octroyé le droit de contrôler la constitutionnalité des lois et, donc, de dire le droit. Un exemple permet de saisir la différence: la légalisation de l'avortement. En Suisse, c'est le peuple qui a accepté une modification du code pénal, le 2 juin 2002, avec 72,7% de oui. Aux Etats-Unis, c'est la Cour suprême qui, dans *Roe v. Wade* (1973), a reconnu l'avortement comme un droit constitutionnel. Pour rappel, la Cour suprême est composée de 9 juges désignés par le président avec l'accord du Sénat. Ils sont élus à vie, et le choix du président est l'un de ses actes les plus forts: son mandat ne dure que 8 ans, mais le juge qu'il a nommé (conservateur ou progressiste) peut influencer la vie du pays pendant des décennies. En matière de fédéralisme, l'action de la Cour s'inscrit dans trois champs de tension, qui dessinent un paysage en perpétuelle mutation.

Des juges ou du Congrès?

L'importance du pouvoir judiciaire dérange parfois les politiciens et les citoyens, qui dénoncent un «gouvernement des juges». De leur côté, les juges se lassent quelquefois d'intervenir; ils prônent alors la «retenue

judiciaire», selon laquelle la sagesse du Congrès rend inutile leur interventionnisme. Ce principe, ouvrant la voie à une centralisation débridée, a été théorisé notamment dans l'arrêt *Garcia v. San Antonio Metropolitan Transit Authority* (1985): «Le processus politique garantit que les lois qui portent indûment atteinte aux Etats ne seront pas promulguées». Mais la sagesse des politiciens ne relève-t-elle pas de l'utopie?

Washington ou les Etats?

La Constitution américaine se voulait imprégnée de l'adage «Gouverne le mieux qui gouverne le moins», avec un Etat fédéral aux pouvoirs limités. Mais le gouvernement central s'est vite aperçu qu'il est parfois nécessaire de centraliser certaines compétences, p.ex. avec les amendements de la guerre de Sécession qui ont obligé tous les Etats à abolir l'esclavage et reconnaître les droits civils aux Noirs. Lors de la Grande crise de 1929, Roosevelt a engagé de vastes programmes fédéraux pour sortir le pays du marasme. Les Etats sont-ils encore souverains? Dans un arrêt *U.S. term limits, inc. v. Thornton* (1995), qui concernait un amendement de la Constitution de l'Arkansas ayant pour but d'empêcher un élu de se représenter après plusieurs mandats comme Représentant ou Sénateur, la Cour suprême a dû se pencher sur cette question de souveraineté: à qui appartient-elle? La Cour a tranché à 5 contre 4 en faveur du peuple américain tout entier au détriment des 50 Etats, ce qui interdit à ces derniers de procéder à des aménagements «locaux» des lois électorales. Mais ce qui a rendu cet arrêt célèbre, c'est l'étroitesse de la majorité, car les minoritaires se sont livrés à un vibrant plaidoyer en faveur de la souveraineté indivisible des

Etats. Certains commentateurs ont souligné qu'à une voix près les Etats-Unis auraient pu basculer dans un régime confédéral. La Suisse, elle, a choisi la solution inverse, inscrite dans le Préambule de sa Constitution: «Le peuple et les cantons suisses».

C'est là que s'inscrit le dossier brûlant du mariage pour tous. Pourquoi? Parce qu'aux USA le droit privé est du ressort des Etats. Si le mariage gay était imposé par la Cour suprême, cela serait perçu comme une nouvelle forme d'arrogance. La Cour a annoncé, début 2015, qu'elle allait se saisir du dossier en avril. Mais elle a déjà eu l'occasion de se prononcer. Dans *United States v. Windsor*, elle a décidé à 5 contre 4 que la loi fédérale de défense du mariage (DOMA, Defense of Marriage Act) violait la protection due par le droit (*due process of law*) et garantie par le V^e amendement de la Constitution. Mais sur ce terrain miné, la Cour n'a cessé d'insister sur l'importance de la diversité dans le pacte fédéral et sur le rôle de laboratoire des Etats, ouvrant la voie à une possible reconnaissance du *same sex marriage*, du simple fait qu'une majorité d'Etats, actuellement 36 sur 50, l'ont reconnu. Le 9 février 2015, dans *Strange v. Searcy*, la Cour a refusé à 7 contre 2 d'octroyer l'effet suspensif à une interdiction du mariage pour tous en Alabama. Selon l'opinion dissidente du juge Thomas: «Cette décision représente un nouvel exemple d'une attitude de plus en plus cavalière envers les Etats.»

Clause de Commerce

«[Le Congrès doit avoir la compétence] de réglementer le commerce avec les nations étrangères, entre les Etats et avec les tribus indiennes»: ces quelques mots dans la Constitution ont permis à Washington de centraliser un grand nombre de compétences, motif pris qu'elles touchaient, de près ou de (très) loin, au commerce. Pendant longtemps, la Cour s'est opposée à une interprétation laxiste de cet article, encourageant le reproche du «gouvernement des juges». Mais à partir de 1937, sous la pression de Roosevelt, elle a cédé. Depuis lors, la Clause a permis de centraliser des compétences dans pratiquement tous les domaines, particulièrement la santé et la sécurité, l'alimentation (*Wickard v. Filburn*, 1942), les médicaments, les transports et l'environnement. Depuis les années 70 et 80 (*Garcia v. San Antonio Metropolitan Transit Authority*, 1985 et *South Carolina v. Baker*, 1988), le phénomène s'est amplifié, atteignant les carburants, la TV câblée, la déréglementation des transports, un grand nombre d'institutions financières et même des lois fédérales sur le

kidnapping et certaines formes de discrimination raciale.

Avec *United States v. Lopez* (1995), la Cour a mis, pour la première fois depuis 60 ans, son veto à une loi basée sur la Clause de commerce. Elle a invalidé le *Gun-Free School Zone Act* de 1990 (une loi punissant le port d'armes dans une zone scolaire, dont la dimension «commerciale» se basait sur les effets des armes à feu sur l'apprentissage de la connaissance et donc sur la compétitivité économique américaine), au motif que celle-ci «envahissait» les pouvoirs réservés des Etats. Certains juges estimèrent que la Cour devait tourner le dos à la «retenue judiciaire» et n'admettre que des compétences ayant un «lien substantiel» avec le commerce. Cette jurisprudence a priori révolutionnaire n'a pas empêché la Cour de museler les Etats. En 2000, avec *Reno v. Condon*, elle a approuvé une loi fédérale les empêchant de vendre des bases de données contenant des informations personnelles (le *Driver's Privacy Protection Act*), parce que, selon elle, cela relevait précisément de la réglementation fédérale du commerce interétatique. L'arrêt *Gonzales v. Raich* de 2005, reprenant *Wickard v. Filburn* de 1942, a invalidé la législation californienne autorisant la plantation de marijuana à des fins personnelles. La majorité de la Cour a jugé qu'une telle activité privée pouvait «affecter» le commerce interétatique et se voir interdite par la loi fédérale sur les substances contrôlées (*Controlled Substances Act*, CSA), nonobstant la loi californienne la tolérant. Si une telle décision ne vous plaît pas, a suggéré la Cour, alors modifiez la CSA!

Enfin, dans son arrêt *National Federation of Independent Business v. Sebelius* (2012) validant le «Obamacare», la Cour s'est livrée à d'acrobatiques exégèses pour rejeter la référence à la clause de commerce tout en requalifiant l'obligation d'assurance en exercice légitime de la compétence fiscale détenue par le Congrès. «Les auteurs de la Constitution américaine ont créé un gouvernement fédéral aux pouvoirs limités et ont confié à la Cour suprême la mission de faire respecter ces limites. C'est ce que la Cour fait aujourd'hui [...] Aux termes de la Constitution, ce jugement n'appartient qu'au Peuple.» C'est par ces mots que se conclut l'opinion du Président de la Cour dans l'affaire *Sebelius*, ouvrant de nouveaux horizons à la grande tradition judiciaire et constitutionnelle américaine. ■

Nicolas Schmitt est collaborateur scientifique supérieur à l'Institut du fédéralisme.
nicolas.schmitt@unifr.ch

Eine Minderheit zwischen Stuhl und Bank

Die grösste in den USA lebende Minderheit ist die Gemeinschaft der Latinos. Mit der Migration in die Staaten verwirklichen sie sich einen Traum, der häufig zum Albtraum wird. Ein Balanceakt zwischen Assimilation und Ablehnung. Sebastian Imoberdorf

Entre deux pays

Avec une proportion de 17% de la population globale, la communauté latino constitue la plus grande minorité des Etats-Unis. Un total de 54 millions de personnes qui ont placé leurs espoirs dans l'*American Dream*, qui ont cru en une vie meilleure leur offrant travail, stabilité et sécurité financière. A leur arrivée, les émigrants latino-américains sont confrontés à de nombreuses difficultés, dont la première est de s'adapter à leur nouvel environnement. Celle-ci va de la forme la plus minimale à l'assimilation totale, dans laquelle des éléments de la culture d'origine sont carrément abandonnés, en passant par l'intégration. Dans le cas d'une acculturation réussie, on parle de *melting pot* culturel. A l'opposé on trouve les *salad bowls*, terme qui désigne les groupes d'immigrés qui refusent d'adopter la culture du pays d'accueil et continuent à appliquer celle de leur pays d'origine, comme c'est le cas, par exemple, dans le quartier de Spanish Harlem à New York. La difficulté pour les émigrants réside, donc, dans la réussite d'un grand écart entre assimilation complète et préservation de leur culture d'origine.

Gemäss Angaben des US-amerikanischen Zensusbüros (USCB) leben aktuell über 54 Millionen Menschen hispanischer Herkunft in den USA. Dies entspricht etwa einem Anteil von 17 Prozent der Gesamtbevölkerung, wodurch die Gemeinschaft der Latinos zur grössten Minderheit des Landes wird. Das bekannteste Beispiel für die Migration von Lateinamerika in die USA ist wohl Mexiko. Es handelt sich aber bei weitem nicht um das einzige Land, dessen Staatsbürger sich in den Vereinigten Staaten ein neues Leben aufbauen wollen. Auch immer mehr Menschen aus Zentral- und Südamerika sowie der Karibik versuchen ihr Glück im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Wie kann man diese Auswanderungswelle erklären, wenn man bedenkt, dass eine erhebliche Anzahl von Lateinamerikanern illegal und unter erschwerten Bedingungen in die USA emigriert?

Der amerikanische Traum

Die Gründe für eine Migration in die USA sind vielfältiger und komplexer Natur. Als grosser Anreiz dient den Latinos zunächst einmal der vielzitierte *american dream*. Sie hoffen darauf, in den Vereinigten Staaten die finanzielle Stabilität zu erlangen, welche ihnen in ihren Herkunftsländern verwehrt bleibt. Es fehlt ihnen dort häufig an Arbeit, an finanziellen Mitteln und somit auch an Möglichkeiten für ein besseres Leben für sich und ihre Familien. Im Zusammenhang damit steht die oftmals instabile politische Lage der jeweiligen Länder, welche dazu beiträgt, dass lateinamerikanische Auswanderer in den USA neben Wohlstand auch politische Sicherheit suchen. Dazu gesellt sich eine weitere Komponente: der Wunsch nach persönlicher Entfaltung. Da

in vielen lateinamerikanischen Ländern auch heute noch ein sehr traditionelles Geschlechter- und Familienbild vorherrscht, fühlen sich Frauen oder auch Mitglieder der LGBT-Gemeinschaft, als Menschen, die nicht der Heteronormativität entsprechen, in ihrer Selbstbestimmung oft eingegrenzt. In den Vereinigten Staaten suchen sie dann jene Freiheit zur individuellen und sexuellen Entwicklung, die ihnen in ihren Heimatländern nicht gewährt wird. Die zuvor genannten Gründe sind meist eng miteinander verknüpft und bedingen sich wechselseitig. Der Entschluss auszuwandern erweist sich deshalb häufig als wegweisend.

Anpassen, akzeptieren oder ablehnen

Wurde der Entschluss auszuwandern erst einmal gefasst, wartet eine Reihe weiterer Schwierigkeiten auf die lateinamerikanischen Emigranten. Zunächst ist eine Einwanderung von Latinos in die USA mit einem hohen bürokratischen und finanziellen Aufwand verbunden, weshalb sich viele dazu entschliessen, illegal in die Vereinigten Staaten auszuwandern. Dies geschieht zum einen, indem sie über gefährliche Routen durch Wüsten, Berge und den Río Grande die Grenze zwischen Mexiko und den USA überqueren. Zum anderen erfolgt die illegale Migration auch durch die Einreise auf dem Schiff oder mit dem Flugzeug. Unbeschadet im Land der unbegrenzten Möglichkeiten angekommen, wartet schon die nächste Herausforderung auf die Latinos – die Anpassung an die neue Umgebung. Und genau darin liegt die Krux der Sache. Während sich einige mit Leichtigkeit in ihr neues Umfeld integrieren, tun sich andere bereits mit der alltäglichen Kommunikation schwer. Es können daher verschiedene ►

«In Kansas
it's illegal to serve
wine in teacups»



Quellen

- > <http://www.census.gov>
- > Julia Álvarez, *Something to Declare*, Chapel Hill, Algonquin Books of Chapel Hill, 1998.
- > Jennifer Franklyn, «Escritores Latinos en los Estados Unidos y sus Obras: Un Análisis de los Temas que Enfrenta la Minoría más Grande de los Estados Unidos», *Chrestomathy*, 11 (2012), pp. 116-140.
- > Frauke Gewecke / Andrea Pagni, *De islas, puentes y fronteras. Estudios sobre las literaturas del Caribe, de la Frontera Norte de México y de los latinos en EE.UU.*, Madrid / Frankfurt am Main, Iberoamericana / Vervuert, 2013.

Formen der Anpassung unterschieden werden. Als Erstes wäre die Adaptation zu nennen. Dabei handelt es sich um eine minimale Akzeptanz der im Zuwanderungsland vorherrschenden Normen. Einen Schritt weiter geht die Integration, bei der mit Hilfe von Kommunikation und Kooperation eine Annäherung an die neue Gesellschaft geschaffen wird. Als höchste Stufe wird die Assimilation betrachtet, bei welcher es sich um eine völlige Anpassung handelt und, im Gegensatz zur Integration, gar Elemente der ursprünglichen Kultur aufgegeben werden. Dies kann zu einer Verschmelzung von Ursprungs- und Gastkultur führen. Man spricht dann von einer Art kulturellem Schmelztiegel (*Melting pot*).

Im Gegensatz dazu stehen die sogenannten *salad bowls*. So werden Einwanderungsgruppen bezeichnet, welche die Kultur des Gastlandes ablehnen und, abgegrenzt vom Rest der Bevölkerung, die Kultur des Ursprungslandes pflegen, wie dies beispielsweise im Latino-Quartier «Spanish Harlem» in New York der Fall ist. Geprägt werden diese *salad bowls* unter anderem durch das Fehlen von Sprachkenntnissen und geregelter Arbeit. Dazu kommt der Mangel an Akzeptanz: Häufig sind Latinos in den USA durch ihre kulturelle Andersartigkeit verschiedenen Dimensionen von Diskriminierung und Rassismus ausgesetzt. Als Konsequenz kann eine negative Haltung gegenüber dem Einwanderungsland entstehen. Die Schwierigkeit besteht für die Emigranten folglich darin, den Spagat zwischen einer vollständigen Assimilation und der Bewahrung der Ursprungskultur zu schaffen. US-Latinos befinden sich nicht selten im Spannungsfeld dieser zwei Extreme, weshalb sie keiner der beiden Kulturen so richtig und dennoch beiden Kulturen gleichzeitig angehören. Dies wiederum kann das Fehlen einer kulturellen Identität zur Folge haben.

Die Stimmen der Latinos

Etwas leichter auf der Suche nach einer eigenen Identität haben es die in den USA lebenden lateinamerikanischen Autorinnen und Autoren. Ihnen dient das Schreiben gleichzeitig als Ventil zur Verarbeitung des Erlebten und als Hilfe bei der Bildung einer kulturellen Identität. Da sie vielen Emigranten mit ihren Erfahrungen aus der Seele sprechen, gelten sie auch als Sprachrohre der US-Latino-Bevölkerung. Ein Beispiel dafür wäre der in den Vereinigten Staaten lebende peruanische Schriftsteller Eduardo González Viaña. Vor allem in seinem Erzähl-

band «American Dreams» (2000) sowie in seinem Roman «Dante's Ballad» (2006) thematisiert er die schwierige und oftmals infernale Einwanderung von Lateinamerikanern in die USA, die dann bemerken, dass die dortige Realität überhaupt nicht so paradiesisch ist, wie sie sich diese zuvor ausgemalt hatten. González Viaña setzt sich als Aktivist aber auch dafür ein, dass lateinamerikanische Emigranten trotz Integration in das Gastland Sprache und Werte ihrer Ursprungskultur pflegen dürfen.

Zur literarischen Suche einer kulturellen Identität kann – wie es etwa bei Reinaldo Arenas der Fall ist – noch eine weitere Dimension hinzukommen: die Verwirklichung der sexuellen Identität. In seinem autobiographischen Roman «Before Night Falls» (1992) beschreibt Arenas seine Flucht aus dem kommunistischen Kuba. Aufgrund seiner Homosexualität, und weil er sich gegen die Regierung auflehnte, wurde er in seinem Heimatland verfolgt, weshalb er in den Vereinigten Staaten sowohl nach politischer Sicherheit als auch nach sexueller Freiheit suchte. Weil Arenas sein Exil in New York jedoch niemals vollends akzeptierte und ihm dort darüber hinaus Aids diagnostiziert wurde, beging er Selbstmord.

Ein letztes Beispiel ist die in den USA lebende dominikanische Schriftstellerin Julia Álvarez. Mit ihrem Roman «How the García Girls Lost Their Accents» (1991) beleuchtet sie die Thematik von einer weiteren Seite. Es geht darin um die weibliche Integration und die Selbstverwirklichung der Frau in den Vereinigten Staaten. Die Protagonistin, die das Alter Ego der Autorin selbst sein soll, findet nämlich einen Weg, die zwei verschiedenen Kulturen in einer Identität zu vereinen und ihre Biculturalität zu akzeptieren. Oder wie Julia Álvarez einmal selbst sagte: «Ich bin weder eine dominikanische Autorin noch eine nordamerikanische. Deshalb bezeichne ich mich als US-dominikanische Autorin. Dies ist nicht nur ein Begriff. Ich kartographiere ein Land, welches sich auf keiner Karte befindet und ich versuche, es zu Papier zu bringen.» (Álvarez 1998, Übersetzung S.I.) Auf dass die US-Latinos ihre persönliche Identität und eine eigene Stimme im Nationenkonglomerat der Vereinigten Staaten finden. ■

Etudes moyen-orientales : enjeux et tensions

Les *Middle Eastern Studies* appartiennent au paysage académique américain depuis la Guerre froide. Objet de tensions politiques évidentes, leur rôle dépasse, bien sûr, la simple légitimation du pouvoir américain. Benoît Challand

Jenseits aller Klischees

Entgegen gewisser anderer Annahmen, handelt es sich bei den sogenannten *Middle Eastern Studies* um einen wissenschaftlichen Forschungsbereich, der sich offen zeigt, ja bisweilen gar streng ins Gericht geht in Bezug auf die Politik von George W. Bush oder jener der Israeli-schen Nationalisten. Der Beginn der *area studies* (Regionalstudien) liegt am Anfang des letzten Jahrhunderts und stützt sich zu grossen Teilen auf den Willen Washingtons, dem wissenschaftlichen Fortschritt der UdSSR die Stirn zu bieten. Nach einer langen, vom westlichen Ringen um Palästina und von einem stereotypen Bild des Ostens gezeichneten Periode erlebt die *Middle East Studies Association* (MESA) in den 1980er Jahren das Entstehen einer Bewegung, die dem politischen *establishment* weniger nahesteht. Heute sehen sich die Vertreter dieser kritischen Position mit zwei Gefahren konfrontiert: Der Tendenz, einem manipulierenden «Okkzident», in vielfach etwas überzogener Weise, einen zu schwachen «Orient» gegenüberzustellen, der nicht in der Lage ist, die omnipräsenten neokolonialistischen Absichten zu denunzieren sowie mit der Politisierung des Wissens. Der Kampf um kritisches und konstruktives Wissen ist also noch lange nicht vorbei. Ein Austausch mit europäischen *Peers*, der eine Bündelung der amerikanischen Studien ermöglichen würde, könnte eine Lösung sein.

Avant de prendre mes fonctions à l'Université de Fribourg, j'ai dispensé des cours sur le Moyen-Orient dans deux universités de New York, la New School for Social Research et la New York University. Travaillant sur la Palestine, je pensais m'exposer à des pressions indirectes, car il ne fait pas toujours bon être critique à l'égard d'Israël, surtout dans le contexte émotionnel de l'après 9/11. En réalité, j'ai découvert un champ académique ouvert et parfois sévère à l'égard des politiques de George W. Bush (fils) ou des forces nationalistes israéliennes. Trois facteurs historiques permettent de comprendre pourquoi les études moyen-orientales américaines produisent un savoir riche et plus critique que ce qu'on imagine.

Comprendre l'ennemi

L'histoire des *area studies* remonte au début du siècle dernier. On associe généralement la création d'instances universitaires vouées à l'étude d'aires culturelles non-occidentales aux luttes idéologiques de la Guerre froide. C'est en partie vrai: au début des années 1950, Washington doit contrer les avancées scientifiques et politiques de l'URSS. C'est pourquoi, le *National Education Act* de 1958 permet de créer des départements de soviétologie. Cette loi prévoit une batterie de mesures pour doper les études scientifiques, ainsi que les connaissances stratégiques et linguistiques. Son *Title II* favorise des prêts pour étudiants; son *Title III* offre des aides aux sciences et mathématiques et son *Title VI* un soutien aux études de langues. Aujourd'hui encore, les meilleures universités américaines entrent en compétition, tous les cinq ans, pour obtenir de Washington la manne de ces *Title VI*, qui permettent l'enseignement de

«langues stratégiques». Qui sera surpris que l'arabe, le persan, ou l'ourdou et le dari fassent toujours partie de ces langues considérées comme stratégiques?

Attitude ambivalente

Les *Middle Eastern Studies* profitent largement de la Guerre froide pour étendre leurs bases. Mais plusieurs universités, notamment les plus prestigieuses de la Ivy League, possèdent des centres d'études de ce type depuis la fin du XIX^e siècle. En plus de se mesurer aux sciences orientalistes européennes, les fondateurs de telles unités d'enseignement sont proches des milieux missionnaires protestants, très actifs au Proche-Orient. Certaines des universités les plus célèbres du monde arabe ou turc sont d'ailleurs des créations américaines religieuses du dernier tiers du XIX^e siècle (Bogazici, American University in Beirut, ou encore American University in Cairo).

Déjà à la fin du XIX^e siècle, le savoir dans ces centres porte la marque d'une compétition occidentale pour un droit de regard sur la Palestine et se focalise souvent sur la «Terre Sainte». Dans le fantasme orientaliste, connaître le passé biblique permet de maîtriser le destin contemporain de ces sociétés trop souvent qualifiées de «traditionnelles». Comme en Europe, des théories plus ou moins favorables à l'immigration juive en Palestine émergent. De fait, les Etats-Unis n'ont pas toujours vu d'un bon œil la création de l'Etat d'Israël. En mai 1948, le State Department émet même des avis contraires à sa reconnaissance. Après d'âpres débats contre son administration, c'est le Président Truman qui fait pencher la balance, issue, en grande partie, des milieux universitaires évoqués plus haut et de Princeton en ►

particulier. Il serait donc faux de penser que les USA et leurs universités ont toujours soutenu Israël. C'est vrai depuis le Président L.B. Johnson et les années 1960. Pas avant. N'oublions pas que le seul pays qui a vraiment essayé de permettre le retour de réfugiés palestiniens, immédiatement après 1948, est... les Etats-Unis. Une demi-tentative, certes, mais qui illustre l'existence de points de vue très contrastés.

Longtemps, c'est, en fait, la politique de l'autruche qui prévaut. La Fondation Ford, qui œuvre au Proche Orient dès 1952, est célèbre pour ses positions ouvertement hostiles à l'égard d'Israël. Elle n'utilise d'ailleurs le terme «Palestine» qu'à partir des années 1980, dans ses projets régionaux. Comme la Middle East Studies Association (MESA), l'organisation faîtière pour les études orientales, elle se réfugie longtemps dans des euphémismes, tels que «problème israélo-arabe» ou «questions des réfugiés arabes» pour parler des 750'000 réfugiés générés par la création d'Israël. En fait, pendant une bonne vingtaine d'années, les *Middle Eastern Studies* feignent de ne pas s'occuper de cette question.

Nouvelle génération

Ce neutralisme formel crée les conditions d'une troisième et dernière raison à la vivacité actuelle des études moyen-orientales. Après la génération des années 1950, très proche de l'*establishment* politique, qui donne une dimension nationale à ce champ académique, on assiste à l'éclosion d'une nouvelle souche de spécialistes, beaucoup plus sévères envers les politiques domestiques (contre la ségrégation raciale) ou les campagnes internationales (contre la guerre au Vietnam). Ainsi, dès 1980, émerge un mouvement critique au sein de la MESA. Il souffrira mille maux pour arriver au pouvoir institutionnel. Mais les spécialistes qui rayonnent sur le champ académique actuel, tels que Zachary Lockman, Joel Beinin, Sheila Carapico, Nathan Brown ou Peter Sluglett ont lutté pour réformer le champ d'études de l'intérieur et se sont confrontés, ouvertement et sans relâche, aux dossiers chauds du monde arabe, de l'Irak à la Palestine ou du Yémen à l'Égypte. Ils ont ainsi créé un espace critique, qui permet une diversité réelle. Ce renouvellement correspond également à l'entrée, dans les institutions universitaires, d'une vague d'intellectuels issus, très souvent, de la nouvelle gauche.

Malgré cet espace critique acquis de haute lutte, tout n'est pas encore rose. Deux difficultés menacent la diversité interne.

Paradoxalement, ce tournant vers une nouvelle gauche, très souvent post-moderne, a donné lieu à une fragmentation et à une perte de la vision d'ensemble. La critique générée par Edward Saïd et son ouvrage *Orientalisme* en 1978 était nécessaire pour casser les représentations culturalistes dominantes. Mais les épigones de Saïd représentent de nos jours une véritable *cottage industry*, qui produit un savoir de déconstruction infini, parfois équivoque. Le principal problème, à mon avis, est qu'en voulant montrer la prégnance du fait colonial dans tous les aspects de la vie du monde arabe ou moyen-oriental, on recrée des barrières culturelles entre un «Ouest» manipulateur et un «Est» faible. On caricature l'incapacité de «l'oriental» pour dénoncer d'omniprésentes visées impérialistes ou néo-coloniales. Ces dernières existent probablement, mais il est de bon ton d'éviter le misérabilisme.

Enfin, le danger d'une politisation du savoir persiste: le Congrès et certains milieux politiques conservateurs s'en prennent régulièrement au landernau académique et universitaire. Motifs? On accuse les universités de ne pas avoir prévu les attaques du 9/11; l'ONG Campus Watch s'en prend aux étudiants et enseignants trop critiques à l'égard d'Israël; ou, face au succès du groupe Etat Islamique, le monde académique américain se voit reprocher d'être plus prompt à développer des théories sur la subjectivité des minorités sexuelles qu'à expliquer le succès du mouvement jihadiste takfiri. La menace de coupes budgétaires est brandie, alors même que les fonds du *Title VI* sont toujours un poumon important pour les grandes universités, surtout après la suppression formelle des *area studies* en 1996 par le Social Science Research Council (SSRC). L'avenir de certains centres prestigieux passe donc par une privatisation des financements, une stratégie qui n'est pas sans risque pour l'indépendance du savoir universitaire (Princeton, par exemple, a perdu son *grant Title VI* l'année dernière).

La lutte pour un savoir critique, mais aussi *constructif*, est loin d'être terminée. Des échanges avec les pairs européens pourraient générer un décloisonnement des études américaines, qui peinent parfois à sortir d'une polémique kaléidoscopique et déconstructiviste. ■

«In Maine
it's unlawful to
tickle women under
the chin with
a feather duster»



Machtspiele

In den USA herrscht Ausnahmezustand, es geht auf ein Wahljahr zu. Ob es dabei zu einem überraschenden Duell oder einem altbekannten Derby kommt, steht noch offen. Sicher ist: Geld spielt dabei die grösste Rolle. Jan Kreuels

Huis clos

2016 est une année électorale aux Etats-Unis. Même s'il n'y a pas encore de candidatures officielles, un scénario prédominant, qui pourrait bien devenir réalité, se dessine: Jeb Bush, fils du 41^e président, Georges H.W. Bush, et frère du 43^e président, George W. Bush, pourrait être opposé à Hillary Clinton, ancienne sénatrice, ministre des Affaires étrangères et épouse du 42^e président, Bill Clinton. L'impression que celle que l'on appelle la plus vieille démocratie du monde est encore et toujours influencée par des familles politiques résulte, en fait, d'un malentendu autour du mythe qui consiste à croire que n'importe quel citoyen américain pourrait, en principe, se porter candidat. Pourtant, rien que la somme à investir dans la campagne électorale rend la candidature d'un citoyen américain *lambda* impossible. Cet aspect financier renvoie également à une critique bien plus virulente de la démocratie américaine: en 2014, les politologues Martin Gilens (Princeton) et Benjamin I. Page (Northwestern) ont montré, dans une étude très prisée, qu'aux USA, les processus décisionnels dépendent beaucoup de grandes entreprises et de très riches particuliers.

Noch scheint das Jahr 2016 weit weg. Wirft man einen Blick in die US-Amerikanische Presse, wird jedoch schnell klar, dass 2016 dort in gewisser Weise schon begonnen hat. In den USA ist 2016 eine Chiffre, ein Wahljahr. Das Land wird einen neuen Präsidenten bestimmen. Oder wird es diesmal eine Präsidentin? Jahre, in denen die Vereinigten Staaten einen neuen Präsidenten wählen, sind immer besondere Jahre. Sie sind eine Zeit der Nabelschau innerhalb der USA, aber auch ausserhalb der Grenzen. Dank der länderübergreifenden medialen Resonanz ist man bestens informiert: die Wahlen werden genau beobachtet, ja, die ganze Welt schaut zu, wer in den Primaries das Rennen macht, wer schliesslich Präsident wird. Man mag sich noch an den knappen Ausgang der Wahl im Jahr 2000 erinnern, als erst auf juristischem Weg und Wochen nach der Wahl entschieden wurde, wer nun als Präsident vereidigt werden sollte. Für die Wahl im kommenden Jahr beschäftigen sich schon jetzt unzählige Journalisten, Blogger und Kommentatoren mit den Primaries und überschlagen sich in Vermutungen, wer alles kandidieren könnte. Denn der Kampf um das Oval Office hat für einige Kommentatoren spätestens am 31. Dezember 2014 begonnen. Noch im alten Jahr kündigte Jeb Bush an, dass er von seinen bisherigen Posten in Aufsichtsräten und Stiftungen zurücktreten werde. Und somit wird in den USA und darüber hinaus über eine ganz besondere Konfrontation diskutiert.

Bekanntes Derby

Während mögliche Kandidaten der Republikaner bereits bekannt sind, dreht sich bei den Demokraten bisher alles um einen

Namen: Hillary. Zwar hat die ehemalige Senatorin und Aussenministerin Hillary Clinton ihre Kandidatur noch nicht offiziell bekannt gegeben. Aber kaum jemand zweifelt an ihren Ambitionen, als erste Präsidentin ins Weisse Haus einzuziehen. Dies könnte sozusagen zu einer Neuaufgabe der Wahl von 1992 führen: Clinton gegen Bush. Damals verlor der Amtsinhaber George H. W. Bush gegen den Demokraten Bill Clinton. 2016 könnten sich also Jeb Bush, Sohn des 41. Präsidenten und Bruder des 43. Präsidenten George W. Bush, und Hillary Clinton die Ehefrau des 42. Präsidenten, Bill Clinton, gegenüberstehen. Beide konnten bereits hohe politische Ämter bekleiden, Hillary Clinton war während Obamas erster Amtszeit gar Aussenministerin, und beide sind damit, in gewisser Weise, «normale» Kandidaten für den Posten. Darüber hinaus würde mit einer Bush-Clinton-Wahl einmal mehr ein eigentümliches Charakteristikum der amerikanischen Demokratie sichtbar: Die Macht politischer Dynastien.

Zum Siegen geboren

Politische Dynastien hat es in den USA immer schon gegeben. Bereits der sechste US-Präsident John Quincy Adams war Sohn des zweiten Präsidenten John Adams. Im 20. Jahrhundert waren es dann vor allem Angehörige der Kennedy Familie, die zahlreiche einflussreiche Posten innehatten. Der Umstand, dass die älteste Demokratie der Welt immer wieder von politischen Familien geprägt wird, steht in einem Missverhältnis zum Mythos, dass prinzipiell jeder US-Bürger und jede US-Bürgerin kandidieren könnte. Insbesondere wenn man bedenkt, dass dieses

Verständnis Teil des Gründungsmythos ist: Die Demokratie in Amerika ist auch als Gegenentwurf zur dynastischen und, in diesem Fall, monarchischen Machtfolge im alten Europa entstanden. Dennoch spielt im US-Wahlkampf oftmals eine grosse Rolle: Die Familienzugehörigkeit des oder der Kandidierenden. Ein bekannter Name und ein reich gefülltes Adressbuch helfen ungemein, die Unsummen an Spenden zu erhalten, mit Hilfe derer der Kampf gegen die Rivalen gewonnen werden soll. Natürlich könnte man einwenden, dass gerade der Name Bush wohl nicht nur Vorteile bringt. Jeb Bushs Vater wurde schon nach einer Amtszeit abgewählt – er verlor 1992 gegen Bill Clinton. Sein Bruder George W. verliess als unbeliebter Präsident das Oval Office. Trotzdem wurde der Name Bush zur Marke. Er löst jenes Gefühl aus, das die Amerikaner *instant brand recognition* nennen, was man mit «unmittelbarer Wiedererkennungseffekt einer Marke» übersetzen könnte. Das heisst, dass Kandidaten wie Bush, Clinton oder auch vormalige Kandidaten wie Joe Biden oder Paul Ryan im Gegensatz zu unbekanntem Figuren kaum Geld investieren müssen, um für Bekanntheit zu sorgen.

Geld ist Macht

Man benötigt viel Geld, um Präsidentschaftskandidat oder -kandidatin und somit Präsdiemt oder Präsidentin zu werden. Bereits für die Primaries, also die Vorwahlen, müssen die Kandidierenden beachtliche Mittel mobilisieren. Und gegen Ende des Wahlkampfes wird es dann so richtig teuer. Nur schon die *Midterms* im vergangenen Jahr haben 3,7 Milliarden Dollar gekostet. Nach einer umstrittenen Entscheidung des United States Court of Appeals for the District of Columbia Circuit (*Speechnow.org v. Federal Election Committee*), dürfen so genannte Political Action Committees (PACs oder Superpacs) unbegrenzt Spenden annehmen und Wahlkampf betreiben, solange sie die Mittel nicht direkt weiterleiten an Kandidaten oder Parteien. Somit werden die Wahlschlachten je länger, je teurer; die Kandidierenden müssen immer mehr Spenden auftreiben. Diese Zahlen sind hoch – ja, hier in Europa wirken diese Milliarden-Dollar-Beträge geradezu grotesk – und es wird sich kaum jemand finden lassen, der das gut findet. Aber man muss diese Zahlen genauer ansehen. Die Vereinigten Staaten sind gross; die Wähler alle vier Jahre für die Präsidentschaftswahl zu mobilisieren kostet viel Geld. Ein

Blick auf die letzte Präsidentschaftswahl zeigt ausserdem, dass das Weisse Haus nicht direkt zu kaufen ist. Mitt Romney, der republikanische Kandidat, hat insgesamt über 1.2 Milliarden Dollar ausgegeben. Präsident Barack Obama hat für seine Wiederwahl etwa 100 Millionen Dollar weniger investiert – und gewonnen. Bleibt die Frage, woher diese (Un-)Summen herkommen.

Geschlossener Zirkel

Der monetäre Aspekt verweist auf eine viel tiefer gehende Kritik an der amerikanischen Demokratie. 2014 zeigten die Politikwissenschaftler Martin Gilens (Princeton) und Benjamin I. Page (Northwestern) in einer viel beachteten Studie, dass die Entscheidungsprozesse in den USA viel zu stark von grossen Firmen und sehr wohlhabenden Einzelpersonen beeinflusst sind. Wirtschaftseliten und Wirtschaftsverbände haben einen substantziellen Einfluss auf die Regierungspolitik in den Vereinigten Staaten, während auf breite Mitgliedschaft gestützte Interessengruppen und «normale» Bürger keinen oder nur sehr geringen Einfluss haben. Anders gesagt: Nicht nur sind diejenigen, die die Bürger in Washington repräsentieren sollten, Teil der ökonomischen Elite, sondern diese Elite lässt sich wiederum vor allem von reichen Einzelpersonen und mächtigen Businesslobbies beeinflussen.

Wir müssen uns noch eine Weile gedulden, bis wir wissen, wer nach Obama ins Weisse Haus einziehen wird. Und selbst wenn der 45. Präsident Bush oder, im Falle einer Präsidentin, Clinton heissen sollte, könnte man sich fragen, ob das dynastische Element in den USA das beunruhigende ist, oder ob nicht die generell oligarchischen Tendenzen viel gefährlicher sind. Einerseits, weil der Einfluss von big money sowieso problematisch ist in einer Demokratie. Andererseits, weil sich bei den Wählerinnen und Wählern das Gefühl verstärkt, dass in Washington eine sich selbst reproduzierende Elite regiert. Somit könnte die Wahlbeteiligung noch weiter sinken. Leider ist es so, dass wenig privilegierte Gruppen, wie African-Americans, Hispanics, Arme und Bildungsschwache bereits jetzt die meisten Nicht-Wähler stellen, was die Tendenz noch verstärkt, dass ein privilegierter Teil der US-amerikanischen Gesellschaft den weitest grossen Einfluss auf Regierung und Politik hat. ■

Quellen

- > Maisel, L. Sandel. *American Political Parties and Elections: A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press, 2007.
- > Hess, Stephen. *America's Political Dynasties*. New Brunswick: Transaction, 1997.
- > Cole, David. *The Supreme Court's Billion-Dollar Mistake*. *The New York Review of Books*, 19. Januar 2015. <http://www.nybooks.com/blogs/nyrblog/2015/jan/19/citizen-united-billion-dollar-mistake/>
- > Gilens, M. and B. I. Page. «Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens.» *Perspectives on Politics* 12, no. 3 (2014): 564–581.

Jan Kreuels ist SNF-Doktorand am Departement für Historische Wissenschaften.
jan.kreuels@unifr.ch

Le nouveau leadership commercial des USA

Le poids prépondérant des Etats-Unis dans l'économie mondiale leur confère un rôle de leader incontesté dans la nouvelle architecture du commerce, basée sur la création de grands blocs transcontinentaux. Philippe G. Nell

Neuer alter Leader

Als politische, wirtschaftliche und militärische Weltmacht Nummer Eins spielten die Vereinigten Staaten von Amerika eine tragende Rolle im Laufe des 20. Jahrhunderts. 25 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, mit dem Entstehen neuer Wirtschaftsmächte und angesichts komplexer regionaler Konfliktherde und schwerwiegender globaler Probleme wie dem Klimawandel oder dem Terrorismus ist die *leading position* der USA nicht mehr dieselbe. Die US-Wirtschaft besitzt nicht mehr die boomende Kraft von früher, die Sparquote ist tief, das Handelsdefizit persistent, der Schuldenberg immens. China und der gesamte asiatische Kontinent sind im Aufstieg begriffen. Trotzdem bleiben die Vereinigten Staaten ein unumgänglicher Partner. Sie bilden nach wie vor den wichtigsten globalen Finanzplatz, sie verfügen über eine Innovationsfähigkeit, die ihresgleichen sucht und zeichnen für rund 20 Prozent der weltweiten Produktion verantwortlich. Für eine Mehrheit der Länder rund um den Globus, gehören die USA zu den drei Hauptexportmärkten. Heute ist klar: Die Vereinigten Staaten haben eine neue, andere Führungsrolle übernommen, gezeichnet vom Willen, andere Länder zusammenzuführen.

Première puissance politique, économique et militaire, les Etats-Unis ont joué un rôle prédominant au cours du XX^e siècle. A la fin de la 2^e Guerre mondiale, ils ont été à l'origine d'un nouvel ordre mondial avec, au niveau politique, la création de l'Organisation des Nations Unies et, au niveau économique, celle du Fonds monétaire international, de la Banque mondiale et de l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT). Ils ont aussi mené l'Ouest dans la Guerre froide contre le bloc communiste et contribué à la chute du Mur de Berlin, le 9 novembre 1989, qui a entraîné la réunification de l'Allemagne, la dissolution de l'Union soviétique et le retour de la démocratie dans les pays d'Europe centrale et orientale.

Vingt-cinq ans après la chute du communisme, leur position de *leader* mondial a changé avec l'émergence de nouvelles puissances économiques, de conflits régionaux très complexes, ainsi que de problèmes globaux, tels que le changement climatique et le terrorisme. Bien que leur économie ait perdu de son ascendant d'antan, avec la montée en force de la Chine et du continent asiatique, un taux d'épargne bas, un déficit commercial récurrent et la position du plus grand débiteur mondial, les Etats-Unis demeurent un partenaire incontournable. Il restent, en effet, la première place financière, disposent d'une force d'innovation sans pareil et réalisent près de 20% de la production mondiale. Pour la grande majorité des pays du monde, ils sont aussi l'un de leurs trois principaux marchés d'exportation.

L'âge d'or multilatéral

Dans le domaine du commerce, les Etats-Unis ont joué un rôle incontesté et essentiel dans le cadre de la négociation de la Charte

de l'Organisation internationale du commerce (OIC) (1946–1948) et de la réduction progressive des droits de douane au cours de plusieurs cycles de négociation sous l'égide du GATT. Leur position clef s'illustre parfaitement avec l'abandon, en 1950, de l'OIC en raison de l'impossibilité pour le président Harry S. Truman de la présenter au Congrès, vu, notamment, ses dispositions concernant les investissements internationaux et l'emploi. La part des Etats-Unis au commerce mondial était si importante qu'un accord global n'aurait pas fait de sens sans leur participation; ceci s'applique encore aujourd'hui.

Intéressés à une Europe forte, les Etats-Unis mirent sur pied le plan Marshall (1947). La coordination de l'aide américaine (13 milliards de dollars dont 11 en dons) fut assumée par l'Organisation européenne de coopération économique (1948). Ses objectifs comprenaient aussi la réalisation d'une vaste zone de libre-échange entre ses membres dont les négociations n'aboutirent pas, certains pays étant intéressés à une intégration plus poussée (Communauté économique européenne – CEE –, 1957).

Afin de diminuer les désavantages compétitifs pour leurs exportateurs résultant de la CEE, les Etats-Unis lancèrent le Cycle de négociations commerciales de Kennedy (1964–1967), qui fut suivi par celui de Tokyo (1973–1979) et de l'Uruguay (1986–1994). Ce dernier connut des difficultés majeures en raison de divergences profondes avec l'UE dans le domaine agricole. Un accord fut finalement scellé, en novembre 1992, suite à l'adoption d'une réforme de la politique agricole commune de l'UE. Le rôle majeur et le pouvoir des Etats-Unis dans les négociations commerciales s'illustre aussi dans le cadre ►

«In Utah
no one may walk
down the street
carrying a paper bag
containing a violin»



de l'accès de la Chine à l'OMC. Les membres de l'OMC reprirent les règles que le Congrès imposa à la Chine, dans le cadre de son processus législatif interne pour normaliser leurs relations commerciales, notamment pour faciliter le recours pendant une période transitoire à des mesures commerciales restrictives dans le domaine des sauvegardes et des textiles.

En 1985, les Etats-Unis signèrent leur premier accord de libre-échange avec Israël, puis avec le Canada (1988). En marge du Cycle de l'Uruguay, ils conclurent en 1994 l'Accord de libre-échange nord-américain avec le Canada et le Mexique et lancèrent, la même année, une initiative pour un accord de libre-échange couvrant l'ensemble des Amériques. Des négociations se déroulèrent de 2001 à 2005 sans aboutir, notamment en raison de divergences considérables avec le Brésil sur plusieurs points importants.

Vers un nouveau leadership

Dans leur rôle de *leader*, les Etats-Unis ont pu contribuer à la libéralisation du commerce mondial jusqu'à la fin des années 90. Deux nouveaux développements allaient ensuite changer significativement la situation globale. Premièrement, face à un déplacement d'activités industrielles toujours plus important vers des pays à coûts bas et à une pression interne remettant en cause la globalisation, le président Bill Clinton proposa, en 1999, d'élargir le terrain des négociations commerciales aux normes sociales et environnementales. Deuxièmement, les pays en développement avaient encore pu accepter l'accord de l'OMC, avec ses avantages – élimination du régime de contingent des textiles sur 10 ans, intégration complète de l'agriculture – et ses points plus sensibles – protection de la propriété intellectuelle, approfondissement et extension de la libéralisation commerciale par le biais du Cycle de Doha, lancé en 2001. Mais ils se sont heurtés à l'impossibilité de concilier les principaux intérêts en jeu, liés à la diminution des droits de douane pour les produits industriels par les pays émergents et à la poursuite de l'ouverture des marchés agricoles. En juillet 2008, lors d'une réunion ministérielle à Genève visant la conclusion des négociations, leur échec fut provoqué par une position de l'Inde inacceptable pour les Etats-Unis, concernant l'application de mesures de sauvegarde dans le secteur agricole; de plus, plusieurs autres questions importantes attendaient encore des solutions.

Pour Susan Schwab, représentante du commerce des Etats-Unis: *«It may be that the*

complexity of the cathedral that was built for the Doha Round was its own enemy, was its own source of demise.» Tandis que pour Kamal Nath, ministre du commerce de l'Inde: *«Any Doha round modalities agreement needs to address the development needs of developing countries.»* Plus de six ans plus tard, aucun progrès n'a été enregistré sur les divergences clefs.

Comme de nombreux autres pays, les Etats-Unis n'ont toutefois pas attendu la paralysie du processus de libéralisation multilatérale pour donner de nouveaux accents à leur politique commerciale. Dès 2002, le président George W. Bush engage une politique de libre-échange très active, qui conduit à des accords avec l'Amérique centrale, la République Dominicaine, le Chili, la Colombie, Panama, le Pérou, Bahreïn, Oman, le Maroc, la Corée et Singapour.

Depuis 2009, face au blocage du Cycle de négociations multilatérales de Doha, les Etats-Unis privilégient une libéralisation du commerce avec un choix limité de partenaires importants. Ils finalisent actuellement la négociation d'un partenariat transpacifique avec dix pays de la zone Amérique-Pacifique (Australie, Brunei, Canada, Chili, Japon, Malaisie, Mexique, Nouvelle-Zélande, Pérou et Vietnam) couvrant près d'un tiers du commerce et 40% de la production mondiale. Cet accord établira un vaste espace de libre-échange, inclura des dispositions sur les normes de travail et environnementales, renforcera la protection de la propriété intellectuelle et la cohérence réglementaire, afin de diminuer les barrières non-tarifaires aux échanges. Avec l'UE, ils négocient depuis 2013 un partenariat transatlantique, ayant pour objectifs d'introduire le libre-échange, d'éliminer des barrières techniques, de libéraliser davantage les services et les marchés publics, ainsi que de renforcer la concurrence, la protection des investissements et de la propriété intellectuelle. Cet accord couvrira 30% du commerce et près de la moitié de la production mondiale. Il stimulera la croissance, l'emploi et les échanges et aura des effets positifs également pour le reste du monde.

Il est indéniable que les Etats-Unis assument un nouveau rôle de *leader* en procédant par blocs d'intégration, avec pour intention de rallier ensuite d'autres pays, avec peut-être un jour la Chine dans l'espace transpacifique ou la Suisse dans le partenariat transatlantique, sujet à des réformes majeures de la politique agricole helvétique, un retour au multilatéralisme n'étant pas exclu à terme. ■

Philippe G. Nell est ministre diplomatique, chef du secteur Amériques au Secrétariat d'Etat à l'économie. Privat docent, il dispense des cours en relations internationales aux Universités de Bâle et de Fribourg.
philippe.nell@seco.admin.ch

Tradition, Sport und Elite: Der Mythos von Princeton

Princeton, Harvard und Yale. Die Spitzenuniversitäten haben nichts von ihrer Anziehungskraft verloren. Sie pflegen Traditionen, betreiben Spitzenforschung – und häufen ein Vermögen an. Oliver Krüger

Une tour d'ivoire très exclusive

Tremplins pour une carrière en or et fabriques d'athlètes de haut niveau, elles sont au top niveau de la recherche et de l'enseignement, tout en cultivant un esprit communautaire sans pareil: Harvard, Princeton et Yale. Les trois plus prestigieuses universités américaines. Avec ses 7'500 étudiants triés sur le volet et son remarquable esprit de corps, Princeton, dans le New Jersey, est considérée comme la plus exclusive des trois. Sur les 26'000 candidatures reçues chaque année, seules 7% seront acceptées. Les mauvaises langues murmurent que ces universités d'élite américaines, appartenant à la Ivy league, sont surtout des sociétés d'investissement, dissimulées sous une «feuille de lierre» académique. Le fait que l'activité universitaire ne représente qu'une infime partie de leur fonctionnement économique plaide en faveur de cette thèse. Le patrimoine financier – dans le cas de Princeton, il s'élève à 21 milliards de dollars US – est plus important que le budget de certains pays d'Europe orientale. Bien évidemment, il permet aussi d'offrir des conditions de recherche paradisiaques. En plus des placements habiles de leur conseil d'administration, leur richesse provient de donations très généreuses de membres d'anciennes promotions et de particuliers.

Die US-Universitäten Princeton, Harvard und Yale teilen sich mit wenigen Konkurrenten stets die vorderen Plätze der weltweiten Universitätsrankings. Ein Studienabschluss an einer dieser Universitäten gilt als Beginn einer goldenen Karriere, ein Doktorgrad verspricht eine erfolgreich akademische Laufbahn. Es ist nicht weiter erstaunlich, dass Harvard, Princeton und Yale unter «normalen» US-Amerikanern wie auch Akademikern Bewunderung und Ehrfurcht hervorrufen – seit 1900 studierten allein 14 US-Präsidenten an jeweils einer der drei Kadenschmieden. Dies alles mag für europäische Ohren etwas übertrieben und befremdlich anmuten. Verständlich wird es erst, wenn man diese herausgehobenen Universitäten nicht ausschliesslich als Bildungsanstalten betrachtet. Die drei Hochschulen sind nebst Forschung und Lehre auch Orte für studentisches Leben, sie sind Athletenschmieden, fungieren als sozialer Selektionsmechanismus und bieten einen unvergleichbaren Gemeinschaftsgeist in der Adoleszenzphase. Der Begriff der *elite university* wird, anders als im Deutschen, im amerikanischen Englisch übrigens kaum benutzt. Man spricht hier stattdessen von der sogenannten *Ivy League*, in Anlehnung an die Hochschulsport-Liga, die sich aus acht Universitäten im Nordosten der USA zusammensetzt – darunter auch Harvard, Princeton und Yale.

Klein, aber fein

Die besondere Bedeutung von Princeton (gegr. 1746), Harvard (1636) und Yale (1701) hat sich erst mit dem Aufkommen sozialer Eliten im Bürgertum der amerikanischen Ostküste im Ausgang des 19. Jahrhunderts entwickelt. Princeton im Bundesstaat New

Jersey gilt mit nur 7500 Studierenden (inkl. Doktoranden) und einem sehr ausgeprägten Korpsgeist als exklusivste der drei Universitäten. Der amerikanische Soziologieprofessor Jerome Karabel hat in seiner Studie *The Chosen* (2005) im Detail nachgezeichnet, wie Harvard, Yale und Princeton bis ins späte 20. Jahrhundert darum bemüht waren, bei der Auswahl ihrer Studenten «unter sich» zu bleiben und soziale, ethnische und religiöse Minderheiten auszugrenzen. Als letzte der drei führenden Eliteuniversitäten hat Princeton 1969 Frauen als Studentinnen zugelassen. Nur etwa sieben Prozent der 26'000 jährlichen Bewerbungen auf Studienplätze werden in Princeton angenommen. Chancen auf einen Studienplatz haben nur ausgezeichnete Absolventen von Highschools. Studierende im Bachelor müssen jährlich mit rund 43'000 US-Dollar Studiengebühren und zusätzlich etwa 27'000 US-Dollar für die während der ersten beiden Studienjahre obligatorische Verpflegung und Unterbringung auf dem Campus rechnen. Etwa 60 Prozent der Studierenden erhalten eine (kleinere) finanzielle Unterstützung seitens der Universität, Vollstipendien werden jedoch kaum vergeben. Gute Chancen auf grosszügige Unterstützung haben nur Athleten, die von den universitären Talentsuchern direkt aus den Highschool-Arenen wegengagiert werden.

Das Studium und die Studentenschaft ist streng nach den vier Jahrgängen geordnet, in denen ein Bachelor-Abschluss erworben wird: *freshmen*, *sophomores*, *juniors* und *seniors*. Bereits mit der Bewerbung schreibt man sich für ein bestimmtes Abschlussjahr ein – eine Verzögerung ist bei den horrenden Kosten pro Jahr nicht vorgesehen. Im ersten Studienjahr absolvieren die Studierenden ein ▶

studium generale nach eigenen Präferenzen. Befragt über die berufliche Zukunft, gibt ein grosser Teil der Bachelor-Absolventen an, ins Investment Banking eintreten zu wollen. Zentral für das positive Selbstbild der Eliteuniversitäten sind die sportlichen Erfolge: An einigen Universitäten übertreffen die Gehälter der Footballtrainer diejenigen der Spitzenforscher um ein Vielfaches. Nebst allen nur erdenklichen Sportarten, Fitnessstudios, Schwimmbädern und einer Eishalle stehen den Studierenden in Princeton zahllose kulturelle Aktivitäten offen, vom Chorsingen, über Theater und Tanz bis hin zu Kunst- und Musikunterricht.

Ein Bund fürs Leben

Prägend für das aussercurriculare, studentische Leben sind vor allem die *Eating clubs*. Die klassischen studentischen Verbindungen wurden wegen zuviel Gewalt auf dem Campus und auf Exkursionen ins New Yorker Nachtleben bereits Ende des 19. Jahrhunderts verboten. An deren Stelle traten dann die elf *Eating clubs*, die den fortgeschrittenen Studierenden Verpflegung und Parties bieten, an welchen dann durchaus auch Pop-Grössen wie Rihanna singen. Für die Aufnahme in einige dieser Clubs muss man Mutproben bestehen (*bicker*). So stürmten auch in meine Vorlesung eines Tages zwei sehr leicht bekleidete Studierende, die vor dem erfreuten Publikum eine kurze Tanzdarbietung ablegen mussten. In der Tat erscheint Princeton wie eine lebenslange Initiationsgemeinschaft. Mit dem *commencement* und dem *class day* werden jährlich alle Absolventen – Doktoranden wie Bachelors – entlassen. Prominente Gastredner werden von den Abschlussjahrgängen engagiert und vermitteln unzweifelhaft das Gefühl, dass eine besondere Rolle in der Welt auf sie wartet. In den vergangenen Jahren gehörten Al Gore, Brooke Shields, Toni Morrison oder auch Bill Clinton zu den Gastrednerinnen und -rednern. Am selben Anlass werden auch die Ehrendoktorate an prominente US-Amerikaner und internationale Grössen verliehen, so etwa an Meryl Streep, Muhamad Ali, Quincy Jones, Fritz Stern oder Kofi Annan. Die starke Identifikation mit dem eigenen Jahrgang setzt sich auch nach Studienabschluss fort; alljährlich wird an einem ganzen Wochenende das Treffen aller Alumni gefeiert.

Return on investment

Böse Zungen behaupten, dass die US-Eliteuniversitäten eigentlich Investmentunternehmen mit akademischem «Efeublatt» seien. Für diese Annahme spricht die Tatsache,

dass der Universitätsbetrieb heute nur noch einen kleinen Teil der ökonomischen Aktivitäten der Universität ausmacht. Das Finanzvermögen – im Falle von Princeton sind es 21 Milliarden US-Dollar – ist grösser als das Haushaltsvolumen einiger osteuropäischer Staaten. Daraus ergeben sich natürlich paradiesische Forschungsbedingungen. Dies ist zum einen dem geschickten Agieren des *board of trustees* zu verdanken. Zum anderen beruht der Reichtum auf sehr grosszügigen Spenden. Sowohl Abschlussjahrgänge wie auch Einzelpersonen spenden Kunstwerke, Gelder für den Bau oder die Renovierung von Gebäuden und Infrastruktur oder sponsern Stipendien. Der Hong Konger Unternehmer Sir Gordon Wu (class of 1958) vermachte der Universität Princeton beispielsweise einen Betrag von 118 Millionen US Dollar für Stipendien, die Einrichtung von Lehrstühlen, den Bau einer Mensa und einer Ingenieursschule. Nur wenige Meilen entfernt von der Universität Princeton liegt Trenton, die verarmte Hauptstadt des Bundesstaates New Jersey, an deren Schulen das Geld nicht einmal für Toilettentüren reicht. Auch dies ist Teil der US-amerikanischen Bildungsrealität.

Kleine Anpassungen, grosse Wirkung

Das Modell US-amerikanischer Eliteuniversitäten liesse sich kaum auf die Schweiz übertragen und wäre politisch wohl auch nicht wünschenswert. Trotzdem kann eine staatliche Universität wie Freiburg von solchen Spitzenuniversitäten einiges lernen, wie etwa am Beispiel der effizienten und professionalisierten Entscheidungs- und Verwaltungsstruktur. Für das Einwerben von Spendengeldern wie für die Verwaltung von Studienleistungen oder für die Kommunikation werden Fachleute eingesetzt, die über eine entsprechende Expertise verfügen (und nicht Gremien von Professoren). Als essentiell wird darüber hinaus die Verbindung zu den möglichen Geldgebern der Universität betrachtet, das wären im Fall von Freiburg, nebst den Forschungsförderungsinstitutionen, die Steuerzahler. Akademiker stehen in der Schweiz unter einem hohen Legitimationsdruck. Führende Universitäten in der Schweiz und Deutschland haben in den vergangenen Dekaden jedoch vorgemacht, wie wissenschaftliche Erkenntnisse durch Tage der offenen Tür, Wissenschaftsnächte oder *science slam*-Wettbewerbe der breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden können. Das wären auch für Freiburg vielversprechende Perspektiven. ■



«In Ohio
it's illegal to disrobe
in front of a mans
portrait»

Eglise catholique : vers plus d'engagement ?

Les chrétiens fondamentalistes auraient un poids politique important aux USA. Mais qu'en est-il de l'Eglise catholique, qui représente près de 25% de la population et ne se reconnaît pas dans ces groupes? François-Xavier Amherdt

Lebendige Kirche

Die Vereinigten Staaten pflegen seit jeher eine Art «freie Marktwirtschaft in Glaubensangelegenheiten», was sicherlich auch eine Erklärung für die gelebte Religiosität der Amerikanerinnen und Amerikaner ist. In dieser «Wettbewerbs-Situation» darf die Katholische Kirche heute rund 25 Prozent der amerikanischen Bevölkerung zu ihren Schäfchen zählen. Trotz heftigen Skandalen, die der Kirche hätten schaden können, lassen sich drei Phänomene feststellen: Die Erhöhung der Seminaristen, die stabile Anzahl an Priestern (die USA ist das Land mit den meisten Priestern weltweit) sowie die regelmässige Zunahme an Berufungen zum Diakon (die USA vereint über die Hälfte aller Diakone weltweit). Das soziale Netzwerk der Katholischen Kirche ist überaus aktiv und gilt als das zweitgrösste Netzwerk überhaupt in den USA – nach jenem der Regierung selber, was einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss in politischen Debatten bedeutet, so beispielsweise im Zusammenhang mit der von Obama verordneten «Schlankheitskur» im Gesundheitswesen. Paradoxerweise steigt der Erfolg der Kirche mit der zunehmenden Kritik am *American way of life* von Seiten der Kirchenleitung.

D'après les chiffres d'études menées par le Trinity College à Hartford, dans l'Etat du Connecticut, l'Eglise catholique demeure la principale dénomination confessionnelle des Etats-Unis, avec environ 25% de la population américaine. Les chrétiens continuent de représenter un peu moins des trois-quarts des habitants, avec une baisse significative des confessions protestantes traditionnelles et une montée des Eglises évangélique libres et des chrétiens *born again*, ayant vécu une renaissance à travers une conversion adulte, ainsi que ce fut le cas pour l'ancien président George W. Bush.

Par contre, tout comme en Europe occidentale, le nombre de personnes affirmant n'appartenir à aucune tradition religieuse a dépassé les 15%, tandis que le pourcentage de juifs (en baisse) et de musulmans (en hausse modérée) demeure assez restreint. La progression des membres des «nouveaux mouvements religieux» (*New Age* et *Next Age*, groupes ésotériques, agnostiques, sectes) s'est, quant à elle, plus ou moins stabilisée.

Sans doute la conception, depuis toujours, d'un «libre marché de la foi» aux Etats-Unis est-elle pour quelque chose dans la vitalité religieuse des Américains, en contreposition avec le quasi «monopole» autrefois exercé par l'Eglise catholique au Québec (comme dans les pays du sud de l'Europe, alors que les protestants dominaient au nord et les orthodoxes à l'est du Vieux Continent), monopole dont le résultat est «l'effondrement» actuel de la communauté catholique dans le Canada francophone.

D'ailleurs, nous pouvons affirmer que ce modèle de «concurrence religieuse», issu des USA, s'est en quelque sorte imposé dans la majeure partie des régions du monde

et, qu'à certains égards, il peut avoir une influence positive sur une motivation renouvelée et une adhésion davantage personnalisée et librement mûrie des croyants, notamment dans les pays de «vienne chrétienté». C'est à une telle revivification que s'emploie la «nouvelle évangélisation», souhaitée pour l'ensemble de la communauté catholique mondiale par les trois derniers souverains pontifes, Jean-Paul II (qui en a parlé le premier), Benoît XVI (avec la création d'un Conseil pontifical pour sa promotion), et maintenant François (à travers sa récente exhortation apostolique *Evangelii gaudium*, *La joie de l'Evangile*, Rome, 2013).

L'axe de la population catholique américaine s'est un peu déplacé du nord-est vers le sud-ouest, avec un grand pourcentage de fidèles issus des populations hispanophones et asiatiques (vietnamienne notamment). Toutefois, le «poids» des catholiques latino-américains ne doit pas être surévalué, en particulier parce que beaucoup d'entre eux viennent du Mexique, un pays assez radicalement anti-ecclésial, ce qui fait que le nombre de prêtres mexicains accompagnant les immigrés de ce pays-frontière des Etats-Unis n'est pas très important.

Trois observations

Malgré le coup de tonnerre, provoqué dès 2002 par la révélation en série de cas de pédophilie exercée par des ministres ordonnés, et la mise en faillite de certains diocèses du fait des indemnités versées aux victimes et à leurs familles, ou peut-être à cause de ce drame, trois phénomènes se laissent observer, autour des questions touchant au clergé, en plus de l'augmentation réjouissante de l'engagement de laïcs, femmes et hommes, en pastorale:

- Étonnamment, le nombre de séminaristes est plutôt en progression, comme d'ailleurs dans le reste de l'Église universelle.
- Le nombre de prêtres demeure assez stable (plus de 40'000), et ceux qui posent le choix de s'orienter vers le sacerdoce le font, peut-être, davantage par conviction profonde que pour une quelconque «promotion sociale», ainsi que cela a pu être le cas dans le passé. Les USA comptent le plus grand nombre de prêtres au monde, après l'Italie, avec près de 12% de tous les prêtres catholiques, alors que les fidèles ne représentent que 6% de baptisés catholiques sur la planète. Ce qui donne une proportion de prêtres très élevée (un pour six mille habitants), certes moins que dans l'ensemble de l'Europe (un pour quatre mille habitants), mais plus que dans l'ensemble du continent américain (un pour sept mille habitants), quatre fois plus qu'en Afrique (un pour vingt-cinq mille habitants) et huit fois plus qu'en Asie (un pour cinquante mille habitants). La «désertification» des paroisses n'est donc pas (encore) très accentuée.
- Troisième phénomène qu'on relève d'habitude trop peu: près de la moitié de tous les diacres permanents du monde œuvrent aux USA et la croissance des ordinations diaconales se poursuit régulièrement (entre 1995 et 2010, on observe une augmentation d'environ 50%). La plupart vient des couches moyennes et possèdent une bonne formation. Ils sont bien intégrés dans le tissu national américain et, avec l'option d'un diaconat plutôt en milieu professionnel ou dans les activités caritatives (comme c'est le cas pour les diocèses de Lausanne, Genève et Fribourg et de Sion), ils assurent un témoignage ecclésial de qualité dans le monde.

Réseau social

Même si l'importance des congrégations religieuses se tasse un peu – avec aussi l'actuel conflit ouvert entre les responsables des communautés féminines américaines, jugées trop peu «orthodoxes» par la Congrégation pour la doctrine de la foi et son président, le cardinal allemand G.L. Müller, elles demeurent très actives dans les institutions caritatives, hôpitaux et maisons de repos, dans les écoles, collèges et universités à travers le pays. Le «réseau social» catholique constitue d'ailleurs le deuxième en taille, après celui de l'Etat, et, dans le contexte de la mise en cause du régime santé présenté par Barak Obama, cela a du poids aux yeux de la population et de l'opinion.

Avec ses 50'000 religieux et religieuses, ses 17'000 diacres permanents, ses plus de 40'000 prêtres, répartis dans 195 diocèses et 17'000 paroisses, disposant de centaines de publications et *newsletters*, dont la circulation est estimée à des dizaines de millions, l'Église catholique montre une réelle vitalité, notamment théologique, liturgique et catéchétique (telles de nouvelles formes de catéchèses communautaires et de vie paroissiale). Comme dans d'autres pays, on assiste à un certain recentrement sur les fondamentaux de l'identité catholique et de son enseignement, tant dans le clergé que chez les laïcs engagés ou les fidèles. Le Pape François y jouit d'une popularité exceptionnelle, même s'il a été taxé par certains Américains (républicains, pas tous catholiques) de «communiste», à cause de ses prises de position en faveur de la justice sociale. Paradoxalement, plus la hiérarchie catholique s'en prend à la société de consommation, à l'*American way of life* qui laisse «sur le carreau» une bonne partie des gens, aux lois contre l'immigration, à l'avortement et au partenariat homosexuel mis sur le même niveau que le mariage (hétérosexuel), au relativisme moral, à la peine de mort, à l'emploi des armes, à l'impérialisme triomphaliste US, à la guerre en Irak, plus son message connaît un fort retentissement.

Il n'y a jamais eu autant de personnalités catholiques dans l'appareil politique et judiciaire qu'actuellement, avec le vice-président Joe Biden, plusieurs membres influents de l'administration démocrate, un certain nombre de présidents de commissions au Sénat ou à la Chambre des représentants, quelques juges à la cour suprême, dont la première nommée par l'actuel président.

Grâce à sa centralisation, l'Église catholique est susceptible d'exercer un impact qu'aucune autre confession chrétienne ou tradition religieuse ne peut avoir. Elle demeure, malgré les scandales à répétition, une autorité morale écoutée et elle pourrait, sans doute, s'engager davantage en faveur de la paix et de l'équité sociale, ainsi d'ailleurs que l'avait fait la Conférence épiscopale dans les années 1980–1990, avec, entre autres, un «fameux» document contre la guerre nucléaire, *The Challenge of Peace: God's Promise and Our Response*, 1983.

Ce serait en tous cas le souhait du Pape argentin, dont on sent qu'il ne veut pas renforcer l'influence des USA au Vatican (pas de nouveaux cardinaux des Etats-Unis cette année), même si l'Église américaine demeure la principale contributrice financière de l'Église universelle... ■

François-Xavier Amherdt est professeur à la Chaire francophone de théologie pastorale, pédagogie religieuse et homilétique.
francois-xavier.amherdt@unifr.ch

Verfassung und Sklaverei: Ein Pakt mit dem Tod?

Die amerikanische Bundesverfassung von 1787 gilt gemeinhin als Grundmodell moderner, demokratischer Verfassungsstaatlichkeit. Doch wie verhält sich dieser Anspruch zur Persistenz der Sklaverei? Eine historische Spurensuche. Juri Auderset

Combattre le commerce d'esclaves

4 juillet 1854. Durant son discours à l'occasion de l'Independence Day, l'abolitionniste William Lloyd Garrison commence par brûler une copie du *Fugitive Slave Act* et jette ensuite dans le feu le jugement du tribunal dans l'affaire de l'esclave Anthony Burns. Finalement, Garrison saisit la Constitution de 1787 et la lance, elle aussi, dans les flammes. La nouvelle Constitution, connue pour sa propension aux compromis en faveur des esclavagistes, en a fait un de trop. En effet, elle prévoit d'interdire au Congrès toute intervention dans la régulation du commerce d'esclaves dans les 20 années à venir, offrant ainsi deux décennies supplémentaires aux Etats esclavagistes, afin de déporter d'autres Africains. Elle oblige, en outre, tous les Etats à ramener les esclaves en fuite à leurs «propriétaires». Finalement, la *three-fifths-clause* établit que les trois cinquièmes des gens maintenus en esclavage seront pris en compte, lors de la répartition des sièges pour la Chambre des représentants. De manière perfide, les esclaves contribueraient donc ainsi à la surreprésentation des intérêts de leurs «maîtres» au Congrès.

Am 4. Juli 1854 hielt der Abolitionist William Lloyd Garrison in Framingham (Massachusetts) eine Rede zum Unabhängigkeitstag der Vereinigten Staaten. Garrison hatte sich in den Jahren zuvor bereits eine Reputation als kompromissloser und wortgewaltiger Gegner der Sklaverei gemacht; sein Hass auf die *peculiar institution* – wie die Sklaverei im Süden bisweilen euphemistisch genannt wurde – hatte kurz davor einen erneuten Anlass zur Bestätigung erhalten. Ein paar Wochen zuvor hatte ein Bostoner Gericht nämlich entschieden, dass Anthony Burns, ein nach Massachusetts entflohener Sklave aus Virginia, unter dem 1850 verabschiedeten *Fugitive Slave Act* an seinen Eigentümer in Virginia zurückgegeben werden müsse. Garrison war ausser sich vor Wut. Während seiner Rede zum Independence Day verbrannte er zuerst eine Kopie des *Fugitive Slave Act* und warf dann das Urteil des Gerichts im Fall Anthony Burns ins Feuer. Schliesslich ergriff Garrison eine Ausgabe der Bundesverfassung von 1787, nannte sie «a covenant with death and an agreement with hell» und übergab sie den Flammen.

Freiheitsrhetorik und Sklaverei

Natürlich war Garrison nicht der erste, der die Widersprüche zwischen der Freiheitsrhetorik der Verfassung und der Realität der Sklaverei anprangerte und deshalb in diesem Gründungsdokument der Vereinigten Staaten wenig mehr als eine Heuchelei zu sehen vermochte. Was auch immer die unbestreitbaren demokratisch-republikanischen Meriten der Verfassung waren – wenn es zur Frage der Sklaverei kam, schien sie ihren eigenen Ansprüchen nach der Verwirklichung von *Justice*, der Förderung der

General Welfare und der Bewahrung der *Blessings of Liberty* zu spotten. War die Verfassung also jenseits ihrer Freiheits- und Egalitätsrhetorik und der Begründung eines modernen repräsentativdemokratischen und föderalen Verfassungsstaates eigentlich ein *Pro-Slavery*-Dokument? Hatte dieses für seine Kompromissfähigkeit so gerühmte Verfassungswerk einen Kompromiss zu viel gemacht, nämlich den Kompromiss mit den Sklavenhaltern? Der Begriff der Sklaverei taucht im Text der Bundesverfassung nur einmal auf – im 1865 nach dem Bürgerkrieg verfassten dreizehnten Verfassungszusatz, der sie zugleich abschaffte. Im Originaltext von 1787 ist demgegenüber nur eskamotierend von «other persons» oder «persons held to service and labour» die Rede. Trotz dieser Ausparung des Begriffs war die Sklavereifrage sowohl in den Debatten der *Constitutional Convention* in Philadelphia als auch in den nachfolgenden Ratifizierungsdebatten in den Einzelstaaten zentral. Wie es Luther Martin, ein *Anti-federalist* aus Maryland formulierte, versuchten die Verfassungsväter alle Begriffe zu vermeiden, «which might be odious in the ears of the Americans», was allerdings nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass sie bereit waren, «to admit into their system those things which the expressions signified.» In der Tat. Die Verfassung regelte die Sklaverei über verschiedene Massnahmen, ohne den Begriff selbst zu benutzen. Erstens wurde es dem Kongress untersagt, in den folgenden 20 Jahren den Sklavenhandel zu regulieren, was dazu führte, dass sklavenhaltende Staaten die Zeit nutzten, um zusätzliche Afrikaner und Afrikanerinnen in ihre Staaten zu verschleppen und auszubeuten. Zweitens wurden die Staaten ►

«In Alabama
it's illegal to have an
ice cream cone
in your back pocket
at all times»



Weiterführende Literatur

- > Finkelman Paul, *Slavery and the Founders. Race and Liberty in the Age of Jefferson*, Armonk NY 2014.
- > Myers Peter C., *Frederick Douglass. Race and the Rebirth of American Liberalism*, Lawrence 2008.
- > Kammen Michael, *A Machine That Would Go of Itself. The Constitution in American Culture*, New York 1986.

dazu verpflichtet, entflozene Sklaven zu ihren «Eigentümern» zurückzubringen. Drittens wurde mit der sogenannten *three-fifths-clause* festgelegt, dass drei Fünftel der in Sklaverei gehaltenen Menschen bei der Sitz-zuteilung für das Repräsentantenhaus mitgezählt wurden, wodurch die Sklaven in perfider Weise einen Beitrag zur Überrepräsentation der Interessen ihrer *masters* im Kongress leisteten. Oder, um noch einmal Luther Martin das Wort zu geben: dieser «Kompromiss» schuf «the absurdity of increasing the power of a State in making laws for free men in proportion as that State violated the rights of freedom.»

Es gab also gute Gründe für Abolitionisten vom Schlage Garrisons, die Verfassung für ein *Pro-Slavery*-Dokument zu halten. Garrison war überzeugt, dass es unmöglich war, die Sklaverei innerhalb des bestehenden Verfassungsrahmens abzuschaffen. Mehr noch, die Verfassung selbst sei von einer Sklavenhalter-Mentalität durchtränkt und bilde das Rückgrat einer rassistischen und menschenfeindlichen Politik. Unter dem Slogan «No Union with Slaveholders!» gaben die *Garrisonians* ihrer Überzeugung Ausdruck, dass es besser sei, die Union aufzulösen als sich durch den Kompromiss mit den Sklavenhaltern korrumpieren zu lassen. Für Garrisons Mitstreiter Wendell Phillips bewies die Geschichte der Union seit 1787 nur, «that it is impossible for free and slave States to unite on any terms, without all becoming partners in the guilt and responsible for the sin of slavery.» Die logische Konsequenz war in dieser Perspektive die Auflösung der Union.

Eine Frage der Interpretation

Allerdings sahen dies nicht alle Sklavereigeegner so. Die Ambivalenzen und Widersprüche der Bundesverfassung sorgten für genügend semantischen Spielraum, um die Verfassung auch als *Anti-Slavery*-Dokument zu lesen. Die sogenannten *antislavery constitutionalists* argumentierten beispielsweise, dass das Schweigen der Gründerväter zur Sklaverei als ein Indiz für deren Unbehagen zu interpretieren sei. In ihrer Perspektive bestand die Sklaverei in Amerika nicht wegen, sondern trotz der Verfassung. Andere interpretierten die Verfassung vor dem Hintergrund der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und erinnerten mahnend an Jeffersons Worte: «We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty

and the pursuit of Happiness.» Wie waren die Widersprüche zwischen diesen Worten, die in ebenso tragischer wie ironischer Weise aus der Feder eines *masters* flossen, und der Realität der Sklaverei aufzulösen?

Gerechtigkeit und Freiheit

Eine Antwort auf diese Frage gab der afro-amerikanische Intellektuelle Frederick Douglass. Zuerst ein Mitstreiter Garrisons, kam Douglass zu Beginn der 1850er Jahre zur Überzeugung, dass die Emanzipation der Sklaven in Amerika innerhalb des Verfassungsrahmens zu erfolgen habe. Douglass argumentierte, dass die Präambel der Verfassung – wonach die Union gegründet wurde, um Gerechtigkeit zu verwirklichen, das Gemeinwohl zu befördern und die Freiheit zu sichern – die Bedeutung des gesamten Dokuments bestimme. Douglass Insistieren auf den humanistischen und universalistischen Werten der Präambel richtete sich bezeichnenderweise sowohl gegen die Sklavenhalter als auch gegen die *Garrisonians*, denn beide gingen letztlich davon aus, dass der in der Präambel artikulierte Universalismus nur für weisse Männer galt. Genau diese semantische Besetzung des Universalien durch das Partikulare wollte Douglass verhindern. Die Definitionsmacht über die Begriffe der Gerechtigkeit, des Gemeinwohls und der Freiheit wollte er nicht den Sklavenhaltern und den Indifferenten überlassen. Ihre Geltung musste gerade von jenen erstritten werden, denen die Mitsprache an der Bedeutung dieser Begriffe vordergründig vorenthalten wurde. Das in der Präambel gesteckte Ziel, «to form a more perfect union», interpretierte Douglass dementsprechend als eine Aufforderung, den Kampf für die Emanzipation nicht ausserhalb der Union, sondern auf dem Boden der Verfassung zu erreichen: «The Constitution, as well as the Declaration of Independence, and the sentiments of the founders of the Republic, give us a platform broad enough, to support the most comprehensive plans for the freedom and elevation of all the people of this country, without regard to color, class, or clime.» Mit diesem Vertrauen in die demokratisch-republikanische Sprache der Gründerväter, welche trotz der historischen Erfahrung der Sklaverei eine emanzipatorische Politik in der Zukunft zu ermöglichen schien, bereitete Douglass den Boden für die spätere Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten – ein Kampf um Emanzipation, Bürgerrechte und soziale Gerechtigkeit, der auch immer noch unser Kampf ist. ■

Welcome to Burning Man!

Le Festival Burning Man est un creuset de la nouvelle contre-culture américaine. Mais si sa réputation transcende les frontières, ses racines restent profondément ancrées dans la terre du Nouveau Monde. François Gauthier & Graham St John

So very american

Welcome at the Burning Man! All-jährlich gehen die rund 70'000 Festival-Tickets innerhalb Stunden weg wie frische Semmeln. Während einiger Tage entsteht in der Wüste von Black Rock in Nevada eine vergängliche, einer Stadt ähnlichen Zivilisation. Das gesellschaftliche, künstlerische und kulturelle Labor wurde 1986 in San Francisco ins Leben gerufen und besteht im Kern aus einem Bereich, der Playa. Dort findet sich ein Sammelsurium an gemeinschaftlichen, experimentellen, pyrotechnischen oder auch poetischen Kunstwerken und im Zentrum thront der «Man», eine Skulptur, die zu Ende des Anlasses den Flammen übergeben wird. Am nördlichen Ende des Festivalterrains erhebt sich der Tempel, ein Ort, der jedem und jeder Teilnehmenden offensteht zum In-sich-kehren, zur Hommage an eine nahestehende Person, zur Bildung eines persönlichen Altars, der Erklärung einer Freundschaft oder Liebe oder auch zur Heirat. Das Burning-Man-Festival hat über die Jahre zwar internationales Flair erlangt, ist in seinem Wesen aber durch und durch amerikanisch geblieben: Die Szenerie erinnert an den amerikanischen Mythos der Utopie, der New World; seine Geschichte bleibt verbunden mit jener der Hippie-Bewegung und der amerikanischen Gegenbewegung der 1960er Jahre, mit dem Punk und der digitalen Revolution.

Les images sont frappantes, éclatantes, intrigantes, fascinantes même. Les médias internationaux le couvrent chaque année, contribuant à tisser la notoriété du Festival Burning Man, qui a lieu, une semaine durant, à la fin de l'été, dans le désert de Black Rock, au Nevada. Or, se rendre à Burning Man ne s'improvise pas. La préparation nécessite des mois, voire plus. Les billets, désormais limités à un peu plus de 70'000, sont mis en vente dès le mois de décembre précédent et partent en quelques heures, par le biais d'un système en ligne compliqué, afin d'empêcher l'achat en gros et la revente à profit. L'organisation, comme les participants, ont, en effet, à cœur de protéger l'événement de toute «récupération». C'est pourquoi, ils veillent à ce que les principes qui le définissent soient respectés, au premier chef l'interdiction de commerce et de publicité, qui permet que foisonne la pratique du don sous toutes ses formes.

Micro-société éphémère

Don, inclusion, participation, autonomie (les participants sont tenus d'emmener tout ce dont ils ont besoin, y compris l'eau), expressivité radicale, éco-responsabilité, esprit civique, communauté, non-marchandisation et immédiateté expérientielle – tels sont les principes qui régissent le Festival. Il se veut, en fait, une véritable cité, avec son service de travaux publics, ses politiques de zonage, ses services légaux, sanitaires et médicaux, ses journaux officiels et *off*, ses radios, son temple, son agora et son bureau de recensement, autour duquel gravite une grappe de scientifiques d'horizons divers. Black Rock City est, ainsi, la plus grande ville temporaire du monde, une «éphéméropolis», qui apparaît, puis disparaît sans

laisser de traces, dans des conditions extrêmes, comme un mirage sur fond de tempêtes de sable.

Hors catégorie

Refusant toute étiquette officielle, Burning Man est un formidable laboratoire social, artistique, culturel, religieux et politique. Né à San Francisco en 1986, sous l'impulsion de Larry Harvey et de la Cacophony Society, puis relocalisé dans le désert en 1990, Burning Man connaît une progression démographique constante. La cité, vue de l'espace, prend la forme d'un cercle, ouvert à son extrémité nord. La surface occupée par les campements est condensée sur l'arc de cercle, tel un fer à cheval entourant un vaste espace ouvert surnommé La Playa et parsemé d'œuvres artistiques participatives, expérimentales, pyrotechniques et/ou poétiques. Au centre du tout s'élève le Man, une sculpture à forme humaine d'une vingtaine de mètres de haut, faite de bois, de métal et de néon, montée sur une structure changeant chaque année, selon le thème proposé. Le Man, auquel chacun est libre de donner le sens qu'il souhaite, a vocation à être consommé par les flammes, au terme de l'événement. La nuit tombée, il lève les bras, prêt au sacrifice, avant d'être emporté dans un gigantesque brasier, autour duquel s'animent, dans une chorégraphie sauvage, cracheurs de feu, artistes *poi* et des dizaines de milliers d'autres *burners* en proie à une émotion furieuse.

A l'extrême nord, là où La Playa ouvre sur l'étendue du désert, s'élève Le Temple, qui incarne l'autre polarité de l'expérience Burning Man. Les participants y viennent pour se recueillir, rendre hommage à des êtres disparus, demander pardon pour des fautes ►

Pour aller plus loin

> www.burningman.org

ou des regrets, élever des autels personnels, laisser des inscriptions, méditer, prier, faire des déclarations d'amour ou d'amitié, se marier ou pratiquer mille autres rituels. Le Temple, reconstruit chaque année suivant de nouveaux plans et dédié à la Joie, aux Etoiles ou aux Pleurs, est brûlé dans un rituel sobre, une atmosphère solennelle, mais intimiste, emportant, dans les nuées, les souffrances et les promesses qui lui ont été confiées.

So american

Au fil des ans, l'aura de Burning Man a transcendé les frontières pour devenir une culture événementielle aux ramifications globales, composée d'événements et de représentants régionaux sur tous les continents. Près de 25% des participants à l'événement-phare proviennent d'ailleurs de l'extérieur des Etats-Unis, dont 10% d'Europe. Or Burning Man demeure un phénomène qui baigne résolument dans l'américanité (*l'Americana*), et cela pour au moins trois raisons.

La première est géographique: contrairement à l'Europe, l'Amérique regorge de grands espaces sauvages, peu ou non peuplés. En ce sens, l'expérimentation culturelle de Burning Man rejoue le mythe américain de l'Utopie, du Nouveau Monde, créé à partir d'une *tabula rasa*, sur une surface désertique sans fin, parfaitement plate et sans vie.

Dans un deuxième temps, l'émergence du Burning Man est indissociable de la riche histoire contre-culturelle de San Francisco et de la *Bay Area*, où ont essaimé le mouvement hippie et la contre-culture américaine des années 1960. La Côte Ouest fut également le creuset des mouvements punk, hardcore et plus tard grunge, avec leur éthique *do it yourself*. Burning Man fut bien, au départ, la rencontre des cultures hippie et punk, à l'aube du cyberspace et de la révolution digitale. Une nouvelle synthèse y a été créée, puis réfractée en une multiplicité de courants. Elle est aussi indissociable du développement de l'informatique et de ses utopies réticulaires. On retrouve, parmi les premiers *burners*, ces mêmes *geeks* et militants du *share ware*, qui ont fait la Silicon Valley. Pour beaucoup, Black Rock City est une transposition de la socialité web dans la réalité et vice versa. Encore aujourd'hui, la Silicon Valley se vide littéralement à la fin de l'été dans un véritable pèlerinage vers la vallée sans fin, où a lieu Burning Man.

Enfin, si les *Burners* étaient, au départ, surtout issus de la gauche politique, les

participants d'aujourd'hui se situent sur (presque) tout le spectre politique. Ce développement ne tient peut-être pas tant à la dénaturation d'une signification politique révolutionnaire originelle – par ailleurs introuvable dans les faits – qu'à l'expression d'une culture politique démocratique, profondément américaine. Dans *De la démocratie en Amérique* (1859), Alexis de Tocqueville note comment l'idéal démocratique lui semble naturalisé dans cette société neuve et égalitaire, dépouillée des hiérarchies de l'Ancien Régime. Les Américains, écrit-il, donnent à voir une tendance au *self-government* éminemment rationnelle et une pratique de la démocratie au quotidien. Tocqueville s'étonne de leur capacité à agir ensemble, sans en appeler à l'Etat, à s'instituer comme communauté d'individus égaux. Dans une telle société, «le coeur, le poumon de la démocratie se [situe] dans ses formes infra-institutionnelles».

Nouvelle démocratie

Voilà qui résume au mieux les dimensions politiques de Burning Man. Black Rock City se veut et est indubitablement démocratique. Ses principes, ses modes de fonctionnement résultent d'une élaboration pratique et pragmatique et non d'une imposition de l'extérieur ou d'en-haut. Son impératif d'expressivité et de participation entraîne une extériorisation des opinions, souvent avec humour et force originalité. Burning Man existe par un engagement ferme de chacun envers la communauté, l'association, l'entraide et la responsabilité individuelle et par-delà la multiplicité des points de vue. Or, il s'agit d'une démocratie sans institution, et sans représentation. Les tribunes sont partout, et tout devient une tribune. Le débat politique prend la forme d'une clameur. Les débats sont repercutés dans les conversations, charriés par les individus en perpétuel mouvement et en constante interaction, formant une sorte de bruit de fond insaisissable, mais bien réel.

Burning Man est tissé de l'étoffe même de l'Amérique. Or cette dernière apparaît à Tocqueville comme le destin de la société moderne, vers lequel se dirige l'Occident, d'où son universalité. De même, il est tentant de voir dans l'expérience de Burning Man une sorte de miroir grossissant des mutations politiques contemporaines qui, à gauche (Indignés, *Occupy*) comme à droite (décomplexée, *Manif pour tous*), contestent l'institué au nom d'une démocratie des mœurs participative et non-institutionnelle. ■

François Gauthier est professeur associé au Domaine sciences des sociétés, des cultures et des religions. francois.gauthier@unifr.ch

Graham St John est anthropologue. Il a effectué un séjour postdoctoral à l'Université de Fribourg en 2014.

Im Land der Gläubigen

«Es war das religiöse Aussehen des Landes, das bei meiner Ankunft in den Vereinigten Staaten meinen Blick zuerst fesselte.» Alexis de Tocqueville erkannte, dass Amerika über die Religion zu verstehen ist – auch in der Politik. Catherine Buchmüller

Win-win

Pour nous, Européens, l'importance de la religion pour la société américaine et ses ramifications dans la vie politique n'est pas toujours simple à saisir – mais on peut mieux les comprendre en s'aidant du rapport *De la démocratie en Amérique* du Français Alexis de Tocqueville, datant du XIX^e siècle. Tocqueville, convaincu que la démocratie finirait par s'imposer en Europe également, voulait étudier en Amérique, où la démocratie était déjà à un stade plus avancé, les éléments qui avaient contribué à son succès et ceux qui pouvaient lui nuire. Les colons étaient arrivés en Amérique, un pays pratiquement inhabité et détaché des Eglises européennes, sur un pied d'égalité et avec une croyance que Tocqueville décrit comme «républicaine» et «démocratique». En Amérique, les prêtres, en tant que représentants religieux, s'étaient tenus éloignés de toute fonction politique, mais avaient soutenu la démocratie de l'extérieur. La démocratie pouvait compter sur une société reposant sur les valeurs chrétiennes et la religion en profitait, puisqu'elle ne subissait aucun préjudice lors des combats entre partis et des changements de gouvernement.

Wir Europäer schauen gerne nach Amerika, sehen dieses Land als Ort der unbegrenzten Möglichkeiten, wundern uns aber über gewisse Eigenheiten. So spielt während der Wahlkämpfe Religion eine allgegenwärtige Rolle und jeder Kandidat bekennt sich zu einer Glaubensgemeinschaft, was denn auch zu Diskussionen führen kann, etwa wenn ein Bewerber zur katholischen Minderheit gehört oder Mormone ist – etwas, das in der europäischen Politik kaum zur Sprache kommt. Die Wichtigkeit der Religion für die amerikanische Gesellschaft und ihre Ausläufer ins politische Leben lassen sich aber vielleicht besser verstehen, wenn man den Bericht *Über die Demokratie in Amerika* des Franzosen Alexis de Tocqueville aus dem 19. Jahrhundert zu Rate zieht.

Feldstudie zur Demokratie

Alexis de Tocqueville bereist während mehrerer Monate die Vereinigten Staaten von Amerika, offiziell um das dortige Gefängniswesen zu untersuchen. Was ihn aber vor allem interessiert, findet sich in den zwei Bänden seines Werks *Über die Demokratie in Amerika* (1835/1840). Tocqueville, der überzeugt ist, dass sich die Demokratie auch in Europa durchsetzen wird, will in Amerika, wo die Demokratie bereits fortgeschritten ist, untersuchen, was zu ihrem Erfolg beitragen und was ihr schaden kann. Er analysiert Einzelheiten von Staat und Gesellschaft, juristische Eigenheiten, die Erziehung, das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit etc. Die USA haben andere Voraussetzungen als Europa, weshalb diese Studie nicht als eins zu eins anwendbare Anleitung zu verstehen ist, sondern eher als Anschauungsbeispiel.

Ein entscheidender Faktor für die entstehende demokratische Gesellschaft ist die Religion, die in Tocquevilles Werk einen viel zentraleren Platz einnimmt als viele Kommentare zugestehen wollen. Nach Amerika, also in ein nahezu unbesiedeltes Land und losgesagt von den Kirchen Europas, kamen die Siedler als Gleiche und mit einem Glauben, den Tocqueville als «republikanisch» und «demokratisch» bezeichnet. Die Priester, als Repräsentanten der Religion, halten sich in Amerika von allen politischen Ämtern fern. Sie haben sich der Zeit angepasst und unterstützen die Demokratie von aussen. Die Demokratie kann auf eine sich den christlichen Sitten verpflichtende Gesellschaft zählen. Auch die Religion profitiert, denn sie nimmt bei Parteikämpfen und Regierungswechseln keinen Schaden. Dies ist auch als Auftrag zu verstehen: Die Priester müssen die Religion vor Schaden bewahren, sonst drohen Verhältnisse wie im nachrevolutionären Frankreich, wo die Menschen vom Glauben abfielen und deshalb offen für jeden Despoten sind, der ihnen einen neuen Glauben anbietet – dass Menschen einen Glauben brauchen, ist für Tocqueville eine Tatsache.

Priester sind also diejenigen, die die Menschen zur Mässigung anhalten, sich aber darin dem Zeitgeist anpassen und die Menschen nicht vertreiben, sondern an sich binden. Diese ausgleichende Wirkung beeinflusst die Gesellschaft und damit die Demokratie positiv, weil sie die Amerikaner davon abhält, sich jede Freiheit ohne Rücksicht auf andere zu nehmen. Sie werden angehalten, Verantwortung für alle zu tragen. «Erlaubt also das Gesetz dem amerikanischen Volk, alles zu tun, so hindert die Religion es daran, alles auszudenken, und verbietet ihm, ▶

Weiterführende Literatur

- > Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, Erster und zweiter Teil, aus dem Französischen neu übertragen von Hans Zbinden, Zürich, Manesse Verlag 1987 (zitiert als DA).
- > Oliver Hidalgo, *Unbehagliche Moderne. Tocqueville und die Frage der Religion in der Politik*, Frankfurt, Campus Verlag 2006.

alles zu wagen. Darum muss die Religion, die sich bei den Amerikanern niemals unmittelbar in die Regierung der Gesellschaft einmischt, als die erste ihrer politischen Einrichtungen gelten; wenn sie ihnen auch nicht den Hang zur Freiheit gibt, so erleichtert sie ihnen doch bedeutsam deren Gebrauch.» (DA, I, S. 442)

Tocqueville sieht zwei Seiten dieser Gläubigkeit: Die Menschen hinterfragen nichts und sind so selbstzufrieden mit ihrer Glaubenshaltung, dass sie sich auch nicht für anderes interessieren. Der Glaube ist einfach Teil der Gesellschaft, wobei dies andererseits auch den Vorteil hat, dass alle mit dem Glauben zugleich die christlichen Dogmen und sittlichen Regeln annehmen. Selbstverständlich gibt es in Amerika auch Ungläubige, aber sogar die bekennen sich zu christlichen Grundwerten, weil sie den Nutzen dieser gemeinsamen Werte für die Gesellschaft erkannt haben. Solange diese sich ehrlich bekennen, weil es für die Gemeinschaft das Beste ist, sieht Tocqueville diese Haltung als unproblematisch. Eine ähnliche Auffassung wird 100 Jahre später von John Dewey vertreten.

Gefährlicher Protestantismus

Ein interessanter Aspekt ist Tocquevilles Beurteilung von Protestanten und Katholiken in Amerika, wobei hier erste Probleme des Verhältnisses von Religion und Politik deutlich werden. Der Katholizismus ist für ihn besser zur Mässigung der Demokratie geeignet als die protestantischen Lehren wie der Calvinismus oder der Puritanismus, die seiner Ansicht nach die Gefahr der Liebe zum Materialismus und Individualismus bergen. Dies ist in der Entstehung des Protestantismus angelegt, der sich von der katholischen Autorität, Spiritualität und Hierarchie entfernte, hin zur Demokratie und weltlichen Dingen. Individualismus und Unabhängigkeitsstreben sind ebenfalls problematisch, denn so bildeten sich eine Anzahl verschiedener protestantischer Sekten. Die Katholiken bilden eine Einheit und eine Autorität, während der Protestantismus zu mehr Individualismus und zur Aufsplitterung der Gemeinschaft neigt. Eine weitere Gefahr des Puritanismus ist, dass geoffenbarte Glaubenssätze immer mehr zur öffentlichen Meinung werden. Wenn Religion aber zur Weltanschauung wird, gibt es keine geistige Autorität mehr über den Menschen; damit hört sie auf, Religion zu sein. Beim amerikanischen Puritanismus sieht Tocqueville, dass sich Leute oft nur noch aus persönlichem Nutzenkalkül zum Glauben bekennen. Dies verurteilt er

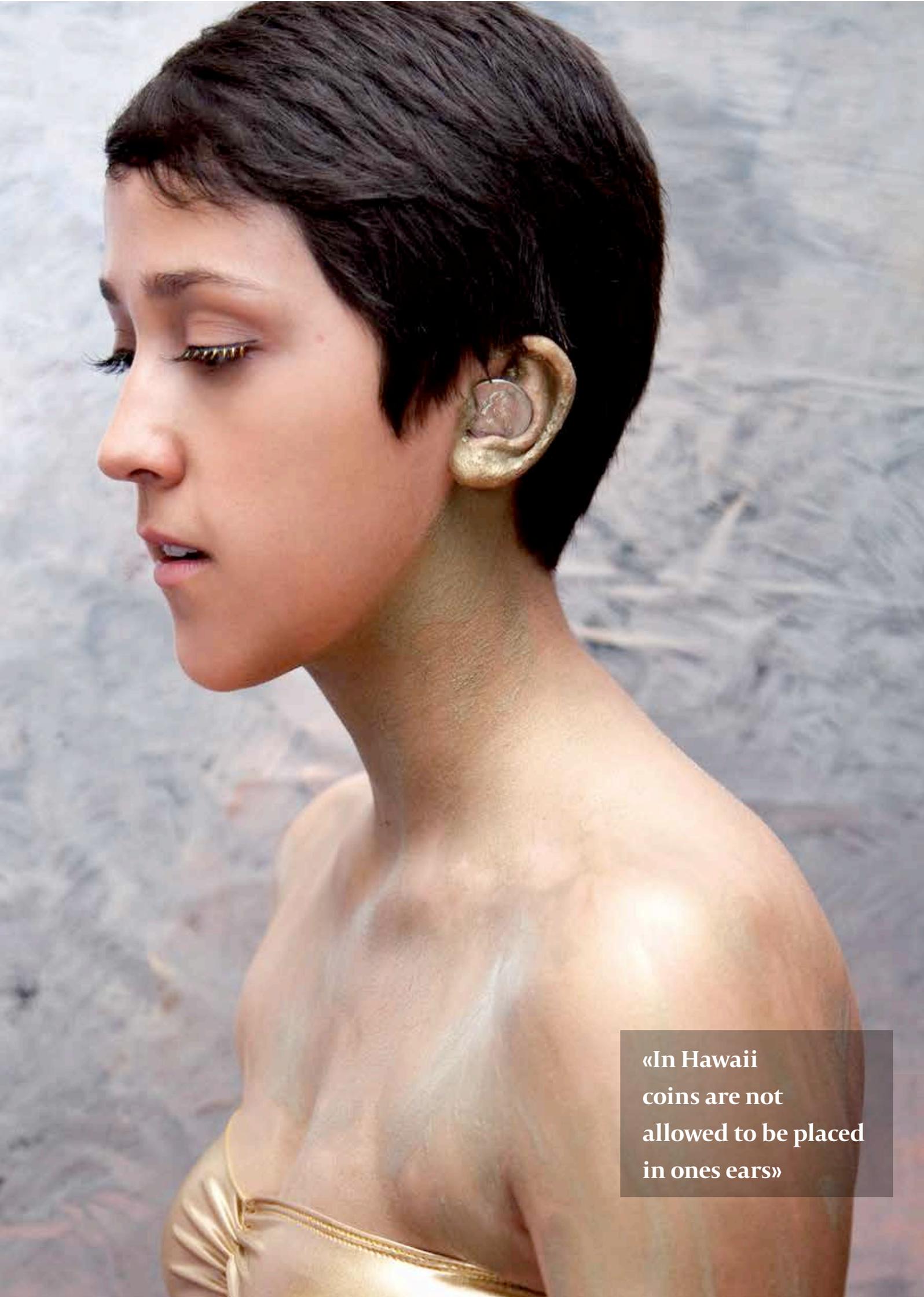
im Gegensatz zu den Ungläubigen, die sich aus Überzeugung zu den sittlichen Grundsätzen bekennen, denn beim Nutzenkalkül, das nur auf den eigenen Vorteil abzielt, wird die Religion Opfer des persönlichen Strebens dieser Heuchler nach Vorteilen. Der Katholizismus hat seine mässigende Kraft aber immer noch:

«Die katholischen Priester Amerikas scheiden die geistige Welt in zwei Teile: Der eine umfasst die offenbarten Glaubenssätze, denen sie sich widerspruchslos unterwerfen; in den anderen verlegen sie die politische Wahrheit, die Gott ihrer Ansicht nach dem freien Forschen des Menschen anheimstellt.» (DA, I, S. 436)

Die Protestanten haben mit der Reformation einen Prozess hin zur Demokratie und weg von Einheit und Spiritualität begonnen, der kaum mehr aufzuhalten ist. Obwohl der Protestantismus zu Anfang also der Freund der Demokratie in Amerika war und es immer noch ist, weicht sich dieses Verhältnis immer mehr zum Nachteil der Religion auf und damit längerfristig zum Nachteil von Gesellschaft und Politik. Der Katholizismus, der immer auf Distanz blieb, steht fest auf seiner Position und hat dank seiner zeitgemässen Auslegung in Amerika auch künftig eine unabhängige Stellung.

Vom Glauben enttäuscht

Ob Tocqueville mit seiner Analyse des Protestantismus richtig lag, bleibe dahingestellt. Unausweichlich stellt sich bei seiner Diskussion der Religion die Frage nach seiner eigenen Haltung. Er war streng katholisch erzogen worden, ging aber später zum Katholizismus auf Distanz und bezeichnete sich selbst als Nichtgläubigen. Dennoch scheint seine Haltung nicht so radikal gewesen zu sein, dass er die Religion ganz aus der Gesellschaft hätte verbannt sehen wollen. Als Hintergrundkraft, die ein gemeinsames Verantwortungsgefühl für die Gesellschaft erschaffen kann, begrüsst er sie. In der Literatur zu Tocqueville herrscht Uneinigkeit darüber, ob er selbst ein Heuchler ist, um in der Terminologie zu bleiben, also einer, der die Religion als reines Mittel zum Zweck nutzen will. Vermutlich trifft eher zu, dass er zwar nicht mehr glauben konnte und von der Kirche enttäuscht war, sich aber den sittlichen Regeln verpflichtet fühlte, da sie für alle die besten Resultate zeitigten – persönliches Vorteilstreben ist ihm wohl kaum zu unterstellen. ■



«In Hawaii
coins are not
allowed to be placed
in ones ears»

Mehr Fehler, weniger Tiefe, keine Erträge

Eine Studie des Departements für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung stellt der Schweizer Journalistenbranche ein schlechtes Zeugnis aus. Professor Manuel Puppis sieht dennoch Hoffnung. Daniel Ryser

Drei neue Professoren, ein ausgebautes und reformiertes Studienprogramm, neue Schwerpunkte und sogar ein neuer Name: Im Departement für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung DCM weht frischer Wind. Schnell aber hört es mit den guten Nachrichten auf. Die schlechten liefert Departements-Vize Manuel Puppis in einer vom Bundesamt für Kommunikation (Bakom) finanzierten Studie, die er im Dezember publiziert hat, und zwar zur Frage der Arbeitsbedingungen und Berichterstattungsfreiheit in journalistischen Organisationen. Forschungsfazit: Es steht in der Tat nicht gut um den Journalismus in diesem Land. Dafür hat das Team um Professor Puppis über tausend Journalistinnen und Journalisten befragt, Mitglieder des Branchenverbandes Impressum. Die Ausgangslage war sowieso schon nicht viel versprechend, wie die Studie einfürend festhält: Massiv gesunkene Gesamtauflagen der Kaufzeitungen seit 1995, gesunkene Zahlungsbereitschaft, rückläufige Werbeumsätze. Kurz: Studentinnen und Studenten des Journalismus, legt euch hin und steht nie wieder auf. Das will Manuel Puppis trotz düsterer Prognose jedoch nicht stehen lassen. Der Reihe nach.

Eine Branche schafft sich ab

Die Studie kommt, wenig überraschend, zum Schluss, dass sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben. Interessant sind die Details, die die über tausend Befragten liefern: Dass kaum noch Zeit bleibt für vertiefende Recherchen, für die Pflege von Netzwerken – alles das, was Sorgfalt und Qualität einer Zeitung ausmachen. Vor allem interessant ist, dass die Befragten nicht der häufig verbreiteten Meinung

sind, dass das Internet die alleinige Schuld an der Krise trägt. Das bestätigt auch die Forschung zur Medienkrise in den USA: Am Anfang vom Ende stand das massive Zusammensparen der Redaktionen für eine maximale Dividende. «Dann kam das Internet und brach die Lokalmonopole der grossen Zeitungen auf. Die massiv zusammengeparten Redaktionen waren nicht mehr konkurrenzfähig», kommentiert Puppis die Studie. «Für die Einführung der Bezahl-schranke für das Netzangebot war es spät. Auch deshalb, weil die Verlage die Gratismentalität mitgeschaffen hatten, indem sie die eigenen Bezahlzeitungen mit Gratisblättern konkurrenziert hatten.»

Es erstaunt in diesem schwierigen Umfeld wenig, dass eine Mehrheit der Befragten überzeugt ist, dass einerseits eher selten kritische Berichte über Anzeigenkunden veröffentlicht würden, und dass über medienpolitische Themen eher wenig berichtet werde. Erstere Praxis würden Chefredaktoren natürlich vehement verneinen. Nie würden sie! Doch der Londoner «Telegraph» lieferte just im Februar Futter für die Studienergebnisse: Der langjährige Chefkomentator des konservativen Blattes, Peter Osborne, verliess die Zeitung unter Protest: jegliche kritische Berichterstattung zu den Vorgängen um den Schweizer Ableger der Londoner Bank HSBC sei unterdrückt worden aus Angst, den wichtigen Werbekunden HSBC zu verärgern.

Die zweite Erkenntnis hat wohl weniger mit ökonomischem Druck zu tun, als mit dem simplen Grund, dass man nicht die Hand beisst, die einen füttert. Selbst die bis-sigsten Medienjournalisten werden zahm, wenn es der eigene Chef ist, der ein «Gerigate» zu verantworten hat oder dutzende

Kollegen auf die Strasse stellt, während für Millionen ein neues Redaktionsgebäude hochgezogen wird.

Trau, schau, wem

Noch immer sind wir also auf der Seite deprimierender Branchenerkenntnisse: So widerlegt die Studie die gerne angeführte Behauptung, «Newsrooms» seien der Weg in eine glorreiche, optimierte Zukunft, denn häufig gingen diese mit Sparmassnahmen einher. «Aber weniger kann nie mehr sein», sagt Puppis. Die Studie stellt denn auch eine «höhere Fehleranfälligkeit» fest, und zwar «aufgrund unzureichender Überprüfung der Quellen», eine «geringere Kreativität» und «abnehmende Sorgfalt». Die Rede ist, wenig erbaulich, von «Blitz-Journalismus» und «High-Speed-Journalismus» mit der Folge, dass Journalisten bei einem Ereignis alle in dieselbe Richtung rennen, was nicht ungefährlich ist für das politische Klima. «Blick»-Chefreporter Peter Hossli postete in den Minuten nach den Pariser Anschlägen einen mahnenden Tweet an seine Kollegen, ein «Breaking News Handbuch» mit neun Tipps für Schnellschiesser. Zum Beispiel: «Traue in der unmittelbaren Folge des Ereignisses keinen Geschichten, die eine andere News Agentur als Quelle anführen.»

Das Departement ist übrigens indirekt selbst ein Teil des Problems, stellt die Studie weiter fest. Und zwar beklagen die Journalisten die «Professionalisierung von Medienstellen», die letztlich dazu führe, dass es unmöglich werde, an Informationen heranzukommen, wo pointierte Zitate von zackigen Kommunikationsmenschen zu einem nichtssagenden Einheitsbrei zusammengestrichen werden. Dieser Punkt wäre wohl eine eigene Studie wert, und zwar einerseits aus dem Grund, dass in den letzten Jahren zahlreiche renommierte Journalisten die Seite gewechselt haben (was in erster Linie mit den in der Studie festgemachten prekären Verhältnissen im Journalismus zu tun hat). Andererseits aber auch, weil die Universitäten und Fachhochschulen diese Grenzen mit kombinierten Studiengängen aus Journalismus und PR verwischen, als



Prof. Manuel Puppis ist überzeugt: Journalismus bleibt trotz schwieriger Zeiten eine spannende Branche mit Zukunft.

wären PR und Journalismus nicht zwei entgegengesetzte Dinge. «Weltwoche»-Redaktor Alex Baur konstatierte kürzlich nach einem weiteren prominenten Reporter-Abgang in die PR-Welt: «Ich habe das Gefühl, auf jeden Journis kommen zehn PR-Heinis.»

Auswege aus der Krise

Die Branche befindet sich also in einer Depression. Nur Puppis, dessen Studie man auch als Sargnagel lesen kann, will seine Studenten weiterhin für den Journalismus ermutigen, dies, obwohl er selbst konstatiert, «dass es im Moment keine Idee gibt, wie die Verlage die weggebrochenen Einnahmen kompensieren könnten». Denn trotz Krise gebe es nach wie vor starke Regionalverlage, die Geld in den Journalismus investierten, gebe es aufstrebende Internet-Portale und junge Radio- und TV-Stationen mit guten Arbeitsbedingungen. «Trotz aller Unsicherheiten ist Journalismus nach wie vor eine spannende Branche.» Die Studie liefert eine Antwort, wie dieser Krise entgegengewirkt werden könnte, oder, wie es Puppis sagt: «Wir brauchen eine direkte staatliche Presseförderung wie in Skandinavien.» Damit macht die Studie zum Schluss ein Fass auf, das eine neue Studie nach sich ziehen wird: Sie fordert eine nach rein formellen Kriterien ausgehandelte Direktsubvention kleiner unabhängiger Zeitungen oder neu gegründeter Online-Portale.

Davon übrigens will die angeschlagene Branche im übrigen nichts wissen: So zahlreich die angeführten Argumente, so einhellig lehnen von «WOZ» über den Verlegerverband bis zur «Weltwoche» die meisten Zeitungen eine solche staatliche Förderung ab. ■



Manuel Puppis lehrt und forscht seit 2013 als assoziierter Professor für Medienstrukturen und -systeme am Departement für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung. In seiner Forschung beschäftigt sich Puppis hauptsächlich mit Mediensystemen im internationalen Vergleich, dem Schweizer Mediensystem, Medienorganisationen sowie Medienpolitik, Medienregulierung und Medienökonomie. manuel.puppis@unifr.ch

Un pont vers le monde

S'il offre à des étudiants américains la chance de s'immerger dans la culture de la Vieille Europe, l'ACP fait aussi rayonner Fribourg aux Etats-Unis. Pour son 90^e anniversaire, le point avec son Directeur, Andrej N. Lushnycky. Philippe Neyroud

Depuis 90 ans, ils font partie du paysage de Fribourg et de l'Université. Ils, ce sont les quelque 6'000 participants à l'American College Program (ACP) depuis sa création: une opportunité de séjour à l'étranger offerte aux étudiants américains désireux d'améliorer, le temps d'un semestre ou d'une année, leurs connaissances du français et de l'allemand, de se frotter au choc culturel de la Vieille Europe et, bien sûr, de faire une expérience de vie unique tout en poursuivant le cours de leurs études. Dirigé depuis 21 ans par Andrej N. Lushnycky, l'ACP s'est progressivement éloigné de son ancrage fortement catholique et a diversifié son approche pour proposer aussi des sessions courtes, intensives et plus ciblées, en été comme en hiver: les Survey of International Organizations (SIO), dont les participants forment aujourd'hui le gros des effectifs de l'ACP.

De fortes racines catholiques

Aux origines, en 1925, l'ACP est fondé par les sœurs dominicaines du Rosary College dans l'Illinois, aujourd'hui devenu la Dominican University. Sous l'appellation «Rosary-in-Fribourg», il accueille exclusivement des jeunes femmes pour l'étude des langues. Celles-ci sont logées à la Villa des Fougères et soumises aux ordres d'une discipline rigoureuse. Ce premier programme fera des émules dans l'après-guerre, auprès de la Georgetown University de Washington, qui y envoie des garçons dès 1955, parmi lesquels le jeune Antonin Scalia qui deviendra l'un des juges de la Cour Suprême les plus respectés ou craints pour son conservatisme. Des partenariats avec le La Salle College de Philadelphie en 1960 et avec le Providence

College de Rhode Island, en 1963, verront également le jour. En 1967, ces quatre institutions pionnières ressentiront le besoin de consolider les infrastructures de leurs programmes respectifs et cèleront un accord renforçant leurs liens avec l'Université de Fribourg, donnant naissance à l'American College Program.

The chance of a lifetime

Si le programme est aussi pérenne, malgré les nombreuses évolutions qu'il a subies, il le doit à l'attrait de la Suisse et de la Ville de Fribourg en particulier, idéalement placée au carrefour des langues et de l'Europe, mais aussi au fait qu'il s'agit d'un temps d'études à l'étranger comportant des équivalences pour valider des crédits académiques. Qu'on soit en quête de racines familiales puisant à la Vieille Europe ou à la recherche d'une expérience de vie loin de son environnement, Fribourg offre le cadre d'une ville bilingue, à taille humaine et au fort dynamisme étudiant, ainsi que, bien sûr, des filières en Facultés des lettres ou des sciences économiques et sociales – pour ne citer que les plus fréquentées par les jeunes Américains – qui leur octroient des crédits académiques reconnus par leur propre système universitaire.

Pour Andrej N. Lushnycky, c'est là que réside la clé du programme: «Une bonne part de mon investissement consiste à garantir ces équivalences de crédits et à inciter les participants à en faire plus que le minimum requis. J'essaie de leur inculquer ma philosophie de *work hard, play hard*, car je n'ai pas oublié, pour y avoir participé moi-même, que l'ACP est une formidable expérience de vie pour un jeune étudiant, un

acte fondateur qui permet de s'ouvrir au monde et d'affirmer son identité. Si je me considère comme un passeur vers la meilleure immersion culturelle possible et un préparateur pour un retour au pays en douceur – une étape sensible pour laquelle je ne ménage pas mes efforts – je suis avant tout un conseiller universitaire qui recherche en priorité le bénéfice de l'étudiant, en amont ou en accompagnement de son séjour. Ouvrir leur curiosité à des intérêts inattendus, des approches complémentaires, ne peut que leur servir pour la suite.» Un guide de vie, un passeur de vocations, Andrej N. Lushnycky est surtout la cheville ouvrière de la route tracée par l'ACP depuis plus de 20 ans, avec notamment le développement de programmes devenus, depuis lors, plus demandés que les séjours semestriels ou annuels: les *Survey of International Organizations*.



Les *Survey of International Organizations*: un programme de l'ACP qui rencontre un grand succès. Ici, devant l'Organisation des Nations Unies à Genève.

En route vers les 100 ans!

Ces programmes SIO, il les a conçus comme une introduction en profondeur aux objectifs et au fonctionnement des organisations internationales, qui pullulent sur sol helvétique comme à proximité: Strasbourg, Bruxelles ou La Haye. Ces cours interdisciplinaires d'un mois, en été ou en hiver, réunissent entre 20 et 40 étudiants pour une approche non seulement théorique, mais aussi pratique, sous forme de *workshops*, de visites et de rencontres avec des cadres dirigeants de ces institutions, dans les domaines des organisations non gouvernementales, des lois internationales, des sciences politiques et économiques, de la politique et de l'*advocacy*. «J'essaie de faire naître des vocations, de susciter des échanges et des rencontres capables de servir l'étudiant dans son parcours professionnel, tout en infléchissant la perception négative des organisations internationales que l'Amérique a depuis le 11 septembre 2001.» Avec succès, puisqu'Andrej Lushnycky peut se targuer d'avoir pu placer, par ce biais, de futurs stagiaires ou chercheurs à l'Organisation mondiale de la santé (OMS), à l'Organisation des Nations Unies (ONU) ou dans les bureaux personnels de sénateurs américains. «Grâce à mon propre réseau de contacts dans ces organisations, j'ai pu développer un niveau de confiance aux plus hauts échelons, qui offre une base de *networking* extrêmement efficace à celles et ceux qui voudront ou sauront s'en servir. Pouvoir leur donner à la fois accès à la voix officielle et aux contacts informels

et humains des coulisses est un avantage substantiel!»

Sans prosélytisme, Andrej N. Lushnycky prépare discrètement les 90 ans de l'American College Program à l'Université de Fribourg: «Nous avons l'intention d'organiser un grand événement, mais cela ne sera pas possible, eu égard aux disponibilités des personnes concernées. Nous allons donc nous centrer sur la publication d'un ouvrage commémoratif, richement illustré par l'un de mes assistants, Alain Wider, excellent photographe, et sur le lancement d'un nouveau format de cours extrêmement novateur en 2016.» Sans oublier qu'une remise en question, nécessaire à toute institution académique, le pousse déjà à mettre en chantier un plan stratégique pour l'évolution de l'ACP vers ses 100 ans. En ligne de mire: le développement de programmes en partenariat avec de nouvelles universités étrangères et une restructuration, permettant d'utiliser l'ACP et les SIO comme plateforme de recrutement pour plusieurs pôles de recherche.

Et si, aujourd'hui, force est de constater qu'entre l'Europe et les Etats-Unis une forme de désamour s'est installée, l'American College Program agit aussi comme un ferment pour combler les fissures qui sont récemment apparues dans des liens historiques pourtant forts. Car pour Andrej Lushnycky comme pour les étudiants qu'il accueille, au-delà du merveilleux environnement qu'offrent la Ville et l'Université de Fribourg, «le monde académique reste une valeur refuge qui ne laisse place à aucune mécompréhension culturelle!» ■



Personnalité passionnée et volubile aux origines ukrainiennes, que son patronyme ou le trident accroché à sa boutonnière affichent fièrement, Andrej Lushnycky est étudiant à Philadelphie lorsqu'il participe au programme ACP en 1990. Ce qu'il y vit le pousse à s'installer définitivement en Suisse deux ans plus tard. Marié à une Fribourgeoise, papa de 2 enfants de 8 et 10 ans, il a développé un sentiment d'appartenance avec la Ville et l'Université de Fribourg, comme avec l'esprit qui y règne. Il y apprécie, notamment, une forme de familiarité qui les rend *user friendly*. Il aime s'engager à fond dans sa fonction de directeur du Programme, comme Consul honoraire d'Ukraine en Suisse ou d'autres domaines de bénévolat, mais prend aussi du plaisir au temps passé en famille et au contact avec les aînés. Une autre manière de partager, toujours, des tranches de vie.

Opfer sein (dürfen)

Männer sind ebenso häufig Opfer von Gewalt wie Frauen. Und doch nehmen sie die sogenannte Opferhilfe sehr viel seltener in Anspruch. Die Soziologin Anne Kersten untersuchte in ihrer Dissertation den Grund dafür. Elsbeth Flüeler

30'000 Personen nehmen das Angebot der Opferhilfe jährlich in Anspruch. Nur knapp ein Viertel davon sind Männer. Dies, obwohl die Kriminalitätsstatistik der Jahre 2009 und 2010 zeigt, dass sie ebenso häufig Opfer von Gewalt sind wie Frauen. Frauen erfahren Gewalt prozentual häufiger im häuslichen Bereich, Männer hingegen eher im öffentlichen Raum, etwa bei handgreiflichen Auseinandersetzungen oder Schlägereien. Warum aber gehen Frauen häufiger zu Opferhilfestellen? Sind sie verletzlicher? Macht Gewalt Frauen schneller und stärker zu Opfern als Männer? Oder spielen bei der Opferhilfe etwa die alten gesellschaftlichen Bilder von der hegemonialen Männlichkeit eine Rolle? Diesen Fragen ging die Soziologin und Doktorassistentin Anne Kersten vom Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit an der Universität Freiburg nach. In ihrer Dissertation *Opferstatus und Geschlecht, Entwicklung und Umsetzung der Opferhilfe in der Schweiz* rekonstruierte sie die Entwicklung der Opferhilfe in der Schweiz im Laufe der Zeit. Zur Erinnerung: Die Opferhilfe in der Schweiz wurde im Jahr 1978 als Volksinitiative lanciert. 1984 stimmte das Stimmvolk ihr zu, 1993 schliesslich trat sie in Kraft. Seither kann, wer durch eine Straftat in seiner körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität unmittelbar verletzt wird, Anspruch auf staatlich finanzierte Unterstützung erheben. Die Verantwortung für die Umsetzung des Opferhilfegesetzes liegt bei den Kantonen.

Regel und Ausnahme

In ihrer Forschung wertete Anne Kersten in einem ersten Schritt die schriftlichen Quellen zum politischen Diskurs aus den Jahren 1978 bis 2011 aus. Sie untersuchte, wie Politi-

kerinnen und Politiker in Kommissionen und im Parlament die staatliche Opferhilfe diskutierten, mit welchen Bildern und Beispielen sie deren Dringlichkeit rechtfertigten und welche gesellschaftlichen Vorstellungen dabei ausschlaggebend waren. Kersten untersuchte auch, wie die Medien das Thema der Gewalt an Menschen über diese ganze Zeitspanne hinweg aufnahmen. Die schriftlichen Quellen zeichneten ein übereinstimmendes Bild: In der Diskussion um die Opferhilfe wurde die Kriminalitätsstatistik weder befragt noch beachtet. Gewalt an Männern war hier kaum je ein Thema. Die Opferhilfe wurde vielmehr in der Annahme konzipiert, dass vor allem Frauen oder Mädchen Gewalt erleiden. Das zeigten auch die Fallbeispiele, anhand derer eine mögliche Gestaltung der Opferhilfe diskutiert wurde. Sie handelten durchwegs von Frauen oder Mädchen, die besonders hart betroffen waren von Gewalt. Dies wurde als Regel angenommen. Fallbeispiele mit Männern hingegen tauchten keine auf. Falls über männliche Opfer gesprochen wurde, sagt Kersten, «dann nur als Ausnahme oder im Konjunktiv, als Möglichkeit.»

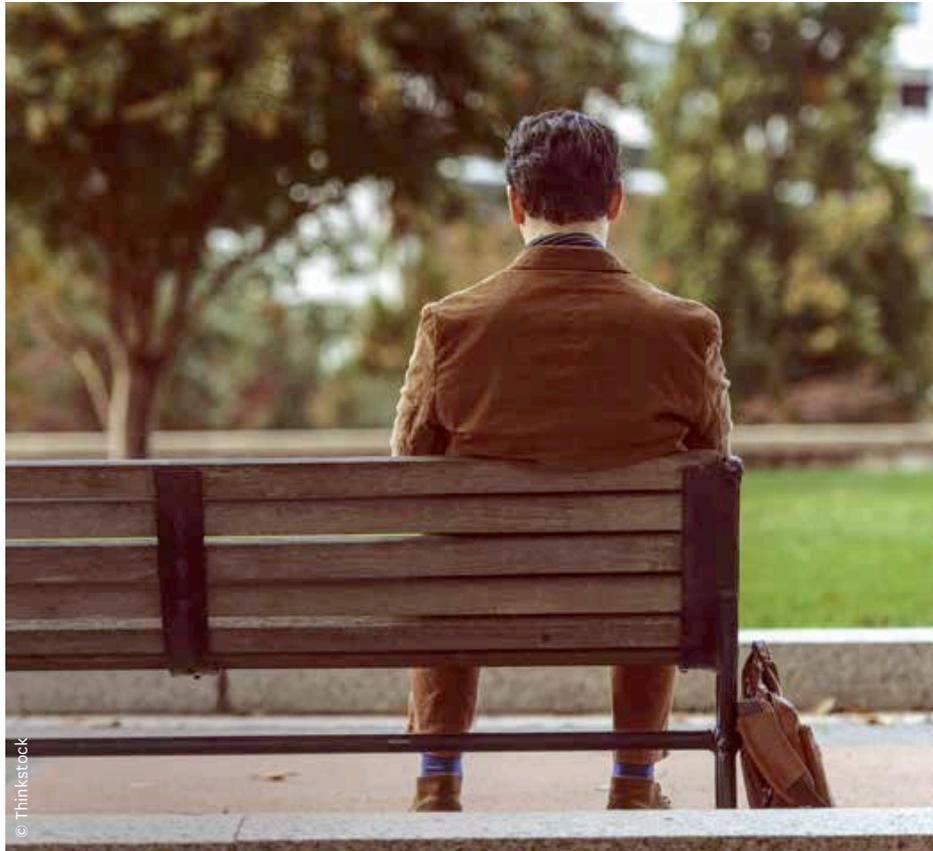
Den Diskurs dekonstruieren

Die Analyse der Sprache und deren Bilder erhärteten den Befund. Sie zeigte, dass – bewusst oder unbewusst – die alten gesellschaftlichen Bilder den Diskurs um die Opfer und die Opferhilfe bestimmten. Er handelte von der passiven, verletzungs-offenen Frau und vom starken Mann, der Gewalt einstecken und selber bewältigen kann. «Dass auch Männer Opfer sein können und dass sie nach Gewaltübergriffen Angst entwickeln und auf Hilfe angewiesen sind», sagt Kersten, «diesen Gedanken

findet man in diesem Prozess nicht.» Hilfe für Männer wurde höchstens unter dem Vorzeichen abgehandelt, dass sie Opferhilfe in Anspruch nehmen sollten, um nicht selber zu Tätern zu werden. Eine, wenn auch kleine, Entwicklung in der gesellschaftlichen Wahrnehmung konnte Kersten bei den Medien feststellen. Ab 2002 tauchten erste Berichte von männlichen Opfern auf, «diese Männer wurden jedoch als Versager dargestellt.» Interessant ist auch, dass die Polizeidirektorenkonferenz bei der Vernehmlassung zur Gesetzesrevision den Opferschutz für Männer anregte, jedoch nur bei häuslicher Gewalt, nicht bei Gewalt im öffentlichen Raum. Schlägereien wurden auch hier als Bagatelle betrachtet, und das Schlägeln eine normale Sache unter Männern.

Basel erkennt die Not

Erst die Umsetzung des Opferhilfegesetzes in den Kantonen zeigt, dass es möglich ist, diese Denkschemata zu hinterfragen und zu durchbrechen. Nach dem politischen Diskurs verglich Anne Kersten in einem zweiten Schritt die Opferhilfe im Kanton Bern und in den beiden Basel und stellte fest: Der Anteil beratener Männer ist je nach Kanton sehr verschieden. In Bern liegt er bei 17 Prozent, in Basel bei 37 Prozent. «Der grosse Unterschied», sagt Kersten, «beruht nicht darauf, dass es in Basel etwa mehr Gewalt gegen Männer gäbe, sondern dass die Opferhilfe anders umgesetzt wurde.» Der Kanton Bern baute seine Opferhilfe ohne grosse zentrale Koordination hauptsächlich auf den bestehenden Angeboten für Gewaltopfer auf. Vereine, die sich mit ihrem Angebot vorrangig an weibliche Gewaltopfer gerichtet hatten, konnten mit der Einführung des Opferhilfegesetzes ihre bisherige Arbeit nun im finanziell geförderten Rahmen der Opferhilfe fortsetzen. Die beiden Basel hingegen schafften von Beginn weg neue Strukturen. Bestehende Vereine mussten ihre Angebote an die Ziele der kantonalen Opferhilfe anpassen. «Die Halbkantone Baselland und Baselstadt haben bei der Umsetzung des Opferhilfegesetzes eine stark lenkende Funktion übernommen», sagt Kersten. Als man erkannte, dass Männer ebenso stark betroffen sind von Gewalt wie Frauen, konnte man hier das Angebot der Opferhilfe anpassen und der ausserhäuslichen Gewalt an Männern die nötige Aufmerksamkeit schenken. Mit dem Resultat, dass es mittlerweile neben einem



© Thinkstock

Lange Zeit war Gewalt an Männern kein Thema; öffentliche Übergriffe galten als Bagatellen.

spezifischen Angebot für gewaltbetroffene Frauen und Kinder auch eines für gewaltbetroffene Männer gibt.

Das Angebot in Basel widerspiegelt die Realität. Im Kanton Bern hingegen stütze sich die Opferhilfe auf ein bereits bestehendes Angebot und übernahm keine lenkende Funktion. Entsprechend ist das Angebot bis heute zu spezifisch auf Frauen und häusliche Gewalt ausgerichtet; der Opferhilfe für Männer sowie der Gewalt im öffentlichen Raum wird wenig Beachtung geschenkt.

Ein Beitrag zur rechten Zeit

Aufgrund der Resultate ihrer Dissertation empfiehlt Kersten den kantonalen Stellen, Räume und Ressourcen für die Opferhilfe für Männer zu schaffen und dabei zwischen der häuslichen und ausserhäuslichen Gewalt zu unterscheiden. Weiter empfiehlt sie den Opferhilfestellen, die Angebote und den Auftritt zu überdenken. In einigen Fällen sei nicht klar, dass sich das Angebot auch an Männer richte. «Die Männer sind zwar mitgemeint», sagt sie, «aber das wird aus den Formulierungen nicht klar.» Hier müssten die Kantone stärker lenken und darauf achten, dass sowohl Frauen und Männer ihr Angebot finden. ■

Aktuell wird das Opferhilfegesetz im Auftrag des Bundesrates evaluiert. Kersten nimmt in der Arbeitsgruppe zur Evaluation teil und setzt sich in diesem Rahmen auch dafür ein, dass die Gewalt an Männern und der Mann als Opfer von Gewalt thematisiert werden.



Anne Kersten ist seit 2008 Diplom- und Forschungsassistentin und später Doktorassistentin im Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg. Ihr Forschungsschwerpunkt «Gewalt und Gender» resultiert aus ihrer Tätigkeit als Sozialarbeiterin und sozialpädagogische Mitarbeiterin. Für ihre Dissertation erhielt sie 2013 den Preis für Geschlechterforschung der Universität Freiburg. Im Mai 2015 wechselt Anne Kersten an die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ins Departement Soziale Arbeit als Dozentin und Projektleiterin.

«Was man schreibt, wird Wirklichkeit»

In der Zeit als Student an der Universität Freiburg schrieb er sein erstes Buch, war er ein vom Wort Getriebener. Der Schriftsteller Gion Mathias Cavelti über Zufall, die Magie des Wortes, Gott und die Welt. Elsbeth Flüeler

Gion Mathias Cavelti, Sie umgeben sich mit Art Brut. Was fasziniert Sie daran?

Sie ist die purste Kunst überhaupt. Der Art-Brut-Künstler erschafft eine Gegenwelt zur existierenden Welt, und zwar nur für sich, er will im Regelfall kein Publikum und keine Kritiker beeindrucken. In seinem Outsider-Universum ist er der einzige Insider.

Auch Sie schaffen Welten mit ihren Büchern. Warum schreiben Sie?

Auch ich wollte eine Gegenwelt erschaffen. Das heisst: Ich MUSSTE mir einfach eine Gegenwelt erschreiben, sonst hätte es mich zerrissen. Mein erstes Buch hiess «Quifezit» – also «Der, der erschaffen hat». Ich habe es mit 18 Jahren begonnen, das Manuskript mehrfach verbrannt und in Fribourg dann doch in einer endgültigen Fassung zu Papier gebracht. Während meines Studiums hatte ich eigentlich nur dieses Buch im Kopf. Tönt jetzt alles ein bisschen pathetisch, aber es trifft schon den Kern.

Mein erstes Jahr in Fribourg, von 1993 bis 94, lebte ich einer kleinen Zelle im Kapuzinerkloster. Ich war damals ganz dünn, wie so eine Giacometti-Figur, hatte immer meinen Schriftsteller, oder besser, Möchtegern-Schriftsteller-Mantel an und habe 80 Zigaretten am Tag geraucht. Dieses Schriftsteller-Klischeébild von mir habe ich ausgiebig kultiviert.

«Quifezit» handelt von einem Protagonisten, der zu Beginn in einem Turm lebt, und endet damit, dass er zum Schluss kommt, dass er ab sofort Poet sei. Wie sind Sie Schriftsteller geworden?

Indem ich mich dazu erschrieben habe, wie der Protagonist des Buches. Kaum wurde der Protagonist des Buches im Buch

Schriftsteller, bin auch ich Schriftsteller geworden, sprich: Das Manuskript fand einen Verlag und wurde publiziert. Ich war immer wahnsinnig fasziniert von dem Satz aus dem Johannesevangelium: «Und das Wort ist Fleisch geworden.» Ich habe herauszufinden versucht – und versuche immer noch, herauszufinden – was ein Wort wirklich ist, das heisst: wozu es werden kann. Wohnt den Buchstaben eine Magie inne, die in der Realität tatsächlich einen Effekt zeitigen kann? Wird wahr, was man schreibt?

Ihr Wort ging in Erfüllung und das mit grossem Erfolg: «Quifezit» erschien 1997 in der edition suhrkamp.

Ich weiss noch genau, wie ich in der Mensa der Uni sass, vor mir auf dem Tisch drei Kopien des Manuskripts. Die erste habe ich an den Diogenes-Verlag geschickt, die zweite an Haffmann, und bei der dritten hatte ich keine Ahnung. Ich habe dann den Verlag gewählt, von dem ich davon ausging, dass es dort am wenigsten klappen würde – eben Suhrkamp. Nach zwei Wochen hatte ich eine positive Antwort.

«Quifezit» wurde rasch zur Trilogie. Und schon im Jahr 2000 erschien mit «Endlich Nichtleser» Ihr viertes Buch als suhrkamp taschenbuch. Darin wird am Schluss das Buch selbst mit einer Axt zerhackt. War das die Antwort auf Ihre Fragen nach dem Wort und seiner Magie?

So wie ich mich erschrieben habe, habe ich mich auch wieder ent-schrieben respektive weggeschrieben. «Endlich Nichtleser» habe ich als Abschiedsbuch verfasst. Denn es ist schon so: Wenn man einmal hinter die Kulissen des literarischen Zirkus geblickt hat, merkt man: Das Wort ist hier nichts

Magisches. Das Wort wird hier schlicht und einfach auf den Strich geschickt und soll möglichst viel Geld einbringen. Im letzten Band der Quifezit-Trilogie liegt die Sprache als Hure in einem Bett, und wer sich mit ihr einlässt, muss den entsprechenden Preis bezahlen. Ja – das Wort war entzaubert.

Der Schluss der Trilogie besteht dann ja auch darin, dass das ganze Universum, das sich der Protagonist erschrieben hat, wieder in seine Einzelteile zerfällt – in die Buchstaben, aus denen es besteht.

Und «Endlich Nichtleser» wurde zur *self-fulfilling prophecy* – ich war dann tatsächlich weg. Das heisst: neun Jahre...

Wo blieb Ihr Drang zu schreiben?

Der Drang war da, aber ich war wie blockiert. Literarisch. Journalistisch habe ich mich schon betätigt, unter anderem war ich ein Jahr beim BLICK. Ich wollte unbedingt dorthin, weil das in meiner Vorstellung immer der Ort war, an dem das Wort mit Füßen getreten wird. Tönt wieder alles recht abgehoben, tut mir leid... Mein allererster Artikel für den BLICK war übrigens ein Bericht über den 30. Geburtstag des Music-Star-Sängers Piero Esteriore. Aus Wut über den Text ist er mit dem Mercedes seiner Mutter dann ins Ringier-Gebäude gefahren... Der Titel das Ganze war übrigens «Alle singen, nur das Rindsfilet bleibt stumm». Da haben wir es wieder, das Wort, das Fleisch wird...

Kehren wir nach Freiburg zurück. Ihr Abschied von der Uni und der Stadt war 1996 und fällt mit dem Erscheinen Ihres ersten Buchs zusammen.

Anlässlich einer Aufführung des Filmes «La rusna pearsa» im Rex lernte ich den Regisseur Dino Simonett kennen, der mir sein Atelier in der Roten Fabrik in Zürich zur Untermiete anbot. Zürich war für mich bis zu diesem Zeitpunkt immer der Hort des Bösen gewesen... wie auch immer, ich habe dann meine paar Sachen in den Kofferraum des Mercedes meines Vaters gepackt (ich wohnte damals an der Route de la Poudrière, bei einer belgischen Dame, die immer ihre gewaltigen Büstenhalter zum Trocknen im Garten aufzuhängen pflegte – ich habe nie wieder so riesige BHs gesehen) und fuhr von dannen. Das war Anfang 96, als ich schon wusste, dass das Buch erscheinen würde.

2009 feierten Sie ihr Comeback als Schriftsteller und arbeiten aktuell an einer neuen Trilogie. Zwei Bände davon sind bereits erschienen. Hat sich Ihr Schreiben verändert?



Im Banne der Magie des Wortes: Autor Gion Mathias Cavetty.

Nun, in der Roten Fabrik habe ich dann meine jetzige Frau kennengelernt, wir haben mittlerweile eine Tochter und ich bin sehr glücklich... und das alles hat seinen Ursprung im Kino Rex in Fribourg gehabt. Wenn ich an diesem Abend nicht ins Kino gegangen wäre...

In meiner Klosterzelle in Fribourg hatte ich mir mein Leben komplett anders ausgemalt, ich hatte immer so ein Spitzweg-Idyll im Kopf, der arme Schriftsteller in der kalten Mansarde, mit einem Schirm auf dem Bett liegend, weil es durchs Fenster hineinregnet... so habe ich mir mein Leben vorgestellt.

So naiv, wie ich damals war, möchte ich gerne wieder werden. Wenn man wieder so – nun ja – ursprünglich, unverfälscht, jungfräulich wie damals schreiben könnte, wäre das herrlich. Etwas erschaffen, weil man es erschaffen MUSS – nicht, weil man damit Geld verdienen will oder einem Publikum gefallen. Womit wir wieder beim Anfang des Gesprächs wären. Mittlerweile weiss ich halt: Für eine Kolumne kann ich so und so viel verlangen... eigentlich sollte man seine Wörter nicht verkaufen.

Worum geht es in Ihrer neuen Trilogie?

Wieder ums Fleisch respektive ums Nicht-Fleisch und ums (Schöpfungs-) Wort. Gott ist sich nicht sicher, ob er sich überhaupt selbst erschaffen will – tut dies dann aber schliesslich doch und beginnt dann mit der Schöpfung. Allerdings hört er mit dem Gemüse auf – Fleisch wird es also nie geben. Am dritten Teil, «Der Tag, an dem es 449 Franz Klammers regnete», sitze ich schon seit geraumer Zeit.

Kann ich Ihnen noch etwas anbieten? Etwas Aufschnitt vielleicht? ■

Gion Mathias Cavetty, 1974 geboren und aufgewachsen in Chur, lebte von 1993 bis 1996 in Freiburg und studierte Romanistik. 1997 erschien sein erstes Buch in der edition suhrkamp. Cavetty lebt heute als Autor, Kolumnist und Satiriker in Zürich. Als Verfasser von fulminanten Heavy-Metal-Plattenbesprechungen, gnadenloser TV-Kritiker und liebevoller Schreckmümpfeli-Autor ist er ein Kategoriensprenger par excellence. Nach seinem literarischen Abschied «Endlich Nichtleser» gab er mit «Die Andouillette» sein schriftstellerisches Comeback. Es folgte die Fortsetzung «Die letztesten Dinge» (Echtzeit-Verlag 2010). Ein geheimnisumwitterter dritter Teil soll angeblich im Entstehen begriffen sein. 2012 erhielt Cavetty den Zürcher Journalistenpreis. «Die Andouillette» wurde von Radio srf als Hörspiel vertont und erhielt den 4. Preis des Prix Europa 2014 in der Kategorie Radio Drama. www.nichtleser.com



Im Fokus der Diskussion um die Personenfreizügigkeit in der Schweiz und der Europäischen Union standen lange Zeit Fragen nach dem Zugang zu Arbeit und Ausbildung sowie nach den Voraussetzungen für die Einreise, dem Verbleib oder einer eventuellen Aufenthaltsbeendigung. Weniger ausgelotet sind dagegen die sozialrechtlichen Folgen, welche die Personenfreizügigkeit zeitigt, gleichwohl diese in der Praxis von Behörden und Gerichten zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese Lücke sucht der zweisprachige Tagungsband (deutsch/französisch) zu schliessen. Geschrieben von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis geben die Beiträge Antworten auf praktische wie wissenschaftliche Fragen zum Zugang zu staatlichen Leistungen für Personenfreizügigkeitsberechtigte in der Schweiz und der Europäischen Union.

Im Einzelnen geht Francesco Maiani (Universität Lausanne) der Frage nach, ob und inwieweit bereits aus den EU-Verträgen selbst ein Anspruch auf Zugang zu gewissen staatlichen Leistungen abgeleitet werden kann. Relevant ist dies insbesondere im Zusammenhang mit dem vertraglich garantierten Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit, der – wie der Beitrag auf der Grundlage der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nachweist – in einer Reihe von Konstellationen auch einen diskriminierungsfreien Zugang zu gewissen staatlichen Leistungen impliziert. Daran anknüpfend stellt Frank Schreiber (Richter am Hessischen Sozialgericht in Darmstadt) die Frage nach der Tragweite der sog. Unionsbürgerrichtlinie in diesem Zusammenhang. Diese Richtlinie präzisiert zahlreiche Vorgaben der EU-Verträge und sieht auch unter gewissen Voraussetzungen einen (diskriminierungsfreien) Zugang zu staatlichen Leistungen vor.

Auf der Grundlage dieser Analyse des Unionsrechts fragen die weiteren Beiträge nach der diesbezüglichen Tragweite des Personenfreizügigkeitsabkommens der Schweiz mit der EU, eine Fragestellung, die auch und gerade vor dem Hintergrund zu sehen ist, dass das Abkommen in weiten Teilen an die Rechtslage in der Europäischen Union anknüpft und als erklärtes Ziel in der Präambel auch formuliert, dass die Freizügigkeit im Verhältnis zur Schweiz auf der Grundlage der Rechtslage in der Union gewährleistet werden soll. Astrid Epiney und Gaëtan Blaser (Universität Freiburg) analysieren und kategorisieren die verschiedenen Fallgruppen, in denen Unionsbürger in der Schweiz und Schweizer Bürger in der Union auf der Grundlage des Abkommens einen Zugang zu staatlichen Leistungen haben, was z.B. – unter gewissen Voraussetzungen – bei Arbeitnehmern, die aufgrund eines Arbeitsunfalls arbeitsunfähig geworden sind, oder bei Angehörigen von Arbeitnehmern der Fall ist. Christa Tobler (Universität Basel) fragt nach den Implikationen, die eine Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie in den Rahmen des Freizügigkeitsabkommens entfaltet – eine Übernahme, die zumindest derzeit jedoch vom Bundesrat sehr skeptisch beurteilt wird und im Abkommen auf der Grundlage der geltenden Rechtslage auch nicht vorgesehen ist. Schliesslich vertiefen drei Beiträge ausgewählte sektorische Fragen: Basile Cardinaux (Universität Freiburg) geht den Leistungen für Kinder nach, Silvia Gastaldi (Bundesamt für Justiz) widmet sich dem Zugang zur Sozialhilfe im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens und Andreas Zünd und Thomas Hugl Yar (Bundesgericht, Lausanne) fragen nach dem Zusammenhang zwischen aufenthaltsbeendenden Massnahmen bzw. dem Vorliegen entsprechender Gründe (z.B. im Falle der Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch eine Person) und dem Recht auf Zugang zu bestimmten sozialen Leistungen.

Astrid Epiney et Teresia Gordzielik (Hrsg. / édit.)

Personenfreizügigkeit und Zugang zu staatlichen Leistungen
Libre circulation des personnes et accès aux prestations étatiques

Schulthess Verlag, Reihe Forum Europarecht, Bd. 34, Bern 2015
 ISBN 978 3 7255 7198 7

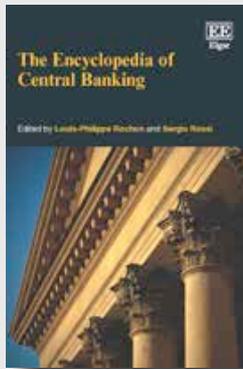


Auszug «Whether Jewish soldiers of the Second World War knew it or not, the trails they walked to establish a more comfortable place for Jews in the United States had been blazed two decades earlier by a smaller contingent of Jewish Doughboys. The piety of these Jews in Great War-era America clearly did not deal a deathblow to anti-Semitism. But it may well have shown the young men who came after them that Jewish piety had a place in the American military, that Jewish lives of many types could be directed toward national service, and that adapting one's piety in the face of war's challenges was not a sign of apostasy» (Jonathan H. Ebel, American Judaism, Jewish Piety, and the Great War, in: SZRKG 108 (2014), 105)

Inhalt L'édition 2014 de la *Revue suisse d'histoire religieuse et culturelle* a pour thème central des formes de piété et des perceptions pendant la Première Guerre mondiale. La relation complexe entre religion et nation, l'usage public de symboles religieux, l'émotionnalisation et la visualisation constituent des questions centrales. Il numero raccoglie contributi sulla Germania, la Francia, l'Italia, la Russia, gli Stati Uniti, la Turchia e la Svizzera, integrando non solo dei contributi sul cattolicesimo e il protestantismo ma anche sulla Chiesa ortodossa e il giudaismo.

Lesewert Die Beiträge des Themenbandes «Soldat und Religion» zeigen auf, dass Religion und Frömmigkeit im Ersten Weltkrieg konfessionsübergreifend eine gewichtige Rolle spielten. Fragen von Schutz und Heil trafen auf Diskurse der Disziplinierung und der Deutung des Krieges als Strafe Gottes. Mit seiner Multiperspektivität, den wahrnehmungs-, deutungs- und emotionsgeschichtlichen Zugängen, die sich in den untersuchten Quellen – von Predigten über Tagebücher zu Postkarten – spiegeln, sowie mit seinen transnationalen Bezügen stellt der Band einen innovativen Forschungsbeitrag zum Ersten Weltkrieg dar.

Franziska Metzger, Chefredakteurin; David Neuhold, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Soldat und Religion. Guerre et piété pendant la Première Guerre mondiale
 Themenschwerpunkt 2014 der *Schweizerischen Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte* (SZRKG), Academic Press Fribourg, ISSN 0044 3484



Les banques centrales du monde entier sont fortement sollicitées, depuis l'éclatement de la crise financière globale en 2008. De ce fait, la politique monétaire est devenue un important sujet de discussion aussi bien au niveau académique qu'en ce qui concerne la société civile. Cette encyclopédie vise à fournir une vision et une compréhension critiques de l'activité des banques centrales à la lumière d'une approche pluraliste, aussi bien d'ordre théorique que de nature pratique. Elle explique la complexité des interventions des principales autorités monétaires, leur cadre conceptuel et institutionnel, ainsi que leurs propres limites et inconvénients. Elle permet donc de comprendre les causes et les conséquences des politiques monétaires accommodantes, mises en œuvre suite à la faillite de Lehman Brothers aux États-Unis et après l'éclatement de la crise au sein de la zone euro. Les contributions à cette encyclopédie permettent également d'éclairer, d'un point de vue historique, bien des éléments théoriques et pratiques des politiques monétaires contemporaines. L'histoire de la pensée monétaire est indispensable pour comprendre les décisions récentes des autorités monétaires et en saisir la portée systémique au plan global.

Repenser les fondements

Tant les partisans que les opposants de l'intervention des banques centrales dans le système économique, notamment en ce qui concerne les activités et les institutions financières, ont été amenés à apprendre, par la pratique récente bien davantage que grâce à la théorie dominante, qu'un grand nombre d'idées reçues sont à rejeter, car elles sont fondamentalement erronées. Cela concerne aussi la nature même de la monnaie, qui a trop longtemps été considérée comme une marchandise parmi d'autres, sans aucune spécificité propre. Or, la crise globale et systémique, éclatée à l'automne 2008, oblige la majorité des économistes et des banquiers centraux à repenser complètement la nature de la monnaie et, dès lors, les modalités des interventions de politique monétaire. En fait, les banques centrales ne sont pas capables de contrôler l'offre de monnaie ni d'augmenter le volume des crédits bancaires, car tous deux dépendent des banques et de la propension à investir des entreprises. Si les banques n'octroient pas suffisamment de crédits, parce que leurs bilans sont fragiles et/ou que les entreprises n'envisagent pas d'investir pour augmenter leurs capacités de production, l'activité économique en souffre, indépendamment des politiques monétaires très expansives des banques centrales.

Pour y voir clair

Les quelque 250 entrées formant cette encyclopédie, écrites par des spécialistes de renommée mondiale, donnent une vision claire et synthétique des enjeux majeurs en politique monétaire de nos jours. Ce travail collectif contribue ainsi à une meilleure compréhension des défis que la communauté scientifique doit relever, afin d'aboutir à une meilleure compréhension d'un élément essentiel (la monnaie) et d'un acteur clé (la banque centrale) pour le bien commun.

Cet ouvrage s'adresse aux étudiants, enseignants-chercheurs, politiciens et journalistes qui s'intéressent aux questions d'ordre monétaire et financier à l'échelle nationale ou internationale. Il permet de comprendre que l'analyse des enjeux socio-économiques des décisions de politique monétaire implique des connaissances qui doivent aller bien au-delà des techniques de modélisation. Cette encyclopédie montre que les controverses qui ont marqué la politique monétaire sur le plan théorique sont un enrichissement important du « capital humain » nécessaire à ce que les décisions des autorités monétaires contribuent au bien-être général. Cela confirme que la politique monétaire est un art plutôt qu'une science, comme l'avait déjà remarqué Ralph George Hawtrey en 1932.

Louis-Philippe Rochon et Sergio Rossi (sous la direction de)

The Encyclopedia of Central Banking

Edward Elgar Publishing
ISBN 978 1 78254 743 3



Extrait « Ce livre n'opère que quelques prélèvements de l'évolution de cette immense faune humaine entremêlant depuis les origines *zôè* et *bios*. C'est une « très vieille histoire dans des habits neufs » (Dubied, Gerber, Fall, 2012). Une éducation pour sortir d'un âge planétaire de fer et entrer dans la construction conjointe d'une terre patrie viable et durable (Morin, Motta, Ciurana, 2003) ne peut esquiver ce défi de recherche-formation de nouvelles reliances avec le monde animal. Ces chapitres veulent ouvrir la piste d'une zooformation par autozoographie. Les essais d'identification des principaux acquis d'expériences animales ayant marqué des histoires de vie font ressortir clairement que les apprentissages effectués avec ce monde extrêmement zoodiversifié ne concernent pas seulement la formation de soi, ni même la formation de la connaissance de tel ou tel animal particulier. Ces acquis biocognitifs ouvrent plus largement à l'apprentissage des relations écoformatrices à nouer avec les environnements physiques et sociaux. C'est comme si les parentés de relations avec ce monde vivant offraient, entre le règne humain et les règnes végétaux et matériels, un espace stratégiquement privilégié pour « renaturer la culture et reculturer la nature » (Berque, 2000). Un nouvel écoumène est à construire. On ne peut pas le faire sans les animaux. Entre bêtes, on est condamnés à vivre ensemble. Autant apprendre à s'entendre. » (p.229)

Description Les contributeurs se sont ouverts à l'expérience ambivalente du règne animal dans la vie humaine. Les deux ouvrages précédents du même trio de coordinateurs, *Histoires de morts au cours de la vie* (2010) et *Histoires de nuits au cours de la vie* (2012), ont amorcé cette difficile mise en culture des passages expérientiels, les moins balisés et policés, de cette vie vécue en partage avec l'ensemble du vivant.

Pourquoi le lire ? Pour le plaisir de lire des histoires impliquant les auteurs dans leurs rapports aux animaux, découvrir et mieux comprendre le concept d'éco-zooformation.

Catherine Schmutz-Brun, Martine Lani-Bayle et Gaston Pineau coord.

La vie avec les animaux. Quelle histoire !
L'Harmattan
ISBN 978 2 343 03987 9

■ Professorenschaft

Denis Lalanne ist neuer assoziierter Professor für Informatik an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg.

Seine akademische Ausbildung erhielt Lalanne an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Lausanne (PhD, Informatik) sowie am *Institut National Polytechnique de Grenoble* (Kognitionswissenschaften), an der *Université Pierre Mendès* (Grenoble, Sozialwissenschaften) und an der *Université Joseph Fourier* (Grenoble, Informatik). Der aus Frankreich stammende Denis Lalanne ist Teil der Forschungsgruppe DIVA (*Document, Image and Voice Analysis*) an der Universität Freiburg, deren Forschungsinteresse vor allem den Interaktionen zwischen Mensch und Maschinen sowie der Visualisierung von Daten und Informationen gilt. Seine neue Stelle als assoziierter Professor hat Lalanne per 1. Februar 2015 angetreten.

■ Prix et nominations

Michele Bacci, professeur ordinaire d'histoire de l'art du Moyen âge, a été nommé membre honoraire de la Société d'archéologie chrétienne d'Athènes. Le Professeur **Patrice Nordmann** et le Docteur **Laurent Poirel** de l'Unité de microbiologie ont remporté le 3^e Prix du Fonds de l'innovation Ypsomed, qui récompense leur travail pour la mise au point d'un test de diagnostic rapide de multi-résistances aux antibiotiques. Dans le cadre du projet DUAL-T, des **spécialistes en sciences de l'éducation** de l'Université de Fribourg ont reçu le Best Research and Practice Project Award de l'Association européenne pour la recherche appliquée en Education et Formation (EAPRIL). Leur travail vise à amener les connaissances scolaires sur la place de travail et vice-versa. Le Fonds national suisse de la recherche (FNS) a attribué un *starting grant*, le plus important subside attribué aux jeunes chercheurs, à **Dominique Glauser**, professeur boursier au Département de biologie. Ses recherches, menées sur les vers nématodes, concernent les mécanismes de la douleur. L'Université de Fribourg a également remis plusieurs prix. Le Prix d'informatique 2014 récompense **Reinhard Bürgy** pour sa thèse de doctorat intitulée: «Complex Job Shop Scheduling: A General Model and Method» et **Laurent Cuennet** pour son travail de master «Security Protocols for Loyalty Card Systems on Mobile Devices». La Faculté des sciences a décerné le Prix de

la Fondation Chorafas au Docteur **Tomáš Šolomek** pour sa thèse sur l'exploration des mécanismes des réactions chimiques.

Anne Kersten, assistante-docteure du Domaine sociologie, a reçu le Prix études genre pour sa thèse intitulée «Wer ist wirklich Opfer? Entwicklung und Umsetzung der Opferhilfe in der Schweiz aus einer konstruktivistischen und geschlechtersensiblen Perspektive». Enfin, le Prix littéraire distingue les textes de **Lisa Bieri**, étudiante en germanistique et langue et littérature anglaise, **Sophie Jaussi**, docteurante en langues et littératures romanes, **Julie Meletta**, étudiante en philosophie et langue et littérature italienne, et **Alain Wider**, étudiant en langue et littérature anglaise.

■ Red Bull verleiht keine Flügel

Forschende des Departements für Medizin der Universität Freiburg sind zum Resultat gekommen, dass die Einnahme von Red Bull nicht zu einer Verbesserung der kognitiven Leistungen führt, dafür aber unter Stress das Herz belastet. Unter der Leitung von Professor Jean-Pierre Montani konnten die Forschenden nachweisen, dass die Einnahme von Red Bull während einer mentalen Stresssituation zu einer Erhöhung des oberen (systolischen) arteriellen Blutdrucks um rund 10mmHg führt, während derselbe Stress mit der gleichzeitigen Einnahme von Wasser den Arterienruck nur um die Hälfte erhöht. Gar doppelt so hoch ist die Erhöhung der Herzfrequenz nach dem Konsum von Red Bull (plus zwanzig Schläge pro Minute), verglichen mit dem Konsum von einem Glas Wasser. Die intensive Beanspruchung der Herzleistung hat aber keinen Einfluss auf die Gedächtnisleistung; die Wissenschaftler konnten keinerlei Verbesserung der kognitiven Fähigkeiten feststellen nach dem Konsum von Red Bull.

■ Von Zürich auf Schwyz geschmolzen

Für die Schweizer Alpen haben die Forschenden Mauro Fischer, Matthias Huss, Chloé Barbox und Martin Hoelzle der Universität Freiburg anhand von hochaufgelösten Luftbildern ein neues Gletscherinventar fertiggestellt. Anhand aktueller (2010) und früherer (1973) Gletscherumrisse sowie digitaler Geländemodelle um 1980 und 2010 konnten der heutige Zustand sowie Flächen- und Volumenänderungen aller Schweizer Gletscher berechnet werden. Aufgrund der topographischen und klimatischen Gege-

benheiten sind die meisten und grössten Gletscher der Schweiz in den Berner und Walliser Alpen zu finden. Zahlenmässig dominieren die Zwerge, das heisst sehr kleine Gletscher mit einer Fläche von weniger als einem halben Quadratkilometer. Das weitaus meiste verbleibende Eis gehört jedoch zu einigen wenigen Riesen wie z. B. dem Grossen Aletschgletscher. Ende 2010 gab es noch 1420 Einzelgletscher, welche eine Fläche von 944 Quadratkilometern einnahmen. Das entspricht gut zwei Prozent der Fläche der Gesamtschweiz oder ungefähr dem Kanton Schwyz. Am Ende der kleinen Eiszeit um 1850 waren noch 1735 Quadratkilometer (ziemlich genau die Fläche des Kantons Zürich) vergletschert.

■ Qui a peur des maths?

Hugo Parlier (Unifr) et Paul Turner (Unifr et Unige) du Département de mathématiques ont mis au point une application ludique et interactive, qui permet d'appréhender les mathématiques avec un nouveau regard. Combinant textes accessibles, images, activités, jeux et vidéos explicatives, *Mathema* place le monde mystérieux des mathématiques au bout de vos doigts. Le projet *Mathema* a pu être réalisé grâce au soutien d'Agora, un instrument d'encouragement du Fonds national suisse de la recherche scientifique, qui vise à promouvoir la diffusion des savoirs, ainsi que les échanges de points de vue et perspectives sur la recherche scientifique.

Impressum

Magazine scientifique de l'Université de Fribourg
n° 3 - 2014/2015, ISSN 1663-8026

Unicom Communication & Médias
Université de Fribourg
Av. de l'Europe 20, 1700 Fribourg
026 300 70 34
www.unifr.ch/unicom
communication@unifr.ch

Responsables rédaction
Claudia Brühlhart, Farida Khali

Rédacteurs
Elsbeth Flüeler, Phillippe Neyroud, Daniel Ryser

Secrétariat
Antonia Rodriguez, Marie-Claude Clément

Layout
Daniel Wynistorf
Tirage 9'000 exemplaires, papier FSC certifié
Imprimerie Canisius, Fribourg

Prochaine parution
juin 2015

Les opinions exprimées dans les articles d'*universitas* ne reflètent pas forcément celles de la rédaction. Meinungen, welche in den Artikeln von *universitas* zum Ausdruck kommen, widerspiegeln nicht automatisch die Meinungen der Redaktion.